

Genehmigt: 15.01.2026

Protokoll 18

Stadtratssitzung

Donnerstag, 30.10.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr

Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser [Audioprotokoll](#) auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr	3
2024.SR.0254	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2025.SR.0252	5
2 Dringliche Interpellation: Kann der Verein Dampfzentrale Bern den Leistungsvertrag 2024-2027 noch erfüllen?	
2022.TVS.000064	14
3 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2024	
2025.TVS.0099	30
4 Hirschenpark: generelle Planung; Kredit	
2021.SUE.000039	31
5 Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024	
Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.	36
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:50 Uhr	37
2021.SUE.000039	38
5 Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024	
2024.SUE.0050	48
6 IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung	
2024.SR.0347	48
7 Motion Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL/David Böhner, AL/Matteo Miceli, PdA/Muriel Graf, AL): Regelung zur Gesichtserkennung und Massenüberwachung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht	
2024.SR.0014	61
8 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht	
2025.SR.0041	62
13 Motion: Energie Wasser Bern (EWB) demokratisieren (JA!/Juso/AL/PdA/TIF); Ablehnung	
Verschoben und eingereicht	73
Schluss der Sitzung: 22.48 Uhr.	75

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Jelena Filipovic, 1. Vizepräsidentin

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Nadine Aebischer
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Natalie Bertsch
Gourab Bhowal
Lea Bill
Laura Binz
David Böhner
Laura Brechbühler
Jacqueline Brügger
Michael Burkard
Carola Christen
Laura Curau
Andreas Egli
Nik Eugster
Alexander Feuz
Dominik Fitze
Seraina Flury
Katharina Gallizzi

Franziska Geiser
Helin Genis
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Raffael Joggi
Nora Joos
Barbara Keller
Ingrid Kissling-Näf
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Nicolas Lutz

Salome Mathys
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihályi
Tanja Miljanović
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Simone Richner
Mirjam Roder
Michael Ruefer
Fabian Rüfenacht
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Janosch Weyermann
Karel Ziehli

Stadtrat entschuldigt

Oliver Berger
Tom Berger, Präsident
Nora Krummen

Christoph Leuppi
Dominic Nellen

Michelle Steinemann
Béatrice Wertli

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

1. Vizepräsidentin: Guten Abend miteinander, es ist fünf Uhr. Ich würde euch bitten, Platz zu nehmen. Wir sind nämlich beschlussfähig. Ja genau, ihr seht richtig, ich darf heute wieder mal einen Test starten und mich vorbereiten auf das nächste Jahr. Vielen Dank, dass bereits Ruhe eingekehrt ist. Ich würde gerne beginnen. Wie ihr seht, ist Tom heute abwesend. Er wird erst in der zweiten Sitzung wieder zu uns stossen. Dadurch, dass ich die Ehre habe, hier vorne zu sitzen, darf mich auf der rechten Seite Laura Binz als erste Stimmenzählerin vertreten. Meine zweite Vizepräsidentin ist heute leider verhindert und darum darf Laura das übernehmen. Vielen Dank, Laura, fürs Einspringen.

Ich komme als erstes zu den Entschuldigungen für heute. Für beide Sitzungen haben sich abgemeldet Christoph Leuppi, den ich später noch als neues Stadratsmitglied begrüssen werde, Dominic Nellen von der SP, Michelle Steinemann von der Mitte und wie erwähnt, Béatrice Wertli von der Mitte. In der ersten Sitzung abwesend sein werden Oliver Berger von der FDP und wie erwähnt, Tom Berger, unser Stadratspräsident. Etwas verspätet wird Ueli Jaisli von der SVP zu uns stossen und Emanuel Amrein von der SP.

Ich verkünde Ihnen keinen ordentlichen Rücktritt aus dem Stadtrat, aber wir verabschieden heute zum allerersten Mal ein stellvertretendes Stadratsmitglied, nämlich Jacqueline Brügger von der SP. Sie hat am 1. Juli Mehmet Özdemir vertreten, der aber ab dem 1. November wieder offiziell Ratsmitglied sein wird. Liebe Jacqueline, im Namen des Stadtrats danke ich dir für deine geleistete Arbeit für unsere Stadt. Ich hoffe, du konntest dich trotz dieser kurzen Zeit einbringen und wertvolle Erfahrungen sammeln. Vielleicht sehen wir dich im Rat, solltest du ordentlich nachrücken – davon gehe ich aus – oder, wer weiss, wieder als Stellvertretung wieder. Wir wünschen dir bis dahin alles Gute. Wie erwähnt, vielen Dank.

Wie erwähnt, darf ich gleich drei neue Stadratskolleg*innen willkommen heissen. Zum einen haben wir einen Wiedereintritt, Christoph Leuppi. Er ist leider abwesend. Wir werden Christoph herzlich begrüssen, wenn er dann da ist. Dann begrüsse ich als ordentliches Stadratsmitglied Seraina Flury. Sie war bereits stellvertretendes Stadratsmitglied und konnte nun als Nachfolgerin für Gabriela Blatter ordentlich in den Stadtrat nachrutschen. Herzlich willkommen, Seraina. An der Stelle unseres neuen Stadratsmitglieds Seraina Flury übernimmt die Stellvertretung für Denise Mäder neu Fabian Rüfenacht, den wir ebenfalls herzlich begrüssen. Das ist das neue Gesicht, das ich heute sehen wollte. Herzlich willkommen.

Und noch etwas Erfreuliches, also zwei erfreuliche Sachen, bevor wir mit der Sitzung starten: Dominic Nellen hatte vorgestern Geburtstag. Ich sehe Dominic nicht. Er hat sich abgemeldet. Ihm können wir per SMS noch Glück wünschen. Zu meiner grossen Freude kann ich verkünden, dass wir an der letzten Stadtratssitzung fleissig Spenden gesammelt haben. An der Sitzung vom 18. Oktober wurden insgesamt 54 Sitzungsgelder gespendet. Das ergibt einen gesamten Spendenbetrag von 7'100 Franken. Davon überweisen wir im Namen des Stadtrats 4'075 Franken an den Verein Hörschatz und 3'025 Franken an die Berner Krebsliga. Herzlichen Dank allen, die auf Gabriela Blatters Wunsch hin diesen Institutionen gespendet haben. Ich finde, das ist ein beachtlicher Betrag. Vielen Dank euch allen für das wichtige Engagement.

Noch eine kleine Erinnerung: In der Stadtratspause findet zum ersten Mal die Kommissionspräsidentenkonferenz statt, und zwar im Sitzungszimmer 7. Bitte das obligatorische Badgen nicht vergessen. Und damit heute Abend auch für Laura der Abend angenehm ist, erinnere ich euch gerne noch daran, dass die dringlichen Vorstösse bis um 21 Uhr eingereicht werden sollen und die übrigen Vorstösse bis um 21.30 Uhr. Ausserdem hat mich unser Stadtratspräsident Tom Berger daran erinnert, dass ich doch darauf aufmerksam machen soll, dass bald das Treffen mit dem Burgerrat stattfindet, und zwar am 10. Dezember um 17.30 Uhr. Die Infos werden noch per Mail folgen.

Wunderbar. Die erste Begrüssung mit all den neuen Namen, die mehr oder weniger richtig ausgesprochen wurden, ist überstanden. Dann kämen wir schon zum Traktandum 2.

2025.SR.0252

2 Dringliche Interpellation: Kann der Verein Dampfzentrale Bern den Leistungsvertrag 2024-2027 noch erfüllen?

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zur dringlichen Interpellation "Kann der Verein Dampfzentrale Bern den Leistungsvertrag noch erfüllen?" Ich nehme an, die Diskussion ist erwünscht. Dann übergebe ich dir gerne das Wort und müsstest dich noch anmelden. Wir müssen aber erst darüber abstimmen, ob das für alle stimmig ist.

Abstimmung Nr. 011

2025.SR.0252: Diskussion

1/3-Quorum erreicht

Ja	48
Nein	0
Enthalten	5

1. Vizepräsidentin: Wir haben der Diskussion zugestimmt. Nik, du darfst gerne übernehmen.

Nik Eugster (FDP) für die Einreichenden: Ich möchte eigentlich nicht eine Debatte über die Dampfzentrale führen, sondern ich habe vor allem Fragen an den Gemeinderat und auch ein bisschen an den Vorstand, der sich gebildet hat, und habe deshalb diese Interpellation eingereicht, habe aber dann kurz vorher gesagt: Man muss nicht unbedingt darauf eintreten, wenn ihr nicht wollt. Aber es kamen jetzt doch sehr viele auf mich zu und haben gesagt: Doch, wir möchten eigentlich über die Dampfzentrale sprechen – so dass ich jetzt dennoch die Debatte verlangt habe und gerne mit euch führe.

Es geht um die Dampfzentrale. Es geht um eine Versammlung, die dort unten bei der Dampfzentrale vor nicht allzu langer Zeit stattfand. Ihr habt selbst in den Medien gelesen, was dort passiert ist. Wieso ich auch finde, dass es vielleicht im Moment ein bisschen schwierig ist, über die Dampfzentrale zu sprechen, ist: Wir sind im Moment in der Vergabe der neuen Leistungsverträge, die ab 2028 laufen. Und ich denke, wir werden hier im Rat sicher noch einmal darüber reden müssen, je nachdem, wie es weitergeht. Aber meine Interpellation, meine Fragen, bezogen sich vor allem auf die nächsten zweieinhalb Jahre, also den aktuellen Leistungsvertrag. Der läuft noch bis Ende 2027. Es

ist eine recht lange Periode, zweieinhalb Jahre, die wir vor uns haben, und in der der Verein Dampfzentrale Bern eine Leistung erbringen muss. Und meine Frage war, wie es an dieser Versammlung zu und her ging. So wie der Vorstand und auch die Geschäftsleitung und der Verein im Moment nach aussen wirken, kann dieser Verein nach wie vor diesen Leistungsvertrag erfüllen und hat somit auch diese städtischen Gelder zugute, die in diesem Leistungsvertrag gesprochen sind. Es hat mich vor allem nach den Wahlen an dieser Vereinsversammlung auch noch etwas interessiert: Wir konnten lesen, wer neu in den Vorstand gewählt wurde. Es sind auch Mitglieder dieses Parlaments oder auch ehemalige Mitglieder*innen dieses Parlaments. Und es hat mich ein bisschen verstört, als ich sah: Sie stammen vor allem von einer Seite, vor allem von Links-grün. Und es gibt diesen Absatz 2 im Leistungsvertrag, in dem steht, dass die Politik im Hintergrund stehen soll, dass der Verein politisch ungebunden sein soll. So steht es ganz genau drin. Und deshalb wollte ich wissen: Ist man noch politisch ungebunden oder nicht, denn Kultur darf eigentlich nicht politisch sein. Kultur hält oft auch der Politik den Spiegel hin. Und deshalb ist wichtig, dass diese grossen Kulturinstitutionen, insbesondere die, die eben auch von der Stadt unterstützt werden, schlussendlich auch eine gewisse Neutralität haben. Und wenn insgesamt drei Mitglieder des Vorstandes dem aktuellen Stadtrat oder dem ehemaligen angehören, dann stellt sich halt diese Frage. Der Gemeinderat fand schlussendlich, es sei kein Problem. Die Antwort 3 hat mich eher enttäuscht. Wenn jetzt die Frage kommt, wie zufrieden ich bin: teilweise. Teils sind es Sachen, von denen ich klar sagen muss, das ist nicht eine städtische Sache. Das muss der Verein regeln. Aber ich finde, die Stadt sollte genau hinschauen. Und darum ging es ja. Wir haben eine Situation, die sehr unübersichtlich ist. Auf jeden Fall wirkt sie für mich so. Aber natürlich, wenn dann hier noch andere sprechen, die vielleicht noch sogar Interna kennen ... Aber auf mich wirkt es eher unübersichtlich. Und daher ist es gut, wenn man gut hinschaut, wenn schon 2,4 Mio. Franken pro Jahr in diese Richtung fliessen. Insofern danke ich bestens für die Beantwortung. Ich bin gespannt, wie das ganze Vergabeprozess mit dem Leistungsvertrag jetzt zu und her geht. Und wir werden nach wie vor sehr genau hinschauen. Wir werden nach wie vor sehr genau prüfen, wie das dort weitergeht. Denn es geht um Stadtgeld. Und es geht nicht um wenig Stadtgeld. Vielen herzlichen Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen herzlichen Dank, Nik. Dann könnt ihr euch anmelden für die Fraktionsvoten.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke den Einreichenden für die Interpellation. Ich danke, dass wir eine Mehrheit gefunden haben dafür, dass wir darüber diskutieren. Ich lege offen: Ich habe mich schon medial zu diesem Thema geäussert. Ich bin sicher nicht der profunde Kenner der Dampfzentrale. Das wäre der falsche Eindruck. Ich benütze einfach diesen Vorstoss, um gewisse Punkte nochmals zu thematisieren, und wäre auch froh, wenn der Gemeinderat sich nachher auch dazu äussern würde. Man kann immer sagen: Programmierung. Das ist mir klar – Kultur. Ihr kennt meine Meinung.

Ich bin sicher nicht der profunde Kenner der Dampfzentrale. Aber was mich überrascht hat, und ich habe das immer kritisiert, ist, dass hier ein Leistungsvertrag neu ausgeschrieben wurde, bevor man mit der SBK, mit der zuständigen Kommission, gesprochen hat. Sei es jetzt ein Hotel oder ein Restaurant, wenn es mal nicht stimmt, dann muss man miteinander sprechen. Und bevor man die Reissleine zieht, hätte man die Kommission einbeziehen und einbinden müssen. Ich will nicht beurteilen, ob der Entscheid richtig ist oder nicht richtig ist. Aber das Vorgehen befremdet mich. Das ist mein

erster Punkt. Wieso hat man die zuständige SBK nicht informiert? Das ist für mich ein Punkt, den ich auch in einer Kleinen Anfrage schon thematisiert habe. Und ich bin der Meinung: Die Frage wurde ungenügend und schlecht beantwortet. Der nächste Punkt, den ich hier auch aufgreifen will, ist: Wann greift die Stadt in das operative Geschehen eines Leistungsvertrages ein? Ich muss auch aufpassen. Ich war an dieser Vorführung, die hat mir sehr gut gefallen – "Carmen". Das war im Stadttheater, für mich ein überzeugender Anlass. Ich bedaure, dass nicht mehr von euch gekommen sind. Mir hat es sehr gefallen. Ich bin nicht der profunde Ballettkenner, aber die Vorführung hat mir und meiner Frau sehr gut gefallen. Hingegen habe ich aus anderer Quelle erfahren, ich war nicht dabei: "Manon Lescaut" war offenbar eine Katastrophe. Ich will hier nicht Feinkosmetik machen, indem ich über jeden Vorfall detailliert spreche. Das sind für mich ganz, ganz wichtige Punkte. Wenn wir Kulturpolitik machen, müssen wir doch genau wissen: Wohin geht es? Und auch mit der politischen Vertretung – es ist mir natürlich klar, dass in dem Verein Dampfzentrale mit sechs oder sieben Leuten im Vorstand wahrscheinlich auch zwei SVP-Vertreter eine klare Übervertretung wären. Hier habe ich auch nicht diesen Machtanspruch oder was auch immer. Aber ich wäre gleichwohl sehr daran interessiert, wie sich der Gemeinderat zu dieser Frage äussert, denn es scheint mir doch ein wichtiger Punkt zu sein, dass wir hier die politischen Verhältnisse abgebildet haben, auch im Hinblick auf die Zukunft mit der Programmierung. Ich habe die Dampfzentrale von früher noch gekannt. Das war eigentlich noch gar nichts Kulturrelles. Da gab es eine Disco und gute Lachsbrötchen. Und ich habe immer viele Lachsbrötchen gegessen. Die Lokalität hat mir gefallen. Unten gab es manchmal eine Technoparty. Aber wie gesagt, das waren die 80er-Jahre, als ich in der Rekrutenschule war, und kurz nachher. Das liegt eine lange Zeit zurück. Aber man muss immer sagen: Was will man machen, was will man einsetzen? Und für mich sind das einfach Punkte, wo wir Antworten bekommen müssen. Wohin geht die Reise?

Ich fasse zusammen. SBK: Wieso wurde sie nicht einbezogen? Der nächste Punkt – das politische Abbild. Wie geht man strategisch rein, was für Sachen macht man? Und für mich auch ganz entscheidend: Ich habe immer Vorbehalte gehabt gegen diese Kulturkommission, eben jetzt nicht mehr aus Fachleuten zusammengesetzt, sondern ein Abbild. Und was mich auch sehr erstaunt, das muss ich auch sagen, das war auch in diesem Artikel der Plattform J. Die haben das aufgegriffen. Ich habe herausgefunden, dass im Rahmen dieser Neuorganisationen das Vereinspräsidium 30'000 Franken bezieht. Und ich bin der Meinung: Überall in den Vorständen arbeitet man eigentlich ehrenamtlich. Man kann vielleicht ausnahmsweise mal eine Entschädigung verlangen. Aber ich bin der Meinung, es sei nicht Aufgabe des Steuerzahlers in diesen Fällen Entschädigungen von gegen 30'000 Franken für das Präsidium zu zahlen. Das war jetzt ein Jahr oder zwei Jahre so. Ich glaube, es war 2023 oder 2024. Ich bitte, mich hier zu korrigieren. Aber da frage ich mich jetzt: Was ist der Return on Investment? Wurde das Geld hier im Sinne des Steuerzahlers und der Zuschauer eingesetzt? Danke für die Beantwortung.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Alex. Gerne Laura Curau von der Mitte.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Die Mitte Bern steht hinter dem Engagement der Berner Vereine. Wir danken allen, die sich ehrenamtlich oder auch mit Sitzungsgeldern einsetzen und Verantwortung übernehmen. Ohne sie wäre die Stadt nicht, was sie heute ist. Aber Vereine sollen die Vielfalt ermöglichen, gerade auch in der Kultur. Sie sollen auch unterschiedliche Stimmen zusammenbringen.

Gerade dort, wo die Stadt Geld spricht, braucht es Unabhängigkeit und Ausgewogenheit. Darum verlangt die Stadt zu Recht, dass Kulturinstitutionen politisch und konfessionell unabhängig sind. Das steht so im Leistungsvertrag und das ist wichtig. Im Fall der Dampfzentrale sehen wir hier aktuell auch ein Problem. Von 7 Vorstandsmitgliedern sind 4 davon klar Parteien im linken Spektrum zuzuordnen. Das Co-Präsidium ist ganz in linker Hand. Es geht nicht um die einzelnen Personen. Es geht um die Zusammensetzung des Gremiums. Wer von städtischem Geld und mit städtischem Geld arbeitet, soll eine breite Basis vertreten und nicht eine politische Richtung. Die Dampfzentrale bekommt rund einen Drittel aller städtischen Gelder oder sehr viele Gelder. Das ist viel, und grosse Unterstützung bringt auch Verantwortung. Die Bedingung von Artikel 2 des Leistungsvertrags ist nicht erfüllt. Wir wollen aber keine Konfrontation. Das nützt niemandem. Wir wollen auch die Dampfzentrale nicht gefährden. Wir fordern aber, dass der Gemeinderat genau hinschaut in den nächsten 2 Jahren und auch Erwartungen an das Gremium formuliert. Wir fordern aber auch, dass der Gemeinderat und die Stelle für die Ausschreibung des neuen Vertrags ab 2028 klar die politische Unabhängigkeit und die Diversität der strategischen Köpfe hinter dem eingereichten Projekt prüft und in die Entscheidung miteinbezieht.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Laura. Für die Fraktion AL-PdA-TIF, David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL-PdA-TIF begrüsst es, dass der Vorstand der Dampfzentrale erneuert worden ist, nachdem das Vertrauensverhältnis zwischen der Betriebsleitung und dem Vorstand schon seit längerem arg strapaziert war, was ja dann auch zum Eklat bei der Mitgliederversammlung geführt hat.

Wir können die Stossrichtung der Interpellation nicht ganz verstehen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum der Gemeinderat einem privaten Verein vorschreiben soll, wer in den Vereinsvorstand gewählt werden soll und welche Parteizugehörigkeit die Personen haben sollen oder eben nicht. Auf jeden Fall danken wir den neuen Dampfzentrale-Vorstandsmitgliedern, dass sie sich zur Wahl gestellt haben und die Verantwortung übernehmen und dafür sorgen, dass wieder ein besseres Arbeitsklima in diesem wichtigen Kulturzentrum vorhanden ist. Wir sind überzeugt, dass Kultur Stadt Bern seine Controllingfunktionen gewissenhaft wahrnimmt.

Und wir fragen uns, warum die Interpellant*innen den Eindruck haben, dass die Dampfzentrale in finanziellen Schwierigkeiten steckt. Vielleicht wissen sie mehr als wir. Aber die Konflikte waren unseres Wissens ja nicht aufgrund finanzieller Probleme ausgebrochen. Und auch die Kritik von Kultur Stadt Bern, die zur Neuausschreibung geführt hat, war nicht wegen der Finanzen.

Vielleicht noch zur politischen Unabhängigkeit: Davon haben wir ein bisschen ein anderes Verständnis als meine Vorredner*innen. Wenn man in einer politischen Partei ist oder sich politisch äussert, heisst das ja nicht, dass man nicht in einem Vorstand sein kann. Und es ist auch nicht so, dass es irgendwie ein Gremium ist, in dem jetzt zwei Mitglieder der Rechten und der Linken sind. Wenn es Leute aus bürgerlichen Parteien gibt, die sich für Kultur interessieren und bereit sind, Freiwilligenarbeit zu machen, können die sich ja melden. Es ist durchaus möglich, dass Bedarf ist nach weiteren Vorstandsmitgliedern. Wir sind eigentlich einverstanden mit der Antwort des Gemeinderats und wünschen der Dampfzentrale alles Gute für die Zukunft.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, David. Für die GFL-Fraktion, Carola Christen.

Carola Christen (GFL) für die Fraktion: Im Kontrast zu meinem Vorredner können wir seitens der GFL die Interpellation absolut nachvollziehen. Die Fragen zielen auf zentrale Punkte ab: Transparenz, Verantwortung und die Sicherstellung, dass die Dampfzentrale auch mit dieser doch starken personellen Veränderung weiterhin ihren kulturpolitischen Auftrag erfüllen kann.

Die Antwort des Gemeinderates: Auch wenn diese formal absolut korrekt ist, bleibt der Gemeinderat mit seinen Ausführungen etwas vage und verhalten. Das bedauern wir etwas. Der Gemeinderat trennt zwar in seiner Antwort ganz klar zwischen der Rolle der Stadt als Leistungsvertragspartnerin und jener des Vereins als Leistungsvertragserbringerin. Das ist grundsätzlich richtig. Die Stadt soll sich nicht ins operative Geschäft einmischen. Das sehen wir auch so – solange die vereinbarten Leistungen erfüllt werden. Daher ist die Möglichkeit der Stadt hier doch etwas begrenzt. Und das sehen wir auch so und dessen sind wir uns bewusst.

Ich möchte aber noch auf das Votum von Nik hinweisen. Es ist genau in diesem Punkt hier wichtig, dass gerade angesichts dieser doch grösseren Veränderung die Entwicklung kritisch begleitet und transparent dokumentiert wird. Dies könnte z. B. mit einem regelmässigen Bericht an die SBK geschehen, damit der Verlauf und die Zahlen eng beobachtet werden können; dies auch, um frühzeitig erkennen zu können, ob der aktuelle Leistungsvertrag weiterhin erfüllt werden kann. Die Dampfzentrale ist ein wichtiger Teil der Berner Kulturlandschaft und der jährliche Beitrag, den die Stadt dem Verein zukommen lässt, ist von grosser Bedeutung. Und genau deshalb ist es uns ein grosses Anliegen, dass wir hier eng begleiten, kritisch hinschauen und so gut wie möglich transparent dokumentieren können, um gegebenenfalls frühzeitig reagieren zu können.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Carola. Für die GB-JA!-Fraktion, Franziska Geiser.

Franziska Geiser (GB) für die Fraktion: Eines vorweg: Ich bin selbst Teil des neuen Vorstands. Ich kann aber leider nicht mit Anekdoten von Piraterie oder Palastrevolten dienen. Es gab nichts dergleichen. Und das wissen alle, die sich etwas näher mit den Ereignissen rund um den Rücktritt des ehemaligen Vorstands beschäftigt haben. Und das wissen alle, die mehr als einen einzigen Zeitungsbericht dazu gelesen haben. Alle, die sich ein bisschen darum gekümmert haben, wissen auch: Die Idee war gerade, dass der Vorstand erweitert und verbreitert wird. Im ehemaligen Vorstand war nämlich keine einzige Exponent*in der Stadtpolitik vertreten und nur zwei Parteien. Dass diese breitere Abstützung des Vorstandes nicht gelungen ist, ist schade. Aber das muss sich der ehemalige Vorstand wohl schon auch ein bisschen selbst zuschreiben. Da hat wohl schon ein Vertrauensverlust zwischen den Vereinsmitgliedern und dem Vorstand stattgefunden.

Ich kann im Gegensatz zu David nachvollziehen, dass die Interpellant*innen verärgert sind, weil im neuen Vorstand neben den Kulturschaffenden nur zwei linke Stadtparlamentarier*innen und keine bürgerlichen vertreten sind. Aber ich kann euch beruhigen. Die Zusammensetzung des Vorstands ist nur vorläufig. Menschen werden zurücktreten und neue nachrücken. Es hat auch noch Platz. Da wird es in absehbarer Zeit leicht möglich sein, den Vorstand politisch breiter aufzustellen. Meldet doch euer Interesse an. Vorstandsarbeit ist abgesehen davon gar nicht so wahnsinnig politisch. Der Vorstand prüft zum Beispiel, ob der Leistungsvertrag eingehalten wird und betreibt das Fi-

nanzcontrolling. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein bürgerliches Vorstandsmitglied anders machen würde als ein linkes.

Neben der Zusammensetzung des Vorstands habt ihr Angst um die Finanzen. Die Dampfzentrale hat einen Kostendeckungsgrad von 20%. In den letzten Jahren hat sie diesen immer sehr deutlich übererreicht. Sogar im Coronajahr 2021 war sie deutlich über dem verlangten Kostendeckungsgrad. Überhaupt sind eure Ängste in Bezug auf den Kostendeckungsgrad unbegründet. Die Dampfzentrale wird von einem professionellen Team geführt. Die Mitarbeitenden machen einfach ihre Arbeit. Sie haben ihre Arbeit auch gemacht, nachdem sie erfahren haben, dass der Leistungsvertrag neu ausgeschrieben wird. Ihr könnt euch ja vorstellen, dass das eine recht belastende Situation für das Team ist. Und auch nach dem Vorstandswechsel – die Geschäftsleitung und das Team sind am Tag nach der betreffenden Mitgliederversammlung wie immer aufgestanden und haben ihre Arbeit gemacht, programmiert, organisiert, Veranstaltungen beworben und durchgeführt: im Gegensatz zu anderen Clubs und Kulturorten, die nach Corona in Not geraten sind. Denken wir zum Beispiel nur an das Bee-Flat, das wir im Stadtrat vor zwei Monaten mit 100'000 Franken vor dem Untergang gerettet haben. Im Gegensatz dazu läuft zum Beispiel das Musikprogramm in der Dampfzentrale sehr stabil. Dazu kommt: Vor zwei Jahren hat die Stadt der Dampfzentrale das Budget um 100'000 Franken gekürzt. Den Kostendeckungsgrad hat die Dampfzentrale im Folgejahr trotzdem übererfüllt. Ihr könnt euch also in Bezug auf das Geld wirklich beruhigen. Euer Ärger und eure Ängste sind also unbegründet.

Ich hoffe, dass auch die Antwort des Gemeinderates beruhigend wirkt. Dieser bestätigt: Der Verein war zu jedem Zeitpunkt handlungs- und entscheidungsfähig. Die Stadt nimmt ihre Kontrollfunktion wahr. Was mich an eurer Interpellation stört: Ihr werft der Dampfzentrale vor, den Leistungsvertrag zu verletzen. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf. Ein Vertragsbruch kann immerhin zur sofortigen Auflösung des Leistungsvertrags führen. Ein solcher Vorwurf darf nicht unbegründet erhoben werden. Aber natürlich äussert ihr den Vorwurf absichtsvoll, nicht weil er berechtigt ist. Um was geht es euch? Um Diffamierung? Geht es darum, einfach mal einen rauszuhauen? Ist es noch ein bisschen sauglatt gemeint? Wer weiss das schon? Ihr behauptet, liebe Interpellant*innen, die Vertragsverletzung entstehe durch die politische Zusammensetzung des Vorstands. Ihr checkt aber schon, dass der Verein politisch ungebunden sein muss und dass das nichts mit der Parteizugehörigkeit der Mitglieder des Vorstandes zu tun hat? Das müsst ihr checken, denn sonst wäre ja jeder Vorstand, in dem irgendwelche Parteimitglieder sitzen, vertragsbrüchig. Ihr checkt das und erhebt diesen Vorwurf trotzdem. Ich verstehe das nicht. Und ich finde es auch deshalb so daneben, weil er indirekt auf die Menschen zielt, die in der Dampfzentrale arbeiten und hinstehen und den Laden am Laufen halten.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Franziska Geiser. Für die EVP-GLP-Fraktion, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Als GLP-EVP-Fraktion fordern wir eine Kulturförderung, die transparent nachvollziehbar ist, und wir wollen Kulturstätten, die sich für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft einsetzen. In einer ständig stärker polarisierten Welt brauchen wir Kultur, die zusammenführt und nicht spaltet. Wir brauchen Kultur, die Nein sagt zur Ideologisierung und Ausgrenzung von andersdenkenden Menschen. Wir brauchen deshalb auch Entscheidungsträger*innen und Führungsgremien in Kulturstätten, welche sich in ihrer Ausrichtung, politischen Gesinnung und Her-

kunft unterscheiden. Ansonsten droht ein Denkeinheitsbrei. Und wir wissen alle, dass das demokratiepolitisch bedenklich ist und zu gefährlichen Entwicklungen führen kann. Die ominöse Mitgliederversammlung im August, bei der auch einfach zufällig Dutzende neue Mitglieder aufgekreuzt sind, liess sehr viele Fragen offen, insbesondere in Bezug auf Transparenz, demokratische Prozesse und die politische Ausgewogenheit in einer der am stärksten unterstützten Kulturinstitutionen der Stadt Bern. Gleichzeitig erweckt der ideologisch sehr einseitig besetzte Vorstand nicht gerade das Vertrauen, dass damit eine zusammenführende Kultur gebaut werden kann. Die Dampfzentrale ist eine, wie gesagt, sehr wichtige Kulturstätte in der Stadt Bern. Dass der Gemeinderat in seiner Antwort festhält, dass der neue Vorstand diese Anforderung der Stadt erfüllen wird, ohne diese Annahme irgendwie auch nachvollziehbar zu begründen, finden wir ungenügend. Auch die Antwort des Gemeinderates auf die Frage nach der politischen Ungebundenheit und Ausrichtung des neuen Vorstandes empfinden wir als unzureichend. Der neue Vorstand ist ideologisch einseitig besetzt. Und wie es dazu kam, gleicht eher einem gezielten Machtwechsel im Hintergrund als einem sauberen demokratischen Prozess einer Mitgliederversammlung. Es kann nicht sein, dass eine Kulturstätte, die von der Stadt massgeblich finanziert wird, einseitig, intransparent und mit mangelnder ideologischer Offenheit daherkommt. Denn das untergräbt schlussendlich nicht nur das Vertrauen in die Institution selbst, sondern ganz allgemein in die städtische Kulturpolitik. Wir verlangen vom Gemeinderat ein klares Bekenntnis zu Vielfalt, Transparenz und einer zusammenführenden Kultur sowie die Bereitschaft, die Entwicklung in der Dampfzentrale aufmerksam zu begleiten und dafür auch alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen.

1. Vizepräsidentin: Für die SP-JUSO-Fraktion, Nadine Aebischer.

Nadine Aebischer (SP) für die Fraktion: Kultur lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen, oft freiwillig, manchmal unter grossem Druck. In der Dampfzentrale haben solche Menschen in einer schwierigen Phase nicht weggeschaut, sondern zugepackt. Sie verdienen Respekt für diese Arbeit, nicht Misstrauen oder Unterstellungen. Der Verein Dampfzentrale ist professionell aufgestellt. Die Aufgaben zwischen Vorstand und Geschäftsleitung sind klar geregelt, die Abläufe funktionieren, die Geschäftsleitung und das Team führen den Betrieb stabil und mit grosser Professionalität weiter. Jetzt findet zum Beispiel das Festival "Tanz in Bern" wie geplant statt und die Planung für die Jahre 2026 läuft bereits.

Es gibt auch keine finanziellen Probleme. Der Eigenfinanzierungsgrad lag 2024 bei 29% und wird 2025 erneut rund 30% erreichen, also deutlich über den geforderten 20%. Es gibt keinen Anlass, die Leistungsfähigkeit dieses Hauses in Frage zu stellen.

Zum Thema Vereinsautonomie und politische Unabhängigkeit: Die Dampfzentrale ist ein gemeinnütziger Verein, der seine Organe demokratisch wählt. Der Leistungsvertrag verlangt politische Unabhängigkeit. Aber das bedeutet nicht, dass einzelne Mitglieder nicht politisch aktiv sein dürfen. Auch früher waren Vorstandsmitglieder parteipolitisch aktiv, damals eher prominente Mitglieder von GLP und GFL, also ebenfalls politisch engagiert, einfach mit einem anderen Profil. Heute engagieren sich im neuen Vorstand Personen, die stark in der Stadt Bern und in der Kulturszene verankert sind; darunter Personen mit fachlicher Expertise im Tanz und in der darstellenden Kunst. Das ist keine Schwächung oder Gefährdung der Unabhängigkeit, sondern ein Gewinn. Der Verein bringt das Know-how direkt aus der Praxis in die strategische Arbeit und stärkt die Verbindung zwischen Bühne, Szene und Stadt.

Dass es überhaupt zu dieser Umbruchphase kam, hängt auch damit zusammen, dass der frühere Vorstand lange gezögert und nicht reagiert hat, gerade in einer Situation, in der Führung und Kommunikation nötig gewesen wären. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich nun ein neues Team gefunden hat, das Verantwortung übernommen hat und den Verein weiter stabilisiert hat. Die Zusammenarbeit mit der Stadt, der Austausch zwischen der Dampfzentrale und der Abteilung Kultur findet regelmässig statt im Rahmen des Leistungsvertrages mit Jahresberichten, Jahresrechnung, Controlling-Gesprächen. Diese Unterlagen werden vollständig und fristgerecht eingereicht. Das Verhältnis ist korrekt und konstruktiv, wie beide Seiten bestätigen.

Und zum Schluss der Blick nach vorne: Der neue Vorstand hat Verantwortung übernommen, den Betrieb stabilisiert und die Eingaben für den Leistungsvertrag ab 2028 fristgerecht eingereicht. Er will transparenter als der frühere Vorstand arbeiten und die Zusammenarbeit mit der lokalen Szene weiterentwickeln. Das zeigt: Die Dampfzentrale ist nicht in der Krise, sondern im Aufbruch. Sie ist eine tragende Säule der Berner Kulturszene – offen, professionell, innovativ und engagiert. Kultur braucht Stabilität, aber auch Mut zu Veränderung. Die Dampfzentrale hat beides gezeigt. Sie arbeitet weiter mit neuen Kräften und bewährtem Engagement. Darum verdient sie Vertrauen und nicht Misstrauen von uns.

1. Vizepräsidentin: Die Liste wäre jetzt offen für Einzelvoten. Barbara Keller von der SP.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Ich möchte auch transparent machen, auch ich bin in diesem neu gewählten Vorstand der Dampfzentrale und ich wollte heute eigentlich gar nicht sprechen. Ich möchte aber jetzt trotzdem etwas noch klarstellen. Ich glaube, ich bin die einzige Person in diesem Raum, die an dieser berückichtigten, berühmten Versammlung war. Übrigens auch die Person, die den Artikel von Piraterie geschrieben hat, war nicht an dieser Versammlung – finde ich auch noch spannend. Und ich möchte hier sagen: Wir sind angetreten als neue Vorstandsmitglieder im Glauben, dass wir den Vorstand erweitern. Also ich hatte das Gefühl, ich sei nachher Teil eines 13-köpfigen Vorstandes mit verschiedenen politischen Vertretungen. Das war die Ausgangslage.

Es ist anders gekommen. Das wissen wir alle. Und wir haben auch gemerkt: Uns fehlen im neuen Vorstand aktuell Kompetenzen. Wir haben deshalb zum Beispiel eine Person, die sich an der nächsten Mitgliederversammlung als Finanzvorstand zur Wahl stellen wird. Und jetzt komme ich zum Punkt, weshalb ich jetzt am Mikro stehe. Und jetzt schaue ich dich direkt an, lieber Nik. Ich weiss nicht, ob du dich an das Gespräch nach dieser Versammlung erinnerst. Da hast du mir diese Kritik schon mitgeteilt. Ich habe gesagt: Ja, ich sehe das, ich teile das. Melde mir doch eine Person aus der FDP, die bereit wäre, auch in den Vorstand zu kommen. Ich habe niemals mehr etwas von dir gehört. Es hat sich auch niemals jemand bei mir gemeldet. Und deshalb finde ich es spannend, dass jetzt nochmals diese Kritik kommt. Aber wenn es darum geht, mitzuarbeiten, dann schickt ihr niemanden. Das möchte ich einfach noch zu Protokoll geben.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Michael Ruefer für die GFL.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Nur ganz kurz. Ich bin wirklich sehr verduzt, wie unkritisch ins Mikrofon gesprochen wird. Es ist ja auch klar, dass man mit diesen doppelten Hüten und dreifachen Hüten am Rednerpult spricht. Aber ich ertrage es fast

nicht, dass man so einseitig auf ein Problem schauen kann. Das ist einfach äusserst unprofessionell. Und es ist einer Demokratie auch fast unwürdig, dass man sich nicht etwas lösen kann von seiner Rolle und hier einem Problem in die Augen schauen kann, das es wirklich gibt. Denn es ist ein Fakt, dass die Dampfzentrale einfach nicht mehr den Standard hat und die Rolle, die sie einmal, vielleicht vor 20 Jahren, gehabt hat. Das ist einfach ein Fakt und den müssen wir anschauen, und zwar seriös, politisch, und nicht einfach alles durchwinken und alle kritischen Fragen – vielleicht sind die Fragen teils wirklich polemisch gewesen, Franziska Geiser. Das mag wirklich gut sein. Aber eine Demokratie verträgt doch auch ein paar polemisch-kritische Fragen zu einer Debatte, die es in dieser Stadt wirklich gibt. Und man muss sich die Frage stellen: Die Dampfzentrale und der Kulturbetrieb, den sie heute betreibt, auch mit sehr viel, sehr kommerziellen Veranstaltungen, das muss man auch sagen – ich gehe da auch regelmässig an diese Talks mit Bleisch und so – ist wirklich ein Fakt, den man anschauen und sich fragen muss: Was bekommt man für dieses Geld? Und das hat nichts mit Polemik zu tun, sondern das ist einfach hinschauen, genau sein und kritisch sein. Und so machen wir eine gute Kulturpolitik in dieser Stadt und nicht, indem man einfach blind irgendwas hinterherrennt.

1. Vizepräsidentin: Nik Eugster für die FDP – als Reaktion nehme ich an.

Nik Eugster (FDP), Einzelvotum: Ich mache hier wohl noch den Abschluss. Ich danke herzlich für diese lebhaftige Diskussion. Ich hätte sie nicht so erwartet, aber sie zeigt ja vor allem etwas Schönes: Die Dampfzentrale bewegt, die Dampfzentrale ist uns sehr wichtig. Dementsprechend ist es eben auch wichtig, dass die Stadt die Dampfzentrale in diesem ganzen Prozess, der im Moment läuft, auch eng begleitet. Die Forderungen, die in dieser Interpellation stehen, gehen genau in diese Richtung. Ich finde es schade, Franziska Geiser, dass immer, wenn man Fragen stellt, in einem Tonfall auf die eingehauen wird, die Fragen stellen, die eigentlich völlig berechtigt sind. Wir haben heute von ganz vielen Leuten gehört, dass die berechtigt sind. Aber irgendwie gibt es das immer wieder in diesen Voten. Das finde ich ehrlich gesagt sehr, sehr schade. Ich werde mir weiter Mühe geben, auch ein FDP-Mitglied zu finden. Es ist tatsächlich so, dass du mich darauf angesprochen hast. Ich bin auch offen. Ich habe diese Interpellation eingereicht und bin gleichzeitig auch auf dich zugekommen, weil es mir wichtig war, nicht einfach nur zu schiessen – das, was mir eben vorgeworfen wird und ich wirklich nicht verstehe. Vielmehr ist es ein konstruktiver Akt, damit das Ganze dort unten gut kommt, weil es uns eben ein Anliegen ist, weil die Dampfzentrale uns wichtig ist, weil das wieder ein Ort sein werden soll – und da gehe ich mit Michael Ruefer auch eins –, ein Ort, wie es früher mal war, auf den wir wirklich stolz sein können; stolz darauf, dass wir in Bern die Dampfzentrale als wichtigen Kulturort haben.

1. Vizepräsidentin: Ich danke euch für die lebhaftige Diskussion. Ich sehe keine Einzelvoten mehr. Dann möchte ich gerne der Gemeinderätin Marieke Kruit übergeben.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Frau Vizestadtratspräsidentin, liebe Stadträt*innen, geschätzte Anwesende, erlauben Sie mir zuerst ein paar generelle Worte zur Kultur. Der Gemeinderat hat mit seiner Kulturbotschaft ein klares Bekenntnis zur Förderung von Kultur abgegeben. Kulturinstitutionen sind wichtige Reflexionsorte für gesellschaftliche Entwicklungen. Kunst kann neue Sichtweisen erschliessen, aufrütteln, politische Debatten auslösen, die Gesellschaft dynamisieren, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken und unterhalten. Die Voraussetzung ist, dass die künstlerische Freiheit und

das Recht der öffentlichen Darstellung von Kunst oberste Priorität geniessen. Ja, Kultur kann nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen und soll dies auch nicht tun müssen. Sie kann jedoch gesellschaftliche Verantwortung und Öffnung einfordern. Und ja, je höher subventioniert eine Kulturinstitution ist, desto grösser ist natürlich auch ihre Verantwortung, ihre Verpflichtung zu Offenheit, Transparenz und zum Einbezug gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen.

Die Stadt Bern hat beschlossen, den Leistungsvertrag für die kulturelle Nutzung der Dampfzentrale auszuschreiben. Das ist längstens bekannt. Die Dampfzentrale als Kulturort war aber nie in Frage gestellt. Ziel ist vielmehr die Stärkung der Dampfzentrale als aktiver Ort des Berner Tanzschaffens sowie als Kulturort mit breitem Programm und vielseitigen Kooperationen. Das haben wir mehrmals thematisiert. Das war kein Geheimnis. Die Ausschreibung soll das Potenzial ausloten, die Angebotsdichte zu erhöhen und die Dampfzentrale stärker zu einem aktiven Ort des Berner Tanzschaffens zu machen. Letzteres entspricht auch einer langjährigen Forderung der Berner Tanzschaffenden. Alle Interessierten waren eingeladen, sich mit einem Projekt zu bewerben, was nun auch geschehen ist. Dieser Prozess ist nun schon am Laufen.

Jetzt zu den Fragen: Wie bei allen Leistungsverträgen unterliegt auch jener mit der Dampfzentrale einem strukturierten Controlling. Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind Kultur Stadt Bern umfassende Jahresberichte vorzulegen. Wir führen regelmässig Controlling-Gespräche durch nach einem festgelegten Schema; dies selbstverständlich auch mit dem neu zusammengesetzten Vorstand. Das hat auch stattgefunden. Das wurde auch schon erwähnt. Sollten Unklarheiten oder Anlass bestehen, dass Anforderungen nicht erfüllt werden, wird dies thematisiert. Wir sind uns unserer Verantwortung durchaus bewusst. Und wie Ihnen allen bekannt ist und ich bereits erwähnt habe, hat die Stadt Bern die kulturelle Nutzung der Dampfzentrale öffentlich ausgeschrieben für die nächste Vertragsperiode 2028. Ich möchte hier noch ein paar Worte dazu sagen: Ziel ist es wirklich, das Potenzial des Ortes weiterzuentwickeln, die Angebotsdichte zu erhöhen und insbesondere das Berner Tanzschaffen zu stärken. Denn der Ort eignet sich wirklich hervorragend für das. Die Ausschreibung erfolgt gemäss den Vorgaben der WTO-Übereinkommen und ermöglicht, und darum ist es auch so wichtig, eine transparente Auswahl einer Trägerschaft. Das ist ganz klar so formuliert.

1. Vizepräsidentin: Ich habe aus der Diskussion herausgehört, dass die Interpellant*innen teilweise zufrieden sind. Ist das korrekt? – Gut, dann halten wir das so für das Protokoll fest.

2022.TVS.000064

3 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2024

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zu Traktandum 3, dem Leistungsbericht Bernmobil. Ich übergebe gleich der Kommission das Wort. Für die GPK Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Kommission: Wie jedes Jahr hat die GPK den Leistungsauftragsbericht des Gemeinderats bezüglich der Eignerstrategie von Bernmobil diskutiert. Es ist schon ein bisschen länger her, weil es mehrmals verschoben wurde. Aber das Votum hatte ich zum Glück schon geschrieben.

2024 war ein erfolgreiches Jahr für Bernmobil. Die Fahrgastzahlen erhöhten sich wieder und haben ein Niveau erreicht, das sich wieder jenem von vor der Pandemie annähert. Es ist noch nicht ganz dort. Dank des Fahrgastanstiegs und aufgrund von Mehr-

erträgen aus dem Libero-Tarifverbund konnte ein Gewinn von 3,3 Mio. Franken verbucht werden. Bei den neun Oberzielen, die der Gemeinderat in der Eignerstrategie festgelegt hat, ist Bernmobil bei den meisten Zielen auf Kurs. So wird Bernmobil voraussichtlich bis 2037 klimaneutral sein und bis im Sommer 2026 sollte die gesamte Flotte vollständig niederflurig und hindernisfrei sein. Bis 2035 sollten das auch alle Haltestellen im Bernmobil-Einzugsgebiet sein, so dass es auch tatsächlich genutzt werden kann als niederfluriges Transportmittel.

Was hingegen nicht geklappt hat, ist das Oberziel mit dem gemeinsamen Aufbau einer Mobility-as-a-Service-Plattform, die gemeinsam mit den Städten Basel und Zürich hätte realisiert werden sollen, wonach auf einer App Veloverleihsysteme, Carsharing und ÖV-Tickets alles zusammen stattgefunden hätte. Dieses Projekt wurde aus Budgetrisikogründen eingestellt.

Die GPK hat den Leistungsauftragsbericht mit grossem Interesse gelesen und stellt fest, dass Bernmobil bei den meisten seiner Oberziele auf Kurs ist, weshalb auch die Kommission empfiehlt, den Bericht positiv zur Kenntnis zu nehmen.

Dann hänge ich noch das Fraktionsvotum der GB-JA!-Fraktion an. Für uns als Fraktion ist es sehr wichtig, dass Mobilität nicht ein Privileg für Menschen ist, die es sich leisten können und die über die erforderlichen Voraussetzungen verfügen, sondern dass alle Personen in der Stadt Bern Bernmobil nutzen können, um sich von A nach B bewegen zu können. Dazu gehört natürlich ein möglichst rascher Ausbau aller Busse und Trams auf Niederflureinstiegsmöglichkeiten. Aber dazu zählt auch, dass es einfach und unkompliziert bleibt, ein Ticket zu lösen. Natürlich ist es heute für viele Menschen einfach ein Ticket auf dem Handy zu lösen, aber eben nicht für alle. Und damit meine ich nicht nur ältere Menschen, die kein Smartphone haben, sondern auch Kinder oder Sans-Papiers oder Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen kein oder einfach aktuell gerade kein Smartphone haben. Es darf also nicht sein, dass an gewissen Orten die einzige Möglichkeit ist, an ein Ticket zu kommen, via Smartphone ein Ticket zu lösen. Und das Argument, dass man im Vorfeld im Libero-Shop ein Ticket lösen kann, zählt natürlich nicht, weil es einfach unglaublich in der Spontanität und Flexibilität einschränkt, wenn man sich vorher zu Öffnungszeiten dieser Shops überlegen muss, wann man ein Ticket braucht. Hier appellieren wir also an Bernmobil, diese Menschen im Blick zu haben, damit auch sie weiterhin ein Ticket lösen können und die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zugänglich bleibt. Deshalb nehmen wir auch die Planungserklärung der GFL an, die die Entkriminalisierung von Armutsbetroffenen fordert. Die Anträge der SVP lehnen wir ab. Und wir nehmen den Bericht ohne Wertung zur Kenntnis.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Ihr habt es gemerkt: Die Redner*innenliste für die Fraktionsvoten wäre offen. Für die SP, Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorgelegten Bericht. Wir erachten wie auch der Gemeinderat Bernmobil als integralen Teil der Klimastrategie. Nur ein flächendeckender öffentlicher Verkehr kann helfen, die Klimaschäden, welche unsere Mobilität verursacht, zumindest zu begrenzen. Dies ist nebst anderen Punkten fester Bestandteil der Eignerstrategie des Gemeinderates. Und das ist gut so. Gleichzeitig ist die Bevölkerung auf einen verlässlichen Nahverkehr angewiesen. Wenn das nicht klappt, wie letztes Jahr beim Wintereinbruch ausgerechnet am Wahlwochenende, werden zu Recht Fragen gestellt. Dies wurde

durch Bernmobil ausführlich analysiert und Gegenmassnahmen wurden getroffen. Wir haben das hier alle ausführlich behandelt.

Es besteht kein Zweifel, dass das Personal von Bernmobil jeden Tag einen Rieseneffort leistet, das Netz am Laufen zu halten, Tag und Nacht, bei jedem Wetter und jeder Herausforderung. Deshalb verdienen sie unseren grossen Dank. Wir sehen aber durchaus auch kritische Punkte, wo der Gemeinderat genau hinsehen muss. Einer sind die Ticketpreise. Das Kinderparlament hat hier im Rathaus im September Bernmobil den «Plämu-Preis» überreicht, weil die Ticketpreise für Kinder zu teuer sind. Das stimmt. Das stimmt auch für ganze Familien und andere, für die eine Retourfahrt etwa vom Stadtrand in die Innenstadt nicht ganz billig ist. Es ist schade, wenn Menschen in Bümpliz, Brünnen oder Wittigkofen gewisse Dienstleistungen, die ihnen die Stadt anbietet, nicht wahrnehmen können, weil sie sich kein Billett leisten können. Und vor allem der Umgang mit Passagieren ohne Billett ist delikat. Ja, es ist verboten, ohne Ticket zu fahren und eine Strafe ist angemessen, sofern sie verhältnismässig ist. Aber ein vergessenes oder unbezahltes Billett kann in unserem Land unverhältnismässig schwere Konsequenzen haben. Man landet recht schnell auf einer schweizweiten schwarzen Liste des Verbandes Öffentlicher Verkehr – datenschutztechnisch seit Jahren sehr fragwürdig. Noch schlimmer kann die Busse selbst sein. Ein gut gehütetes Geheimnis in unserem Land ist, warum manche Menschen im Gefängnis sitzen. Das liegt auch an den Ersatzfreiheitsstrafen. Rund 7% der rechtskräftig Inhaftierten in unserem Land sitzen allein wegen ihrer Armut im Gefängnis, gemäss Bundesamt für Statistik. Wer seine Bussen, Steuern oder selbst andere Schulden nicht zahlt, weil er oder sie armutsbedingt nicht zahlen kann – selbst eine Busse von nur 100 Franken für ein vergessenes Billett – landet schlimmstenfalls im Gefängnis.

Das ist ein schwerer Fehler in unserem Justizsystem und ein Fehler unseres Kantons in seiner Auslegung der Gesetzgebung. Es ist nicht der Fehler von Bernmobil, aber es ist eine Realität. Bernmobil zeigt löblicherweise Kulanz und Sensibilität bei Armutsbetroffenen. Das zeichnet sich seit Jahren ab. Es zeigt sich auch, dass Bernmobil sich national beim Verband Öffentlicher Verkehr einbringt, um die berüchtigte schwarze Liste abzuschwächen. Aber damit dies auch so bleibt, wird die SP-JUSO-Fraktion den Antrag 1 unterstützen. Die Anträge der SVP hingegen greifen zu weit in operative Abläufe von Bernmobil ein. Wir müssen Bernmobil nicht zu viel dreinreden. Die SP-JUSO-Fraktion wird die SVP-Anträge deshalb ablehnen. Aber grundsätzlich können wir gerne an anderer Stelle Sachen besprechen. Wie wäre es beispielsweise mit einer breiten Vernehmlassung durch den Gemeinderat, wenn die neue Eignerstrategie ansteht? Die jetzige Eignerstrategie zu Bernmobil läuft bekanntlich 2028 aus.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Szabolcs. Für die AL-PdA-TIF-Fraktion, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Ich fange mit den Anträgen an. Auch wir nehmen den Antrag 1 an. Wir sind dafür, dass Armutsbetroffene auf jeden Fall hier nicht mit Freiheitsentzug und schwarzen Listen weiter drangsaliert werden können. Es ist aus unserer Sicht ein Bagatelldelikt, schwarz zu fahren, auch notorisch schwarz zu fahren. Wir sind letztlich ohnehin der Meinung, dass diese Dinge nicht viel kosten sollten. Wir nehmen auch den Antrag 14 der SVP an. Wir glauben, dass nicht nur bargeldlos bezahlen können total wichtig ist. Das wurde schon von der Vorrednerin so herausgestrichen. Ich möchte das nochmal unterstreichen. Ich rede auch von mir, denn ich fahre mittlerweile jeden Tag, jedenfalls jeden Tag, an dem ich zur Arbeit fahren muss,

schwarz, weil es nämlich gegenüber des Du Nord gar keinen Billettautomaten mehr gibt. Es hat mal geheissen, nur stadtauswärts würden die Billettautomaten zusammengestrichen. Ich habe kein Smartphone. Ich habe auch nicht vor, ein Smartphone zu haben. Aber was soll das eigentlich? An meines Erachtens stark frequentierten Stationen mitten in der Stadt werden diese Billettautomaten gestrichen. Ich könnte jetzt 50 Meter weiter ein Ticket lösen gehen, müsste aber über drei Ampeln und wieder zurück. In dieser Zeit bin ich schon im Wankdorf oben. Es macht einfach keinen Sinn. Also wir finden hier auf jeden Fall: Das geht so nicht. Bernmobil muss diese Billettautomaten unbedingt stehen lassen. Die paar "Kröten", die man hier spart, um diese Münzautomaten auszuwechseln – ich kann mir nicht vorstellen, dass es dem Gemeinderat so wichtig ist, dass man diese Errungenschaft abschafft. Denn es ist tatsächlich so: Kinder, alte Menschen, die kein Smartphone haben – soll man denen jetzt erklären, sie sollen der Smartphone-Pflicht quasi nachkommen, um ins Schulunterrichtsturnen zu gehen? Oder wie soll das gehen? Diskutieren wir tatsächlich darüber, ob Kinder besser ohne Smartphones in die Schule gehen müssen, und dann heisst es vom Gemeinderat: Ja, Pech gehabt. Bis das neue System kommt mit den tollen digitalen Mehrfahrtenkarten, habt ihr besser doch ein Smartphone dabei. Das geht so nicht. Wir finden, mindestens Entwertungsautomaten für Mehrfahrtenkarten bis dato sollen bestehen bleiben – und auch noch darüber hinaus. Der Gemeinderat hat in einer Kleinen Anfrage von uns behauptet, hier komme ein neues System auf uns zu. Aber bis dieses neue System da ist, wollen wir, dass sich der Gemeinderat ganz klar für Billettautomaten mit Münz einsetzt und bei nicht stark frequentierten Bushaltestellen mindestens auch für Mehrfahrtenkartenentwerter.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die SVP, Thomas Glauser. Sehe ich das richtig, dass ihr euch das Fraktionsvotum teilt?

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Ich möchte den Mitarbeitenden herzlich danken für alles, was ihr für Bernmobil macht. Es ist eine grossartige Sache. Wir sind darauf angewiesen, dass das Bernmobil-Transportnetz funktioniert, auch am Samstag, am Wochenende, auch wenn es Schnee hat. Herzlichen Dank. Es funktioniert meistens. Manchmal gibt es einen Schneeeinbruch und dann geht es halt weniger.

Wir von der SVP-Fraktion sind eigentlich recht zufrieden mit der Arbeit, die Bernmobil leistet. Ihr habt aber gesehen, dass wir auch ein paar Anträge geschrieben haben. Wir wissen, dass es ein Leistungsbericht ist, aber wir wollen trotzdem jetzt ein bisschen Staub aufwirbeln, damit es einen Denkanstoss gibt. Vor allem Alexander Feuz wird noch ein bisschen ins Detail gehen. Aber was uns ganz klar ein Anliegen ist: Bares ist das Wahre. Es ist auch schon gesagt worden von anderen Parteien: Die 60 Billettautomaten, wo man noch mit Münz Billette lösen konnte, lässt man verschwinden. Und man will allen den Smartphone-Zwang aufdrücken. Man hat behinderte Leute, die nicht mit Smartphones umgehen können. Man hat Kinder, man hat alte Leute. Die sind einfach in Gottes Namen darauf angewiesen, dass man immer noch ein Billett an einem Automaten lösen kann. Und da geht sehr viel Service public verloren, wenn man die jetzt flächendeckend verschwinden lässt. Und wir engagieren uns ganz klar dafür, damit das nicht passieren wird. Jetzt gebe ich das Wort an Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke meinem Vorredner. Ich schliesse mich dem Dank für Bernmobil an. Wir sind meistens sehr zufrieden. Es gibt manchmal Fälle, aber dazu haben wir keine Planungserklärung gemacht, dass der Chauffeur, wenn er einen sieht, extra abfährt. Ich habe Verständnis dafür, wenn es in der Spital-

gasse ist. Aber wenn es an einem kalten Abend eines Novembertags bei einer Aussenstation ist, habe ich ein bisschen weniger Verständnis. Ich bin schon von verschiedenen Fahrgästen gebeten worden, dass ich mich im Stadtrat dafür einsetze und hier dazu Stellung nehme.

Ich möchte jetzt gerade das aufnehmen, was Thomas Glauser und Raffael Joggi gesagt haben. Es ist mir ein ganz grosses Anliegen, dass man weiterhin mit Bargeld zahlen kann. Wir haben eine entsprechende Planungserklärung gemacht. Und es ist uns klar: Es ist eher eine Rückschau und nicht ein Blick in die Zukunft. Aber die GFL hat zuerst Anträge eingereicht. Und daraufhin haben wir uns auch entschlossen, Anträge einzureichen. Und das ist unser letzter Antrag, den wir zu dem Thema eingereicht haben, weil wir der Meinung sind, dass wir mit Bargeld bezahlen können sollten. Ich mache ein Beispiel. Letzten Samstag, mein Abo war abgelaufen, da wollte ich beim Zytglogge ein Billett bis Tillierstrasse lösen und habe eine Meldung bekommen, diese Strecke könne an diesem Automaten nicht gelöst werden. Wenn ihr also einen Touristen habt, der das Auto im Casino-Parking abgestellt hat und in den Tierpark möchte, hat nicht die Möglichkeit, mit Bargeld zu lösen. Ich habe das fotografiert, um es selbstverständlich dem Gemeinderat zu zeigen. Das ist nicht kundenfreundlich. Das ist für mich ein klares "Nicht erfüllt".

Ich komme jetzt zu den Anträgen. Ich versuche es kurz zu machen. Ich glaube, Redezeit habe ich etwa noch 4, 5 Minuten. Ich brauche die wahrscheinlich nicht ganz. Eines sind die Anträge, die wir schon häufig gestellt haben. Im Winter darf es doch nicht sein, dass man während Stunden nicht fahren kann. Ich habe durchaus Verständnis, dass, wenn es am Morgen schneit, man nicht durchkommt. Aber das hat Georg Häsler hervorragend gesagt: Das Calancatal hat es besser im Griff. Und für mich war die Katastrophe, dass es 4 Tagen dauerte. Und dann ist das Prinzip Hoffnung. Als es wieder schönes Wetter war, ist es dann wieder gegangen. Darum haben wir diverse Anträge dazu. Ich will die nicht in extenso abhandeln, aber einfach fordern, dass man sich im Rahmen der eigenen Strategie zumindest einen Notbetrieb überlegt, dass man nicht Stadtteile ganz abschneidet, dass man Szenarien hat mit alten Bussen, die man einsetzen kann, dass man einen Teil der Fahrzeuge – ich sage nicht, es müssen alle ausgerüstet sein mit Schneeketten, aber ein Teil sollte winterfest sein, natürlich eher die kürzeren Busse mehr als die längeren. Das andere ist schon rein statisch schwierig, von der Fahrzeugdynamik her. Das ist uns auch klar. Aber man sollte an das denken.

Und jetzt gerade noch etwas: Jetzt hatten wir wieder Demonstrationen. Wir haben x-mal schon gewarnt. Wir wissen: Es gibt Demonstrationen. Und wenn man einfach dann einen ganzen Stadtteil abgeriegelt hat, und zwar wiederum während Stunden – auch dafür muss man das nötige Szenario entwickeln, damit man den Leuten rechtzeitig einen Ersatz anbieten kann, damit man Ersatzmöglichkeiten hat, auch punkto Fahrzeuge. Denn es ist mir klar: Ein schienengebundenes Fahrzeug hat weniger Möglichkeiten als ein kurzer Bus, mit dem ihr drum herumfahren könnt. An der letzten Sitzung habe ich schon gedacht, die Nagelprobe kommt: Seid ihr jetzt bereit, euch für die Bewohner der Stadt Bern einzusetzen, damit diese während Demos nach wie vor die Möglichkeit haben, mit dem öffentlichen Verkehr zu zirkulieren? Oder nimmt man das einfach als von Gott gegeben hin, dass man während einer Demo stundenlang nicht mehr in der Stadt zirkulieren kann? Hier geht es doch darum, ein Notszenario zu machen. Es ist mir auch klar, dass man während einer Demo nicht die Spitalgasse hinauf- und hinunterfahren kann. Aber wenn jemand den Zug nehmen will, sollte er die Möglichkeit haben, beim Wankdorf einsteigen zu können – vom Kirchenfeld oder der Elfenau –, dass

er dort noch den Zug nehmen kann. Irgendwie den nächsten Anschluss zu erreichen, sollte man einfach sicherstellen. Und dazu haben wir entsprechende Anträge gestellt. Es geht um die Beschaffung von entsprechenden Fahrzeugen, entsprechende Szenarien. Bei Notbetrieb, das ist mir klar, fährt nicht alle 5 Minuten das Tram nach Bümpliz. Nein, das ist ein Notbetrieb. Aber man sollte an solche Sachen denken. Ich appelliere an euch. Ihr habt alle letztes Mal bei der Demo-Debatte gesagt: So darf es nicht weitergehen. Hier haben wir eine Möglichkeit, einfach ein Zeichen zu setzen. Und ich wäre froh, wenn sich dieses Mal nicht nur die SVP hinter diese Anträge stellen würde, wie damals beim Antrag in der Finanzdebatte, als wir mehr Polizeipräsenz haben wollten. Ich habe angekündigt, dass es eine Hamas-Demo geben wird. Und damals waren wir die einzigen, die das unterstützt haben. Ich habe gewusst, dass wir wahrscheinlich nicht Erfolg haben werden. Aber jetzt sollte man zuhänden des Gemeinderats ein Zeichen setzen für Bernmobil, damit man das Nötige vorkehren soll. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Alex. Für die FDP-Fraktion, Ursula Stöckli.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion: Ich lese das Votum von Oliver Berger. Er musste sich für die erste Sitzung entschuldigen. Wir von der FDP-Fraktion nehmen den Leistungsbericht von Bernmobil grundsätzlich positiv zur Kenntnis. Ich komme ganz kurz zu einer Einordnung von unserer Seite. Positiv sind die Passagierzahlen, die wiederum gestiegen sind auf 99 Mio. Sie liegen aber scheinbar immer noch unter dem Vor-Corona-Niveau. Positiv ist auch das Finanzergebnis, das eine knappe schwarze Null ergibt. Der Kostendeckungsgrad von 66% ist aus unserer Sicht jedoch ein bisschen zu wenig. Die Erneuerung der Fahrzeugflotte begrüssen wir ebenfalls, so wie auch die Umbauten diverser Haltestellen infolge des neuen BehiG (Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen), dass jetzt diese endlich auch angepasst werden.

Trotzdem sehen wir immer noch Verbesserungspotenzial beim Betrieb des Netzes. Insbesondere bei Schlechtwetter und Schneefall – wir haben es gehört – hat Bernmobil keine gute Falle gemacht. Mehrere Tage Betriebsunterbrüche auf diversen Linien sind einfach nicht akzeptabel. Bei der Erneuerung der Linie oder bei der Linienführung erwarten wir auch ein bisschen mehr Pragmatismus. So ist beispielsweise die Gleiserneuerung der Tramlinie 6 ins Fischermätteli nicht zweckmässig. Dort hätte auch ein Bus gereicht.

Die Finanzierung zwecks Subventionierung des ÖV und des Langsamverkehrs stehen in Konkurrenz zueinander. Dort wird sich die Stadt früher oder später entscheiden müssen, was Priorität hat. Mit Blick auf die klammen Finanzen der Stadt Bern wird man dort vermutlich nicht den Fünfer und das "Weggli" haben können. Wir nehmen aber diesen Bericht auch positiv zur Kenntnis. Besten Dank für die Aufmerksamkeit, Oliver Berger. Jetzt komme ich zu den Anträgen und Begründungen. Wir haben sehr viel Sympathien für die Anträge. Wir waren ebenfalls sehr erstaunt und goutieren es nicht, dass es mehrere Tage einen Betriebsunterbruch gab. Es war eine Ausnahmesituation, okay. Wir werden trotzdem alle Anträge ablehnen. Denn solche Anträge haben bei einem Leistungsauftragsbericht nichts zu suchen. Sie gehören nicht hier hin und deshalb lehnen wir diese ab, trotz aller Sympathien. Wir sind gerne bereit, in anderen Zusammenhängen Vorstösse zu unterstützen, die in diese Richtung gehen.

Jetzt noch eine persönliche Bemerkung, vielleicht ein technischer Exkurs: Also, ein Billettautomat kostet nicht nur ein paar "Kröten". Ein solcher Billettautomat hat vor 20 Jahren etwa 40'000 Franken gekostet. Das Teuerste daran sind der Münzprüfer, der Notenprüfer. Und was auch noch teuer ist, ist, den Automaten vandalensicher zu machen. Hätte es keine Deppen, die bei den Billettautomaten Vandalismus betreiben, wären die auch günstiger. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben solche und darum sind die Billettautomaten doch relativ teuer. Damit will ich nicht sagen, dass es keine braucht und dass man die entfernen sollte. Aber es sind nicht einfach nur ein paar "Kröten". Damit habe ich geschlossen, merci vielmals.

1. Vizepräsidentin: Für die Mitte, Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Wir nehmen den Leistungsauftragsbericht zu Bernmobil gerne zur Kenntnis und wollen auch Merci sagen allen, die bei Bernmobil arbeiten und tollen Service bieten, auch zu Zeiten, wo andere schon lange Feierabend haben.

Wir haben gesagt: Es gibt auch viele Umbauten. Und für das Gewerbe ist es auch wichtig, dass Gleissanierungen und solche Sachen möglichst schnell gehen, weil das doch in diesen Strassen relativ stark einschränkt und teilweise auch sehr laut ist. Man sollte dafür sorgen, dass man das möglichst zügig durchführen kann, was eigentlich beiden Seiten hilft.

Klar, letztes Jahr, der Wintereinbruch ist nicht optimal gemanagt worden. Ich glaube, wir erwarten, dass Bernmobil wirklich etwas verbessert. Auch zum Service bei Demos oder anderen Ausfällen erwarten wir, dass es besser gemacht wird und eine Notversorgung da ist. Wir haben dazu letztes Mal auch eine Motion eingereicht, die genau in das hineingeht. Wir haben mit Bernmobil auch schon angeschaut, ob es möglich ist, zum Beispiel am Helvetiaplatz eine Weiche zu machen, damit die Trams dort wieder hin- und herfahren können. Natürlich hat es nicht genug, um überall Zweifahrten-Trams zu haben. Aber man kann zumindest einen Notservice machen, wenn man weiss, dass eine Demo stattfindet oder sonst eine Veranstaltung, wodurch die Innenstadt nicht zugänglich sein wird.

Dann noch zu diesen ganzen SVP-Anträgen: Wir haben zwar für viele auch Sympathien. Aber ich glaube, man sollte die nicht anlässlich des Berichts einreichen. Gerade für die Demo-Thematik haben wir schon eine Motion eingereicht, die sollte das Problem lösen. Dann noch zum bargeldlosen Zahlen und den Automaten. Wichtig ist, dass es die Möglichkeit gibt, zum Beispiel für Kinder, die noch kein Handy haben, digitale Mehrfahrtenkarten zu kaufen, damit die einstempeln können. Die Karten müssen ja nicht mehr physisch sein, aber es sollte so sein, dass man Lösungen hat. Die Karten kann man irgendwo am Bahnhof oder vielleicht auch digital mit dem Swisspass lösen. Und auch noch zum bargeldlosen Zahlen: Es gibt schon heute, und es wird es immer mehr geben, digitale Mittel, wo man einen Geldbetrag anonym auf eine Karte laden kann, mit der man zahlen kann. Also, es ist nicht so, dass das wirklich noch unbedingt notwendig ist. Und ich glaube, das wird die Zukunft auch zeigen. Dafür müssen aber von Bernmobil oder sogar schweizweit Lösungen gefunden werden, wie man das digital machen kann, auch wenn man kein Handy hat – für Kinder oder Leute, die das nicht wollen. Darum werden wir die Anträge alle ablehnen, auch den ersten. Natürlich kann man sagen, man soll das nicht kriminalisieren. Aber dann müsste man auch Lösungen bringen, welche Strafe sonst droht. Denn es klingt ein bisschen blöd, wenn man straffrei ausgeht. Ob man gerade ins Gefängnis muss, kann man diskutieren. Wir haben uns

das auch überlegt. Aber am Schluss – wenn man nicht zahlen muss, nicht ins Gefängnis muss, keine Sozialstunden abarbeiten muss –, dann kann man auch sagen: Wir kontrollieren nicht mehr. Also, das ist auch schwierig und man müsste uns zuerst einmal aufzeigen, was ist denn konkret jetzt machbar, damit man das nicht so machen muss.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Für die GFL-Fraktion, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Die Verschiebung von Traktanden hat auch etwas Gutes. Sie erlaubt es nämlich insbesondere grossen Fraktionen, einen vertieften Willensbildungsprozess zu durchlaufen. Ich danke Szabolcs sehr für die differenzierte Präsentation auch der Planungserklärung und der dahinter liegenden Problematik. Deshalb kann ich mich auch sehr kurzhalten.

Punkt 1: Die GFL-Fraktion nimmt diesen Leistungsauftragsbericht positiv zur Kenntnis. Zu den Anträgen und zu den Planungserklärungen nur ganz kurz: Wir hatten letzten Donnerstag die Einladung der Heilsarmee, das ist die einzige Armee, die mir sympathisch ist, kann man wirklich so sagen. Das war sehr eindrücklich. Sie hat viele Beispiele gebracht, ganz konkrete Beispiele von armutsbetroffenen Personen in der Stadt Bern. Wer dort war, hat das erlebt. Die Häuser, die Einrichtungen der Heilsarmee sind voll. Diese Personen leben, die gibt es. Eine Frau wurde geschildert. Nach der Pensionierung hat sie ihr Ersatzeinkommen verloren, war darauf auf eine minimale AHV angewiesen, konnte ihre Miete nicht bezahlen, wurde aus der Wohnung geworfen und stand jetzt tatsächlich einfach auf der Strasse. Dank der Heilsarmee hat sie wieder ein Dach über dem Kopf. Solche Personen gibt es und nicht wenige. Diese Leute können sich diese Fahrten schlicht nicht leisten. Das ist ein Problem, und wir versuchen hier eine Lösung zu finden. Es kann nicht sein, dass wir diese Leute wie im Mittelalter in den Schulturm stecken. Es kann nicht sein, dass wir diese Leute kriminalisieren, weil sie diese Ticketpreise nicht bezahlen können. Ich danke deshalb für die Unterstützung, danke eben auch der EVP, wenn sie hier diesem Antrag zustimmt. Das wäre ein Zeichen auch der Nächstenliebe. Nicht einig sind wir uns beim Antrag der SVP zum bargeldlosen Bezahlen. Hierzu wird vielleicht mein Namensvetter Michael Ruefer noch etwas sagen, vielleicht auch nicht. Aber dazu sind wir uns nicht einig. Die Planungserklärung nehmen wir selbstverständlich an und den Leistungsauftragsbericht nehmen wir positiv zur Kenntnis.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Die Rednerliste wäre offen für Einzelvoten. Meldet euch gerne an. Für die GFL, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL), Einzelvotum: Ich bin auch der Meinung, wie es schon diverse Vorredner*innen gesagt haben, dass Bernmobil einen guten Job leistet zur Versorgung des Stadtgebiets mit ÖV und auch ausserhalb des Stadtgebiets, dort, wo sie auch noch tätig sind. Es wurde jetzt verschiedentlich diese Frage mit der Bargeldbezahlung aufgeworfen, weil die SVP überall dieses Ansinnen zu platzieren versucht, wonach man überall, auch auf dem Sternenmarkt und so, noch mit Bargeld bezahlen können soll, also auch bei Bernmobil. Wie ihr alle wisst oder einige von euch wissen: Ich arbeite auch beim ÖV und bei der BLS. Wir waren in den vergangenen Wochen mit der Abschaffung der Bargeldbezahlung oder dieser Automaten sehr prominent in den Medien. Und da hat man eben diese Lösung gefunden und das wurde jetzt auch im Votum von Raffael Joggi zum Beispiel kurz erwähnt. Wie macht man das, wenn man trotzdem noch ohne Handy unterwegs ist und mit Bargeld bezahlen möchte? Man kann nämlich zum Bei-

spiel eine Mehrfahrtenkarte kaufen. Und die kann man auch am Bahnhof irgendwo kaufen. Oder man kann auch das Modell wählen wie in Italien, wo man sie beim Tabak-Lädeli kaufen kann. Dann kann man sie irgendwann auch an einem Kiosk kaufen. Und dann lädt man diese auf und kann überall damit bezahlen. Und das ist ein Modell, gemäss dem man einmal pro Monat vielleicht mit Bargeld zahlt und dann trotzdem über ein Kärtchen verfügt. Das ist doch grundsätzlich auch gar nicht so schlecht. Und es wurde auch von Ursula Stöckli erwähnt: Diese Billettautomaten sind eben nicht gratis. Ich bin nicht ganz einig mit Ursula Stöckli, was den Kostendeckungsgrad betrifft. Ich finde, der ist mit 66% anständig hoch. Er war auch schon leicht höher. Aber das ist für ein öffentliches Verkehrsunternehmen ein sehr guter Wert. Das muss man wirklich sagen. Im Regionalverkehr sind diese Werte zum Teil viel tiefer. Und deshalb macht auch hier Bernmobil einen guten Job. Aber diese Billettautomaten sind wirklich teuer, nicht nur in der Anschaffung, auch im Unterhalt. Und man muss sich eben bei einem subventionierten Unternehmen, das zu einem Drittel subventioniert ist, überlegen: Wohin geht dieses Geld? Will man Angebote damit finanzieren oder will man Billettautomaten damit finanzieren, die dann noch ein paar Leute pro Tag benützen? Und so ist es. Es sind einfach ein paar wenige Leute an ganz vielen Orten. Das ist wirklich ein Dilemma und dem muss man sich stellen. Und ich finde auch: Man muss das sorgfältig bearbeiten und eben an dieser Haltestelle bei der Gewerbeschule muss man sich, wenn man eine hohe Frequenz hat, überlegen: Was wollen wir hier für ein Angebot? Wollen wir hier noch eine Bargeldlösung oder nicht?

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Gerne nochmals von der SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich fahre gerade weiter. Es gibt Leute, die nicht feststellen lassen wollen, was sie für eine Mobilität haben. Und dann haben wir die Touristen in Bern, einem Tourismusort, die ausgerechnet beim Zytglogge neben dem Casino-Parking herauskommen. Dann gibt es diesen Kommentar dieses neuen Kastens. Ich will ihn mal vorlesen, damit es im Protokoll steht: "Für die Strecke Bern-Zytglogge und Bern-Tillierstrasse kann an diesem Automaten kein Ticket gekauft werden. Bitte wählen Sie eine andere Strecke." Also, meine Damen und Herren, wenn ihr jetzt in das Historische Museum oder in das Naturhistorische Museum oder in den Tierpark gehen wollt, von wo sollt ihr dort hingehen? Soll einer zuerst, wenn er mit dem Auto dorthin kommt, irgendwie von Freiburg, oder ein Tourist, der von Flensburg kommt oder von Milano oder von Como zuerst zum Bahnhof gehen und ein Kärtchen kaufen oder was auch immer? Man geht man doch davon aus, dass man es entweder im Bus kaufen kann wie an vielen anderen Orten. Oder man hat irgendeine sonstige Möglichkeit. Wenn ihr sagt, wir wollen in Bern Tourismus, wollt ihr dann nur noch die, die mit dem Velo kommen, oder die, die mit dem Taxi oder mit dem Car herumfahren? Dann braucht ihr es nicht. Aber es ist doch ganz klar: Das ist eine Schikane für die Leute. Das war für mich der eine Punkt. Wir haben einen entsprechenden Antrag für den Sternenmarkt eingereicht. Und ich danke allen, die vernünftig sind und uns unterstützen, obwohl der Antrag von der SVP ist. Ich habe schon ein paarmal gesagt, auch, als wir den Vorstoss zum Wärmeverbund einreichten: Die SVP muss nicht vorne stehen, wenn das irgendwie die Zustimmung erhöht. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Ich komme zu den anderen Anträgen. Ich habe gesagt, und Thomas Glauser hat es auch gesagt: Uns geht es darum, ein Zeichen zu setzen, hier einmal etwas aufzuzeigen. Wir hatten vor 14 Tagen die Debatte wegen der Demonstration. Wir haben selbstverständlich entsprechende Anträge und Vorstösse eingereicht. Wir haben schon lange vorher Anträge eingereicht, Motionen, ihr könnt sie sehen, auch Postulate. Lange

vor der FDP haben wir diese eingereicht, Thomas Glauser und ich. Darin geht es darum, was man bei Bernmobil für Konzepte hat, was man bei Demos machen können soll. Ich habe das Gefühl, sie werden nicht grosse Chancen haben. Aber es geht uns immer darum, dass die Bevölkerung weiss, dass sich unsere Fraktion dafür einsetzt und die nötigen Konsequenzen möchte. Und dann geht es mir auch darum: Wenn wir nur zwei oder drei sind, die dieser Sache zustimmen, haben wir ein weniger grosses Gewicht, als wenn vielleicht auch andere Leute dafür wären. Auch wenn es jetzt formaljuristisch nicht der richtige Ort ist – da gebe ich Ihnen Recht mit dieser Rückschau, man kann das so sehen – können wir damit ein Zeichen setzen. Wann kommt die Motion, die wir von der SVP eingereicht haben, in den Rat? Vielleicht irgendwann im Januar, und die von der FDP kommt vielleicht nächsten August oder was auch immer. Es geht darum, jetzt ein Zeichen zu setzen. Da muss man auch ein bisschen pragmatisch sein. Und ich sage euch, als Jurist kann ich durchaus formell sein. Aber hier bin ich wirklich der Meinung: Setzt ein Zeichen, unterstützt uns. Ich danke allen, die wenigstens bei den Billettautomaten helfen.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Einzelvoten mehr. Dann kommen wir zum Votum des Gemeinderats. Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Sehr geehrte Frau Vizestadtratspräsidentin, sehr geehrte Stadträt*innen, lieber Gemeinderatskollege, ich möchte mich zu den Detailzahlen nicht mehr äussern. Dies hat ja die Kommissionssprecherin Seraphine Iseli bereits getan. Vielmehr erlaube ich mir eine grundsätzliche Bemerkung zur Zusammenarbeit mit Bernmobil. Ich war im Nationalrat viele Jahre Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, welche auch für die bundesnahen Betriebe wie SBB, Post oder Swisscom zuständig ist. Mit der Eignerstrategie versuchte man, die Eigenwilligkeit dieser Betriebe in den Bereichen Service public-Abbau, Expansionsgelüste oder exorbitanten CEO-Salären in Zaume zu halten. Oft fühlte sich diese Arbeit eher als gegeneinander denn als miteinander an. Dies ist bei Bernmobil ganz anders.

Von Beginn weg ist mir hier auf städtischer Ebene aufgefallen, dass die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten wie eben Bernmobil oder auch EWB primär für die städtische Bevölkerung unterwegs sind. Die Arbeit ist ein Miteinander im Sinne der Stadt, im Sinne der städtischen Bevölkerung. Allein die Lohnstruktur, sei es im operativen wie auch im strategischen Bereich, unterstreicht meine Aussage. Schätzen wir diese gute Zusammenarbeit und tragen wir Sorge dazu, dass dies noch möglichst lange so bleibt.

In diesem Sinn und Geist sage ich auch noch kurz etwas zum Antrag betreffend Inkasso-Massnahmen bei armutsbetroffenen Personen. Bernmobil ist bereits heute bestrebt, Bussenverfügungen gegen armutsbetroffene Personen zu vermeiden. Dies entspricht dem Willen des Gemeinderates. Bei Personen mit Wohnadresse in der Stadt Bern wird die Adresse bei der städtischen Einwohnerkontrolle überprüft. Falls bei einer Person das Sozialamt oder das Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz als Korrespondenzadresse hinterlegt ist, wird die Rechnung an diese Adresse verschickt und Bernmobil verzichtet auf die Erstattung einer Anzeige. Dies alles betrifft jedoch nur Fälle von Personen mit Wohnort in der Stadt Bern. Bei allen anderen ist dieses Vorgehen nicht möglich. Insgesamt geht Bernmobil aus meiner Sicht mit der notwendigen Sorgfalt und Sensibilität vor und bewegt sich dabei im gesetzlich vorgegebenen Rahmen. Die ersten zwei Punkte des Antrags lehnen wir aus diesem Grund ab. Punkt 3 können wir, wie bereits in der Interpellationsantwort geschildert, annehmen. Der Gemeinderat wird das

Thema im Städteverband einbringen und allgemein die Übernahme der Berner Praxis propagieren.

Dann noch zu den neuen Anträgen: Die auf die heutige Sitzung eingereichten 13 Anträge der SVP kommen Ihnen ja möglicherweise bekannt vor. Zumindest die Anträge 2 bis 7 zur Wintertauglichkeit haben wir hier in diesem Rat schon besprochen. Daher möchte ich jetzt nicht noch einmal im Detail darauf eingehen. Wir sind dran. Im Verwaltungsrat haben wir schon verschiedene Massnahmen beschlossen, die Verbesserungen mit sich bringen. Ich bleibe auch dabei: Es gibt Wetterlagen, die sind nicht voraussehbar und auch in Zukunft schwierig zu bewältigen. Ich sage es auch noch einmal: Wir geben unser Bestes. Auch die Anträge zu Bernmobil während Demonstrationen, das sind die Anträge 8 bis 13, wurden hier schon diskutiert. Auch hier sind wir dran, flexibel zu werden und geeignete Massnahmen zu finden, welche die Verfügbarkeit der Busse und Trams während Demonstrationen erhöhen. Es ist nicht immer so einfach, wie es tönt, denn es braucht nicht nur zusätzliche Busse oder spezielles Rollmaterial, sondern es braucht auch das entsprechende Personal dazu. Auch hier werden wir uns verbessern. Beim Antrag 14 der Bargeldbezahlung ist die Stossrichtung von Bernmobil ebenfalls bekannt. Man kann heute immer noch mit Bargeld ein Ticket kaufen. Bernmobil hat sich deshalb entschieden, ihre bestehenden Billettautomaten mit Bargeld-Zahlungsfunktion bis 2035 weiter zu betreiben.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank für die Diskussion und die Erläuterungen. Wir kommen jetzt zu der Abstimmung über die Planungserklärungen. Vielen Dank auch an die Fraktion SVP für den kleinen Stresstest, den ich jetzt mit diesen vielen Anträgen habe. Aber ich glaube, das schaffen wir.

Antrag 1

Michael Burkard, GFL / Francesca Chukwunyere, GFL / Mirjam Roder, GFL / Tanja Miljanovic, GFL / Matteo Micieli, PdA / Raffael Joggi, AL

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Verwaltungsrat von Bernmobil darauf hinzuwirken, dass die Inkassomassnahmen des städtischen Transportunternehmens so kalibriert werden, dass keine armutsbetroffenen Personen, welche sich ohne gültigen Fahrschein befördern lassen, mit Freiheitsentzug bestraft werden.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Eignerstrategie für Bernmobil so zu überarbeiten, dass das städtische Transportunternehmen seine Inkassomassnahmen so ausgestaltet, dass verhindert wird, dass armutsbetroffene Personen, welche sich ohne gültigen Fahrschein befördern lassen, mit Freiheitsentzug bestraft werden.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, sich im Städteverband dafür einzusetzen, dass mehr und mehr Schweizer Städte mit eigenen Transportunternehmen das Fahren ohne gültigen Fahrausweis entkriminalisieren.

Abstimmung Nr. 012

2022.TVS.000064: Antrag 1 (Abstimmung ungültig)

Ablehnung

Ja	3
Nein	5
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Man muss geduldig sein. Ich glaube, ich muss mich in Geduld üben. Dieses Ergebnis zählt natürlich nicht. Wir fangen nochmals an mit der ersten Planungserklärung, der interfraktionellen Planungserklärung, an.

Abstimmung Nr. 013

2022.TVS.000064: Antrag 1

Annahme

Ja	48
Nein	21
Enthalten	1

1. Vizepräsidentin: Diese Planungserklärung wurde überwiesen.

Antrag 2

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass Bernmobil sich im Winter nicht mehr überraschen lässt und von Anfang an zumindest einen Notbetrieb anbieten kann.

Abstimmung Nr. 014

2022.TVS.000064: Antrag 2

Ablehnung

Ja	4
Nein	62
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Diese wurde abgelehnt. Jetzt kommen wir zum Antrag 3.

Antrag 3

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass Bernmobil rechtzeitig die nötigen betrieblichen und organisatorischen Massnahmen ergreift oder einleitet, damit die Passagiere in Bern im Winter gleichwohl den ÖV benutzen können und ganze Stadtteile nicht mehr während Tagen vom ÖV abgeschnitten blieben.

Abstimmung Nr. 015

2022.TVS.000064: Antrag 3

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, jetzt kommen wir zum Antrag 4.

Antrag 4

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass das Kriterium der Wintertauglichkeit bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge bei der Prüfung neuer Linien und Umstellung auf Tram und andere Bustypen mitberücksichtigt und entsprechende Szenarien für den Winterbetrieb ausgearbeitet werden.

Abstimmung Nr. 016

2022.TVS.000064: Antrag 4

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir kämen zum Antrag 5.

Antrag 5

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass Bernmobil im Notfall auf genügend alte Fahrzeuge auch mit älteren Dieselnormen zurückgegriffen werden kann, um einen Notbetrieb aufrecht zu erhalten.

Abstimmung Nr. 017

2022.TVS.000064: Antrag 5

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Dieser wurde ebenfalls abgelehnt und wir kämen zum Antrag 6.

Antrag 6

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass von Bernmobil zumindest ein Teil der Fahrzeuge wintertauglich ausgerüstet ist, um in einer ersten Phase zumindest einen Notbetrieb zu garantieren.

Abstimmung Nr. 018

2022.TVS.000064: Antrag 6

Ablehnung

Ja	4
Nein	65

Enthalten	0
-----------	---

1. Vizepräsidentin: Dieser wurde ebenfalls abgelehnt. Wir kämen zum Antrag 7.

Antrag 7

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass die Haltestellen im Winter rasch geräumt werden, damit der Zugang auch für betagte Personen und Kinderwagen möglich bleibt.

Abstimmung Nr. 019

2022.TVS.000064: Antrag 7

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, wir kommen zum Antrag 8.

Antrag 8

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass Bernmobil sich bei Demonstrationen nicht mehr überraschen lässt und von Anfang an zumindest einen Notbetrieb auf einem allenfalls reduzierten Netz anbieten kann.

Abstimmung Nr. 020

2022.TVS.000064: Antrag 8

Ablehnung

Ja	4
Nein	65
Enthalten	1

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde abgelehnt, wir kämen zum Antrag 9.

Antrag 9

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass Bernmobil, rechtzeitig die nötigen betrieblichen und organisatorischen Massnahmen ergreift oder einleitet, damit die Passagiere in Bern während bewilligten und unbewilligten Demonstrationen gleichwohl noch den ÖV benutzen können.

Abstimmung Nr. 021

2022.TVS.000064: Antrag 9

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und wir kämen zum Antrag 10.

Antrag 10
SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass die Stadt und ganze Stadtteile nicht während vielen Stunden vom ÖV abgeschnitten bleiben; dabei ist insbesondere sicher zu stellen, dass der Bahnhof oder eine andere Einstiegsstation z.B. Europaplatz/Wankdorf oder andere Destinationen erreichbar bleiben und vom dortigen Zugang (z.B. bei Sperrung Bahnhof) eine Weiterfahrt an das Endziel mit Verzögerungen möglich bleibt.

Abstimmung Nr. 022

2022.TVS.000064: Antrag 10

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt und wir kommen zum Antrag 11.

Antrag 11
SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass das Kriterium der Störungen bei Demonstrationen bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge mitberücksichtigt wird (dies zumal nicht auf eine Leitung angewiesene Busse flexibler sind und Rochaden/Umleitungen so eher möglich sind).

Abstimmung Nr. 023

2022.TVS.000064: Antrag 11

Ablehnung

Ja	4
Nein	64
Enthalten	2

1. Vizepräsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und wir kämen zum Antrag 12.

Antrag 12
SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass das Kriterium der Störungen bei Demonstrationen bei der Prüfung neuer Linien und Umstellung auf Tram und andere Busstypen mitberücksichtigt wird und entsprechende Szenarien/Eventualplanungen für Demonstrationen von Bernmobil und den Transportunternehmungen des öffentlichen Verkehrs ausgearbeitet werden.

Abstimmung Nr. 024

2022.TVS.000064: Antrag 12

Ablehnung

Ja	4
Nein	66
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir kommen zum Antrag 13.

Antrag 13

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass im Notfall auf genügend alte Fahrzeuge auch mit älteren Dieselnormen zurückgegriffen werden kann, um einen Notbetrieb auf reduziertem Netz aufrecht zu erhalten und Eventualplanungen für Grossdemos ergriffen werden.

Abstimmung Nr. 025

2022.TVS.000064: Antrag 13

Ablehnung

Ja	4
Nein	64
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Auch dieser Antrag wurde abgelehnt und wir kämen zum letzten Antrag 14 der SVP.

Antrag 14

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass auf dem Netz von Bernmobil weiterhin mit Bargeld bezahlt werden kann.

Abstimmung Nr. 026

2022.TVS.000064: Antrag 14

Ablehnung

Ja	19
Nein	47

Enthalten	4
-----------	---

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt. Wir kommen jetzt zur Kenntnisnahme des Berichts. Wir nehmen also den Bericht mit Wertung zur Kenntnis. Alle, die ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen, drücken Grün, alle, die ihn ablehnen, drücken Rot und alle ohne Wertung drücken Weiss.

Abstimmung Nr. 027

2022.TVS.000064: Kenntnisnahme

Zustimmend

Ja	50
Nein	0
Enthalten	19

1. Vizepräsidentin: Dieser Antrag wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

2025.TVS.0099

4 Hirschenpark: generelle Planung; Kredit

1. Vizepräsidentin: Dann kämen wir bereits zum Traktandum 4. Dazu übergebe ich als erstes der Kommission das Wort und für die Kommission gerne an meine Sitznachbarin Laura Binz für die PVS.

Laura Binz (SP) für die Kommission: Ich spreche als ehemaliges PVS-Mitglied, war aber am 28. August, als es diskutiert wurde, Kommissionssprecherin. Beim Hirschenpark war sich die PVS-Kommission sehr einig darin, dass das ein gutes Geschäft ist. Es geht um die Machbarkeitsstudie für die aktuelle Baustelle RBS beim Hirschenpark, um die Machbarkeitsstudie von zwei Szenarien: einerseits der Aufwertung des Parks mit Infrastrukturbau und mit dem Nebenszenario einer optimierten Wiederherstellung des vorherigen Zustandes ohne Gebäude. Eine Potenzialstudie hatte ergeben, dass es durchaus Potenzial gibt für einen Infrastrukturbau und dass durchaus auch aus dem Quartier eine Entwicklung dieses Gebiets gewünscht wäre für einen langfristig landwirtschaftlichen Freiraum mit Nutzungsqualitäten. Und jetzt mit der Machbarkeitsstudie soll die Umsetzbarkeit plausibilisiert werden. Die PVS-Kommission hat diesem Geschäft einstimmig zugestimmt. Deshalb haben wir entschieden, ein sehr kurzes Votum zu halten. Die PVS empfiehlt dem Stadtrat dieses Geschäft zur Annahme.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Laura, für die kurze Vorstellung. Besteht Diskussionsbedarf? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann übergebe ich gerne Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort. – Er verzichtet. Wir kommen direkt zur Abstimmung, weil ja kein Diskussionsbedarf besteht. Gut. Wollt ihr dem Antrag des Gemeinderats in der bereinigten Form zustimmen? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung Nr. 028

2025.TVS.0099

Annahme

Ja	53
Nein	4
Enthalten	0

1. Vizepräsidentin: Das ging schnell. Wir haben das Traktandum 4, das Sachgeschäft, so verabschiedet.

2021.SUE.000039

5 Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024

1. Vizepräsidentin: Wir kommen zum Traktandum 5, dem Leistungsauftragsbericht 2024 zu EWB. Auch hier erteile ich der Kommission das Wort. Für die GPK Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Kommission: Gerne begrüsse ich auf der Tribüne Cornelia Mellenberger, die CEO von EWB, und weitere Mitarbeitende. Kurz zum Gebilde EWB: Was hier doch wichtig ist – dies ist eine Public-Private-Partnership. Der Gemeinderat hat die Aufsicht, EWB ist aber strategisch eigenständig. Wir als GPK prüfen also nicht EWB. Wir prüfen nur die Aufsicht des Gemeinderats, der diese über EWB hat. Und wir als Parlament sind also eigentlich die Aufsicht über die Aufsicht. Die Geschäftsprüfungskommission hat beim Gemeinderat den Wunsch geäussert, dass wir als Geschäftsprüfungskommission auch Einblick in die Kennzahlen, welche EWB an den Gemeinderat liefert, erhalten. Dies ist derzeit nicht der Fall und macht die Aufsichtstätigkeit doch etwas schwerer, weil wir eben nur die Zahlen bekommen, die der Gemeinderat uns liefert. Auch wichtig als grundlegende Information ist es, zu wissen, dass die Klimastrategie mit Netto-Null bis 2045 bereits in die Eignerstrategie eingeflossen war, auch wenn diese formell noch nicht in Kraft war. Sie war also auch Grundlage für die Erarbeitung der bestehenden Eignerstrategie und wird auch die Grundlage sein für die neue, die ab 2026 in Kraft sein wird.

Nun aber zu den Finanzen, bevor ihr nicht mehr zuhört: Das Jahresergebnis liegt bei 90,3 Mio. Franken, praktisch gleich wie im Jahr 2023. Ebenfalls wichtig ist, dass dieser Gewinn für Zinszahlungen und Schuldentilgung und vor allem für die künftigen Investitionen gebraucht wird und nicht etwa für die Boni der Geschäftsleitung oder für Verwaltungsratsentschädigungen.

Und die wohl wichtigste Botschaft zu EWB heute Abend: Um die Energiewende umzusetzen, braucht EWG extrem viel Kapital. Ich traute meinen Augen kaum, als ich gelesen habe, wie hoch die Schulden von EWB sind. Die Schulden betragen Ende 2024 1,3 Mia. Also ich wiederhole gerne: 1,3 Mia. Davon sind rund 1 Mia. Franken Langzeitverschuldung. Der Ausbau der Fernwärme im Nordquartier wird eine weitere halbe Milliarde kosten. Dann nochmals zwei Zahlen: Der Cashflow beträgt 75,3 Mio. Franken. Das bedeutet: So viel Geld hat EWB im letzten Jahr tatsächlich eingenommen, nachdem alle laufenden Kosten bezahlt waren, also Löhne, Material, Energie und so weiter. Dieses Geld steht nun zur Verfügung, um Schulden zurückzuzahlen, neue Projekte zu finanzieren oder das Eigenkapital zu stärken. Auch das Eigenkapital ein wichtiger Punkt. Denn auch dieses ist entsprechend gestiegen von 741 auf 795 Mio. Franken. Und das ist gut. Denn damit wird das Unternehmen finanziell stabiler. Es klingt nach extrem viel

Geld. Aber der Zielwert liegt immer noch unter dem, was vorgegeben ist und was die Stadt als Eigentümerin vorgibt. Dieses Eigenkapital zu erhöhen, ist Vorgabe der Stadt Bern, weil sie einfach finden: Es ist schön, ein bisschen mehr Geld anzuhäufen, statt an die Kunden weiterzugeben oder an die Stadt. Der Zielwert wäre 40% Eigenkapital. Es beträgt aber lediglich 37,6% Ende 2024. Dann die schöne und wirklich letzte Zahl: EWB zahlte der Stadt Bern 18 Mio. Franken, wovon 1,8 Mio. Franken in den Ökofonds fliessen. Das ist die letzte Zahl gewesen.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Berichtes: Es gab 2024 ein paar Highlights. Zum Beispiel konnten zwei Baustellen eröffnet werden zur Erschliessung des Stöckackerquartiers mit Fernwärme und mit Trinkwasser, 50 Jahre Jubiläum EWB, die Sanierung des Gaswerkareals, des Wasserwerks in der Matte und der Kehrrechtverbrennungsanlage (KVA). Das sieht man übrigens auch im Bericht. Die Werte der KVA gingen aufgrund der Sanierung zurück. Weiter wurde im Herbst 2024 der Berner Weg zur Energiewende kommuniziert. Die Stadt und EWB steigen aus der fossilen Gasversorgung bis 2045 aus. Die verbleibende Restmenge soll durch erneuerbares Gas ersetzt werden, wahrscheinlich genau der Punkt, der zu den Anträgen geführt hat, über die wir heute noch abstimmen werden. EWB wurde zudem wiederholt vom Bund als nachhaltigster Energieversorger der Schweiz ausgezeichnet. Und es wurden sehr erfolgreich Green Bonds im Umfang von 140 Mio. Franken ausgegeben, um die Energiewende zu finanzieren. Zu erwähnen ist auch: Für Haushalte in Bern gibt es nur nachhaltige Stromprodukte im Tarif. Atomstrom kann man nicht kaufen. Zwar hält EWB Anteile am AKW Gösgen. Aber dieser Strom geht vollständig an den freien Markt und wird nicht an die Tarifikund*innen in Bern geliefert. Dennoch zeigte sich beim Gesamtstromverbrauch der Schweiz zwischen 2010 und 2023, dass dieser um fast 10% abgenommen hat, von fast 60 Terawattstunden auf etwa 55 Terawattstunden, obwohl in dieser Zeit rund eine Million Menschen mehr in der Schweiz wohnen. Der Stromverbrauch geht entsprechend zurück. Es verdeutlicht: Entscheidend für den Gesamtverbrauch sind vor allem die Grossverbraucher. Die Haushalte machen zwar einen Teil aus. Der grösste Einfluss auf den Stromverbrauch liegt jedoch bei industriellen Grossverbrauchern, welche zu einem grossen Teil noch Atomstrom beziehen.

In der GPK ist uns auch Folgendes aufgefallen. Es gab Verkäufe bei Windkraftbeteiligungen im Ausland, wofür wir als GPK eine Begründung forderten. Der Strom dieser Windanlagen, an welchen EWB beteiligt war, sei nie physisch in die Schweiz gekommen. EWB sei zwar beteiligt gewesen und konnte ausgewiesen werden, aber aus wirtschaftlichen Gründen habe EWB den Entscheid getroffen, diese Beteiligung abzugeben und stattdessen in die Energietransformation hier zu investieren. Trotzdem, die Zahlen sehen nach Rückschritt aus, während der Plan eigentlich vorwärtsgehen sollte. Auch Fernwärme und Wasser sind teilweise leicht rückläufig. Beim Gasbezug stagniert der Verbrauch. Der Anteil Ökogas ist tief, trotz des angekündigten Ausstiegs. Hier braucht es unseres Erachtens noch mehr Druck von Seiten Gemeinderat, auch wenn der Gemeinderat betonte, dass der Gasverbrauch in den letzten zehn Jahren um 30 bis 40% gesunken ist, und das bei 10'000 zusätzlichen Einwohner*innen.

Was uns auch aufgefallen ist: Der Frauenanteil in der GL und im Verwaltungsrat ist 2024 doch auffallend tief gewesen. Es konnte uns aber von Cornelia Mellenberger gezeigt werden, dass ihr diese Thematik sehr wichtig ist, und diverse Massnahmen umgesetzt werden, um den Anteil zu erhöhen, vor allem auch in den weiteren Chefetagen. Zu bedauern ist, dass die Photovoltaik im Bericht kaum erwähnt wird, obwohl der Ausbau in der Eignerstrategie klar vorgesehen ist. Die GPK betont auch hier, dass dieser stärker vorangetrieben werden sollte. EWB macht vieles richtig und ist finanziell solide

unterwegs, aber die kritischen Punkte müssen auch benannt werden. Rückgänge bei der Produktion Biogas und PV sind nicht einfach positive Entwicklungen. Umso wichtiger ist es, dass die Gewinne voll in die Transformation fliessen.

Insgesamt kann der Bericht positiv gewürdigt werden, aber mit dem klaren Hinweis, dass beim Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Solar, mehr passieren sollte. Darin ist sich die GPK einig mit einer neutralen zur Kenntnisnahme. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Salome, für die Ausführungen. Die Redner*innenliste wäre jetzt offen für die Fraktionsvoten. – Als erstes Thomas Hofstetter für die FDP-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Für uns Berner ist das Öffnen eines Wasserhahns, welcher mit sauberem Wasser gespiesen wird, selbstverständlich, und auch, dass die Stromversorgung mit ganz wenigen kleinen Ausnahmen gleichmässig und sicher erfolgt. Für diese geleisteten Dienstleistungen, hinter welcher viel Arbeit und ein grosser Einsatz aller EWB-Mitarbeitenden stecken, möchten wir uns von der Fraktion FDP bei EWB bedanken. Diese Selbstverständlichkeiten sind nicht selbstverständlich. Damit ist eigentlich auch schon gesagt, dass wir mit der Arbeit von EWB grundsätzlich sehr zufrieden sind und den Leistungsbericht positiv zur Kenntnis nehmen.

Drei Sachen möchte ich noch erwähnen. Erstens möchte ich EWB gratulieren zu ihrer Preispolitik bezüglich Stromvergütung von eingespeistem Solarstrom von Dritten. Der Preis ist fair und ermöglicht den Privaten, ihre Investitionen in PV-Anlagen zu amortisieren. Es ist zu hoffen, dass dieser relativ attraktive Strompreis auch in Zukunft bleiben wird. Denn diese Preispolitik ist viel wirksamer als jeder Stadtratsvorstoss, jede Fachstelle oder jedes Beratungsangebot, um Private für PV-Anlagen zu gewinnen. Mit solchen Anreizen kann man die Liegenschaftsbesitzenden motivieren, zu investieren in erneuerbare Energien – nur dadurch.

Zweitens: Vor gut 25 Jahren hat der bereits damals rot-grün dominierte Stadtrat beschlossen, dass der beste Energieträger der Zukunft Erdgas ist, und EWB beauftragt, Investitionen in die Erdgasinfrastruktur zu tätigen. Heute sieht alles anders aus. Erdgas ist unerwünscht und der neue Hype ist die Fernwärme. EWB muss wieder sehr hohe Investitionen in die Fernwärmeinfrastruktur tätigen. Wir hoffen sehr, dass sich der Zeitgeist ein bisschen länger halten wird und sich Fernwärme über längere Zeit etablieren kann. Diese Investitionen in die Fernwärme müssen auch wieder rentabilisiert werden, also über den Verkaufspreis der Fernwärme. Dieser sollte aber nicht höher sein als der Erdgaspreis, denn sonst kann man die Liegenschaftsbesitzer nur schwer zum vorzeitigen Umsteigen auf Fernwärme gewinnen. Dieser Balanceakt zwischen Amortisation der Investitionen und einem attraktiven Fernwärmepreis ist eine grosse Herausforderung für EWB. Wir hoffen und sind auch überzeugt, dass sich EWB ähnlich geschickt verhält wie beim Vergütungspreis für Solarstrom.

3. EWB wird von den Berner Unternehmungen als lösungsorientiert und flexibel wahrgenommen. Mit EWB können Firmen Lösungen erarbeiten. Das wird vom Gewerbe sehr geschätzt und das ist in der Stadt Bern leider nicht selbstverständlich.

Noch zu den Anträgen, wir haben das Gefühl, dass zu einem Leistungsbericht keine Anträge gestellt werden sollten, auch wenn diese zum Teil unsere Unterstützung hätten. Es ist nicht die richtige Flughöhe und es ist zu operativ. Deshalb werden wir alle ablehnen. Merci EWB.

1. Vizepräsidentin: Mir wurde mitgeteilt, dass die SVP-Fraktion ihr Votum teilt. Als erstes gerne Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: "Energie Wasser Bern", ein Unternehmen, das sehr wichtig ist für die Stadt Bern. Energie ist wichtig. Aus Sicht der SVP hat EWB sehr gut gearbeitet. Die haben die Sache im Griff. Sie haben diesen Sommer sogar eine Tochterfirma, eine Dachdeckerfirma verkauft. Wir haben schon vor 10 Jahren gesagt, "Energie Wasser Bern" sollte seine Kernaufgaben wahrnehmen und nicht Unternehmen einkaufen und die Privatwirtschaft konkurrenzieren. Als ich gelesen habe, dass EWB Guggisberg-Dachtechnik verkauft hat, musste ich sagen: Ja, Schuster komm wieder zu deinem Handwerk. 10 Jahre war die Firma Guggisberg in der Hand von EWB und ist jetzt wieder verkauft worden. Wir von der SVP haben immer gesagt, es bringe nichts, dass die Stadt Unternehmen kauft, Handwerksunternehmen, und nachher private Unternehmen konkurrenziert.

Der Strompreis ist eigentlich sehr stabil geblieben. Das hat man auch hingebraucht. Es gibt Ökostrom, der von vielen nicht gekauft wird. Es wird zum Teil der günstigste Strom genommen. EWB hat diesen gross im Angebot. Ich appelliere an die Stadträtinnen und Stadträte. Ich möchte mal schauen, ob ihr Ökostrom kauft. Das würde mich interessieren. Ich bin überzeugt: Da hat es den einen oder anderen, der keinen Ökostrom hat. Deshalb, EWB arbeitet auch dort sehr gut. Was auch neu ist, sind die 6'000 Ballen, die EWB gemacht hat. Das sind Abfallballen, Rundballen, wie man sie in der Landwirtschaft kennt. Und jetzt hat man 6'000 Abfallballen gemacht, die man einsetzt, um daraus Energie zu produzieren.

EWB hat auch sehr viele Baustellen – Fernwärmenetz etc. Die Baustellen sind lange offen und behindern auch den ÖV. Sie verursachen manchmal auch Lärm. Und dort darf man EWB auch ein grosses Kränzchen widmen, weil sie die Quartiere immer sehr gut informieren, den Kontakt zur Bevölkerung haben.

Diesen Leistungsbericht nehmen wir von der SVP-Fraktion positiv entgegen. Und was auch noch sehr schön ist: EWB hat den Gaspreis um 5% gesenkt. Das heisst, alle, die jetzt noch Gas haben, haben 86 Franken pro Monat gespart. Es braucht EWB, aber es braucht auch Energie, nicht nur Wasser, nicht nur Gas, nicht nur Wind, nicht nur Strom, es braucht eben von allem ein bisschen. Besten Dank.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank. Alexander Feuz, du hast noch gut 6,5 Minuten Zeit.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich möchte Thomas danken für sein einleitendes Votum. Ich kann mich dem anschliessen. Ich habe einzig noch ein paar Überlegungen. Darum haben wir auch die Anträge gemacht. Und ich schicke voraus: Uns ist bewusst, das habe ich schon gesagt bei den Anträgen zu Bernmobil, dass das Vorgehen durchaus diskutabel ist. Aber es geht auch hier darum, auf Punkte hinzuweisen. Den Fraktionspräsidenten habe ich es lange vorher mitgeteilt. Wir haben Anträge, es waren 11, 12, die wir zurückziehen. Wir werden heute die Anträge 14, 15, 16 mit einer Erklärung zurückziehen. Aber wir haben trotzdem ein paar Punkte, bei denen es uns wichtig ist, dass wir dazu Stellung nehmen und auch Ausführungen machen können.

Der Auslöser: Ich war am Montag an einer Veranstaltung von EWB, die das Amt für Energie und Umwelt durchgeführt hat. Und da musste ich doch ein bisschen zu meinem Erstaunen feststellen, dass sie eben wenig Kenntnis davon haben, dass im Kirchenfeldquartier viele Grundeigentümer Abklärungen gemacht haben und dass Erdson-

den eben nicht geeignet sind, weil die Bodenbeschaffenheit mit Wasser etc. es eben in Concreto nicht zulässt. Es gibt keinen Vorstoss von mir. Das habe ich mit Thomas zusammen bilateral gelöst. Man hat auf der Energiekarte, der Wärmeversorgungskarte der Stadt Bern, das ganze Elfenau-Brunnadern-Quartier als geeignet eingetragen. Aber nachher, als wir die Besprechungen gemacht haben, mussten auch sie einräumen, dass es dort nicht geeignet ist. Es gab relativ viele Rückmeldungen von Leuten – ich habe selbst auch einmal versucht, dort etwas zu machen –, die gesagt haben: Das geht nicht, das ist nicht geeignet. Und jetzt wird dementsprechend in dieser Karte, die ich nachher von EWB bekommen habe, das Gebiet ähnlich wie die Altstadt als Gebiet angeschaut, das auch weiterhin mit Gas versorgt werden wird, also über 2045 hinaus. Die Veranstaltung war insofern auch ein bisschen unglücklich, weil nur ein kleiner Teil der Grundeigentümer eine Einladung hatte. Ich hatte keine. Ich bin trotzdem hingegangen. Es hatten andere Leute auch keine. Schlussendlich haben wir festgestellt, dass von diesen Leuten, die da waren, die wenigsten eine hatten, obwohl sie eine hätten haben sollen. Und ich finde solche Informationsveranstaltungen sind wichtig. Ich kann all die Namen von diesen Leuten, die keine Einladung bekommen haben, nennen. Es sind viele. Und ich finde diese Informationsveranstaltungen wichtig und richtig. Aber wenn man die Informationen bekommen will, muss man sie eben nachher auch bekommen von den Leuten. Dass man eben dort die Erdsonden nicht einführen kann, haben sie jetzt auch richtig gemacht. Wir haben jetzt einen Link, wo man diese Sachen melden kann, damit man die Sache abklärt. Und deshalb sind wir der Meinung, dass man die Sache genauer anschauen muss. Darum haben wir entsprechende Anträge gestellt, wonach man Abklärungen macht, und wonach man dann die in der Wärmeversorgungskarte auch ändern muss. Wir sind hier auch der Meinung, dass man auch in Zusammenarbeit mit dem Denkmalschutz abklären muss, ob es dann effektiv geht. Denn es kann heikel sein, wenn das Erdgas abgestellt wird, und der Nachbar gibt keine Einwilligung für eine Luftwärmepumpe. Was machen wir nachher? Oder die Denkmalpflege macht Einspruch, weil es ein spezielles Dach ist, auf das man keine Solarpanels montieren darf, weil es ein schützenswertes Haus ist. Dann steht ihr wirklich ein bisschen zwischen Feuer und Amboss. Und das darf nicht passieren. Darum haben wir die entsprechenden Anträge eingereicht. Ihr seht, was wir da insbesondere auch verlangen. Wir haben aber auch unsere Zweifel. Im Schönberg-Quartier kann man für die Überbauung einen Heizkessel haben als Backup. Wieso soll das das Kirchenfeld nicht haben dürfen? Ich habe auch meine Fragezeichen, wenn man den Elektroboiler nicht mehr haben darf, aber den Tesla darf man vor dem Haus laden.

Und was für mich auch ganz wichtig ist, ich schaue hier ein bisschen auf die linke Ratshälfte: Ist die Aufgabe von EWB, vorab gross Geld zu erwirtschaften, einen grossen Gewinn zu erwirtschaften? Oder wäre es nicht wichtiger, eine sichere, langfristige, günstige, nachhaltige und im Interesse der Bewohner, des Stadtbilds und des Denkmalschutzes konforme Energieversorgung zu haben, und dieser Priorität einzuräumen vor einer maximalen Gewinnablieferung? Auch das ist wieder ein Punkt, über den man diskutieren kann. Und auch eben das mit den Kosten: Ich sehe, dass EWB die Kosten erhöhen will. Wir haben immer gesagt, es muss immer im Vergleich zu den anderen Sachen gerecht sein. Denkt einfach daran. Ich habe immer auch gesagt: Günstiges Erdgas hat Vorteile gehabt. Schlussendlich kann es ja nicht sein, dass man die Leute subventionieren muss, wenn man selbst mit teuren Zertifikaten möglichst gut dastehen will. Darum: Das sind unsere Punkte, die wir eben als Planungserklärung stellen. Uns ist auch hier wieder bewusst – formal diskutabel. Aber es geht hier auch darum, eben ein Zeichen zu setzen, und wie gesagt, da ist ein Vorstoss, den ich zirkulieren lasse, weil wir eben der Meinung sind, dass es gerade bei den Wärmeverbänden sinnvoll wä-

re, wenn man das mit anderen Gemeinden machen würde, damit man Synergien nutzen kann.

Ich sehe, es leuchtet, ich halte meine Redezeit schön ein und mache eine Punktlandung.

1. Vizepräsidentin: Vielen Dank, Alexander Feuz. Wir hätten jetzt noch zwei Minuten Zeit. Würde das noch für ein letztes Fraktionsvotum reichen? Jetzt ist es nur noch eine Minute. – Gut. Dann würde ich sagen: Merci vielmals fürs Ausharren während meiner zweiten Sitzung und dann wünsche ich euch noch ein gutes Abendessen. Ich mache euch gerne nochmals darauf aufmerksam, dass die Kommissionspräsidienkonferenz im Sitzungszimmer 7 stattfinden wird. Das ist oben. Bis später.

Schluss der Sitzung: 18.59 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Vizepräsidentin

13.03.2026

X 

Signiert von: JELENA FILIPOVIC

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:50 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann	Katharina Gallizzi	Salome Mathys
Janina Aeberhard	Franziska Geiser	Esther Meier
Nadine Aebischer	Helin Genis	Matteo Micieli
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Szabolcs Mihályi
Debora Alder-Gasser	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanović
Lena Allenspach	Georg Häslar	Roger Nyffenegger
Emanuel Amrein	Bernhard Hess	Shasime Osmani
Mirjam Arn	Dominique Hodel	Cemal Özçelik
Oliver Berger	Thomas Hofstetter	Chantal Perriard
Natalie Bertsch	Stephan Ischi	Ronja Rennenkampff
Gourab Bhowal	Monique Iseli	Simone Richner
Lea Bill	Seraphine Iseli	Mirjam Roder
Laura Binz	Ueli Jaisli	Michael Ruefer
David Böhner	Bettina Jans-Troxler	Fabian Rüfenacht
Laura Brechbühler	Anna Jegher	Judith Schenk
Jacqueline Brügger	Raffael Joggi	Lukas Schnyder
Michael Burkard	Nora Joos	Tobias Sennhauser
Carola Christen	Barbara Keller	Chandru Somasundaram
Laura Curau	Ingrid Kissling-Näf	Ursula Stöckli
Andreas Egli	Fuat Köçer	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Mirjam Läderach	Johannes Wartenweiler
Alexander Feuz	Anna Leissing	Lukas Wegmüller
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Janosch Weyermann
Dominik Fitze	Maurice Lindgren	Karel Ziehli
Seraina Flury	Nicolas Lutz	

Stadtrat entschuldigt

Nora Krummen	Dominic Nellen	Béatrice Wertli
Christoph Leuppi	Michelle Steinemann	

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD	Matthias Aebischer TVS	Melanie Mettler FPI
Alec von Graffenried SUE		

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Parlamentsdienste anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Parlamentsdienste
Mago Flück, Weibeldienste
Cornelia Stücker, Weibeldienste

2021.SUE.000039

5 Energie Wasser Bern: Leistungsauftragsbericht 2024

Präsident: Geschätzte Anwesende, ich bin wieder zurück im Saal. Ich danke Jelena Filipovic ganz herzlich für die – wie mir zu Ohren gekommen ist – souveräne Leitung der ersten Sitzung. Die Sitzung hat begonnen, ihr kennt es, nehmt bitte den Platz ein, fahrt die Lautstärke herunter. Wir sind bei der Behandlung von Traktandum 5. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion GB/JA Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich muss ehrlich gesagt sagen, ich halte an dieser Stelle seit Jahren dieselbe Rede, und das sowohl im Positiven wie auch im Negativen. Es ist weiterhin erfreulich, dass EWB ein gesundes Unternehmen ist und auch die Versorgungssicherheit gewährleistet. Das ist wichtig für die Bevölkerung, aber auch wichtig für die Wirtschaft. Zudem ist es so, dass EWB die Eignerstrategie in grossen Teilen einhält. Die Entwicklung in die richtige Richtung erfolgt also. Trotzdem sehen wir als GB/JA-Fraktion es weiterhin etwas anders als der Gemeinderat und geben EWB keinen so guten Leistungsausweis wie der Gemeinderat.

Die Kommissionssprecherin hat es bereits gesagt: Beim Gasbezug sind die Zahlen weiterhin sehr schlecht. Der Anteil des Bezugs von Biogas ist weit unter den Sollwerten und der grundsätzliche Anteil des Gasverbrauchs bleibt konstant. Wieso ein Gasanstieg gelingen soll, scheint uns schleierhaft. Punkto Solarenergie sieht es leider nicht besser aus. Auch hier wären eigentlich die Ziele klar, der Fortschritt hingegen ist klein beziehungsweise ist davon im Leistungsauftragsbericht kaum etwas zu sehen – ausser dass steht, dass der Ausbau der PV-Anlagen ein grosses Ziel sei. Aus unserer Sicht sollte im 2024 schon ein bisschen mehr passiert sein. Und zur Fernwärme: Das ist das grosse Leuchtturmprojekt von EWB und auch der Grund, wieso sonst oft nicht so viel gemacht wird. Ich weiss, ich bin jetzt hier etwas zynisch, aber wenn man nach x Jahren immer dasselbe sagt, dieselbe Kritik, wird man das zum Teil vielleicht auch. Bei der Fernwärme gibt es zurzeit auch keine grossen Fortschritte, auch wenn uns versichert wird, dass dies in Sprüngen geschehe und schon noch passieren werde.

Wir wissen, der Gemeinderat findet all diese Entwicklungen vor dem Hintergrund, dass die Stadt Bern wächst, dass es eine wachsende Bevölkerung gibt, trotzdem sehr beeindruckend. Das mag sein, aber wir wissen halt auch, dass dies nicht reichen wird, wenn wir der Klimakrise tatsächlich die Stirn bieten wollen. Und ich sage es auch hier zum wiederholten Mal: Mit der Eignerstrategie von EWB hätte die Stadt Bern eigentlich einen direkten Einfluss und könnte hier auch mehr Druck aufbauen. Dies geschieht aber nicht und dementsprechend bewegt sich EWB aus unserer Sicht auch zu langsam in Richtung erneuerbare Energien. Die GB/JA-Fraktion nimmt deshalb den Leistungsauftragsbericht wie bereits in den vorherigen Jahren neutral zur Kenntnis. Die Anträge der SVP lehnen wir ab, zum Teil aus inhaltlichen Gründen, zum Teil aber ehrlich gesagt auch, weil wir die Ziele der Anträge nicht verstanden haben.

Präsident: Merci. Als nächstes für die Fraktion Mitte Laura Curau.

Laura Curau (Mitte) für die Fraktion: Geschätzter Stadtratspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne, ich danke der GPK, dass sie ihre Rolle wahrgenommen hat und die Unterlagen sorgfältig geprüft hat. Der Leistungsauftragsbericht zeigt: EWB arbeitet solide, verantwortungsbewusst und im Interesse der Stadt. Wir von der Mitte nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis und lehnen alle Anträge ab.

Man darf nicht vergessen, am 1. Januar 2006 ist EWB aus der Stadtverwaltung herausgelöst worden. Das war eine gute Entscheidung. Sie hat EWB die nötige Flexibilität gegeben, um im Markt zu bestehen, effizient zu handeln, Investitionen zu tätigen und trotzdem den Service public sicherzustellen. EWB handelt mit finanziellem Bewusstsein – etwas, das sich die Stadt an manchen Stellen auch noch mehr auf die Kappe schreiben könnte. 2024 hat EWB der Stadt 16 Mio. Franken gegeben und 1,8 Millionen in den Ökofonds, und das in sehr volatilen Zeiten. EWB bezahlt und stützt damit Möglichkeiten für die städtischen Finanzen. Wir von der Mitte sind überzeugt, die Energiewende funktioniert nur, wenn sie auch wirtschaftlich funktioniert, und das geht hier auch ganz gut ausserhalb der Verwaltung. Die Angestellten von EWB leisten tagtäglich einen engagierten Beitrag zu unserer Versorgungssicherheit – Trinkwasser, Kehrlichtverbrennung, zuverlässige Energie und ein stabiles Netz. Im Berichtsjahr hat EWB erneut stark in die Zukunft investiert, auch im Auftrag dieses Rates, besonders in den Ausbau der Fernwärmeversorgung und in die Umstellung der erneuerbaren Energien. Damit unterstützt sie aktiv die Klimaziele der Stadt Bern, denn diese Energie- und Klimaziele sind verbindlich für EWB und sie nimmt das auch ernst.

Ein paar möchten sehr gerne immer wieder Spielregeln ändern. Das wäre, wie wenn man ein Velo kauft und irgendwann gezwungen wird, die Kette um den Hals zu tragen. So würde zum Beispiel eine Wiedereingliederung von EWB jede Flexibilität zerstören und auch alle Investitionsschulden würden wir gleich wieder mit in die Stadt nehmen. Davon haben wir doch schon genug in unserer Rechnung. Das Gleiche gilt für alle anderen Ideen, die die Spielregeln mittendrin ändern wollen, so zum Beispiel, dass man doch wieder den Gasausstieg irgendwie hinterfragt. Wir können als Stadtrat immer wieder Sachen fordern, das ist unsere Arbeit. Aber die Arbeit von EWB ist am Schluss, das verlässlich, nachhaltig und irgendwie auch wirtschaftlich und planbar umzusetzen. Diese Herausforderung schafft EWB ausserhalb der Verwaltung und für unseren Service public.

Die GPK hat ihre Kontrollfunktion wahrgenommen und grundsätzlich festgestellt, EWB macht ihre Arbeit gut und ist ja nicht umsonst die nachhaltigste Energieversorgerin. Anstatt sie zu bremsen, finden wir von der Mitte, sollten wir stolz sein auf diese Unternehmung, die unsere Stadt täglich am Laufen hält.

Präsident: Als nächstes für die Fraktion GFL Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Geschätzte Anwesende, es ist, als hätten wir uns abgesprochen, Laura Curau und ich. Ich möchte nämlich auch auf diese Investitionssicherheit und die Konstanz in der Strategie eingehen, die vor allem relevant ist in den nächsten Jahren für EWB – und damit auch schon Grundsatzkritik üben an diesen Planungserklärungen der SVP, die uns jetzt wieder vorliegen. Wir haben ja Anfang Jahr über die Energie- und Klimastrategie hier im Rat debattiert und diese zur Kenntnis genommen, so verabschiedet. Wir diskutieren aber bei Bedarf auch über das EWB-Reglement und die Eignerstrategie, und mit all diesen Instrumenten haben wir es eben in der Hand, EWB zum Teil via Gemeinderat oder direkt eine strategische Richtung vorzugeben.

EWB hat Ende letzten Jahres einen Plan vorgelegt, wie der Gasausstieg vonstatten gehen soll, und hat eben erklärt, kommuniziert, dass es ein 20-jähriges Projekt plus minus ist, dieses Gasnetz abzustellen. Die ganzen CO₂-Emissionen aus dem Gasnetz, aus der Wärmeversorgung, betrugen 2023 55% der ganzen städtischen Emissionen. Die Abschaltung des Gasnetzes ist also der Hebel – das ist die Massnahme auf dem städtischen Gebiet, um Netto-Null zu erreichen, das muss man sich einfach noch ein-

mal vor Augen führen. Und wir sind tatsächlich – wir haben das auch in den Vorvoten schon gehört – noch nicht an dem Punkt. Die Wärmeversorgung in der Stadt Bern ist plus minus zu zwei Dritteln noch immer fossil und eben auch Öl, es ist eben nicht nur Gas, sondern es gibt auch noch diverse Ölheizungen, Alexander Feuz. Und man weiss eben auch, dass das im Vergleich zu den umliegenden Gemeinden – auch der Agglomerationen – ein Riesenunterschied ist. Die haben eben zum Teil schon viel früher begonnen mit Wärmeverbunden, weil eben die Dichte der Bebauung nicht so ist, dass das so hinderlich wäre. Und da kann man sich eben dann zusammenschliessen und Lösungen suchen. Zum Teil ist das ja auch mit öffentlichen Gebäuden, mit Turnhallen, etc. ein Zusammenspiel, das da stattfindet. Ja und die Abschaltung des Gasnetzes – eben diese Mammutaufgabe, die uns bevorsteht oder die EWB vor allem auch bevorsteht, zusammen mit dem Bau des weiteren Fernwärmenetzes in Bern West, Bern Nordost und Wabern – die kostet insgesamt eine Milliarde Franken ungefähr. Und dass das nicht so locker geht, auch mit den Abschreibungen über die nächsten Jahre, das kann sich ja wohl jedes Kind ausdenken. Deshalb muss eben das Gasnetz in den nächsten Jahren jährlich schon vorab abgeschrieben werden, denn es muss eben bis zum letzten Betriebstag 100% funktionsfähig sein, 100-prozentig sicher sein.

Es ist jetzt aber – und da komme ich schon zum Schluss – auch komplett verfehlt, das hat eben Laura Curau vorhin auch gut ausgeführt, es ist komplett verfehlt, wenn man jetzt immer wieder neu versucht, diese Gasnetz-Diskussion neu aufzurollen und sich zu überlegen: Braucht es jetzt diese Stilllegung wirklich? Oder auf der anderen Seite auch: Können wir das nicht noch mehr beschleunigen? Geht da noch mehr? Das ist wirklich diese Investitionssicherheit, die wir unbedingt benötigen, die wichtig ist. Es ist wichtig, dass wir diese Kartierungen jetzt haben und auch im Kirchenfeld wissen, dass es da gute, dezentrale Lösungen braucht, auch wenn eben zum Teil die Herausforderungen da sind. Aber man hat wie gesagt jetzt eben diese 20 Jahre Zeit und EWB hat damit begonnen, die Hauseigentümer und Hauseigentümerinnen zu kontaktieren, Veranstaltungen, die jetzt stattfinden, an denen über Alternativen und den Zeitplan der Abschaltung des Gasnetzes informiert werden kann.

In dem Sinn bedanken wir von der GFL uns für die gute Leistung, die EWB bietet und auch für die vorausschauende Planung, die jetzt da ist. Das hat vor nicht allzu langer Zeit tatsächlich noch gefehlt, diese Beweiserbringung, bis wann man das Gasnetz abschalten kann. Das sind eben wirklich sehr viele – 340 Kilometer – Gasleitungsnetz, das muss man sich einmal vorstellen. Und das ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Und für übrige Hausbesitzende: Da sieht ja eben auch das kantonale Energiegesetz vor, dass für alle Bauten, die über 20 Jahre alt und schlecht wärmedämmend sind, Alternativen eingebaut werden müssen. Ich danke herzlich. Und wir müssen da sicher Kurs halten. Es ist sehr wichtig, dass wir in diesem Feld, das die allerwichtigste Massnahme ist zur Senkung der CO₂-Emissionen auf städtischem Gebiet, dranbleiben.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP Roger Nyffenegger.

Roger Nyffenegger (GLP) für die Fraktion: Auch wir danken EWB und dem Gemeinderat für diese Berichte. Wir beurteilen hier, ob der Gemeinderat seiner Steuerungs- und Aufsichtsfunktion gegenüber EWB nachgekommen ist, und nicht, wie EWB ihren Job macht. Ich möchte das hier nochmals sagen, denn meine Vorredner*innen scheinen diese Beurteilung zum Teil etwas weit zu fassen. Diese Beurteilung der Steuerungs- und Aufsichtsfunktion durch den Gemeinderat – das muss ich auch sagen – gestaltet sich zum Teil etwas herausfordernd. Auch wenn der Gemeinderat bemüht ist, die Informationen zu verdichten und zu konsolidieren, scheinen mir doch zum Teil eini-

ge Dinge auch etwas undurchsichtig. Ich werde darauf eingehen. Es sei daher eingangs erwähnt, dass sich die GLP/EVP-Fraktion hier etwas mehr Transparenz seitens von Gemeinderat und EWB wünscht, ohne sich hinter Geschäftsgeheimnissen zu verstecken.

Der Jahresbericht ist mit 90,3 Mio. Franken erfreulich und ähnlich wie 2023. Es ermöglicht EWB, Reserven zu bilden, es ist jedoch klar, dass die aus den Gewinnen erwirtschafteten Mittel nicht reichen, um die Investitionen zu decken, die anstehen und jetzt so oft auch schon erwähnt wurden. EWB benötigt daher viel Kapital angesichts des hohen Investitionsdrucks durch die Energiewende. Das ist Geld von Dritten, die Verschuldung steigt. Gemäss Leistungsauftragsbericht steigt die Verschuldung bis 2028 um weitere 200 Mio. Franken auf 1,18 Mia. Franken. Das ist viel Geld, wirklich viel Geld. Es zeigt, welche enormen Herausforderungen durch die Energiewende zu meistern sind, und es zeigt auch – und da komme ich auf ein Traktandum, das dann später noch kommt – was wir bei einer Eingliederung in die Stadtverwaltung an Schulden übernehmen müssten. Ich sage es nochmals: 1,18 Mia. Franken bis 2028. Als Vergleich: Die Stadt hat 1,5 Mia. Franken Schulden. Die Schuldenlast in der Stadt würde mit einem Schlag nahezu verdoppelt, und ebenso dann die Zinsen.

Jetzt noch zu drei inhaltlichen Kritikpunkten, die uns seitens GLP-EVP-Fraktion wichtig sind. Erstens sieht unsere Fraktion die Aufsichtsfunktion des Gemeinderates hinsichtlich der Beteiligungen kritisch. Es wird in allen Berichten wenig darauf eingegangen, was die strategischen Absichten von EWB mit ihren Beteiligungen sind, die sie da links und rechts tätigen. Wir fordern hier mehr Transparenz und mehr Erklärungen, auch über die langfristigen strategischen Absichten, die hinter solchen Beteiligungen stecken. Wir werden hier das Gefühl nicht ganz los, dass EWB hier oft etwas unüberlegt agiert und dann versucht, es irgendwie wieder gerade zu biegen. Ein Punkt dazu: Warum werden zum Beispiel diese Anteile der Helvetic Wind Italia SRL verkauft und die der Helvetic Wind Deutschland GmbH werden reduziert auf 1%, wenn doch Wind überall boomt und ziemlich gute Renditen abwirft? Hier erwarten wir vom Gemeinderat in Zukunft kritischeres Hinschauen.

Zweitens baut EWB unseres Erachtens die Solarenergie zu wenig schnell und zu wenig stark aus und der Gemeinderat nimmt hier seine Aufsichtsfunktion nicht zufriedenstellend wahr. Die Berichterstattung ist auch hier sogar widersprüchlich. Die Netto-Produktion ist gemäss Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht von ca. 1'000 auf 600 Megawattstunden zurückgegangen. Im Leistungsauftragsbericht des Gemeinderates hingegen spricht man dann von einem Anstieg der Produktion von PV-Anlagen. Also es ist irgendwie nicht ganz klar, was hier eigentlich Sache ist, und das genügt unseren Ansprüchen nicht. Der Gemeinderat nimmt hier zu wenig Einfluss. Die GLP/EVP-Fraktion empfindet das Vorgehen als zögernd bis verschleiern. Auch die neuen Instrumente zum virtuellen Zusammenschluss für den Energieeigenverbrauch (ZEV) werden zu wenig forciert. Es wäre hier spannend, zu wissen, wie viele davon zum Beispiel im Jahr 2023 realisiert wurden respektive wie viele Anmeldungen da bereits vorliegen. Auch dazu gibt es keine Informationen in den Berichten. Und dann wäre es ja dann ab 1. Januar 2026 auch möglich, lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) zu bilden. Wir haben das bereits in einem Vorstoss erfragt. Da haben wir jetzt eine Antwort und schauen uns die einmal genauer an. Neben virtuellen ZEVs und LEGs geht auch der Ausbau der Speichersysteme schnell voran, wenn wir im Bereich Elektrizität sind. Da sehen wir auch nicht sehr viel, wie diese netzstabilisierend wirken können, wie sie flexibilitätsfördernd wirken können. Da gehen die Berichte nicht wirklich darauf ein.

Drittens sehen wir von der GLP/EVP-Fraktion die Beteiligung am AKW kritisch. Auch hier finden wir, der Gemeinderat nimmt seine Steuerungs- und Aufsichtsfunktion etwas

zu wenig wahr. Wenn natürlich Windenergie-Anteile verkauft werden, der Solar-Zubau nicht vom Fleck kommt, keine Speicherstrategie und Netzflexibilisierungen am Horizont sind, ist klar, dass EWB den Strom aus den AKWs braucht, obwohl wir eigentlich bestimmt haben, dass wir bis 2039 dort aussteigen möchten. Der Ausfall von Gösigen – jetzt bis Ende Februar, habe ich gelesen – verursacht übrigens ungefähre Kosten von 30 Mio. Franken. Das ist ein Drittel des Gewinns. Mit diesem Ausfall ist auch klar, dass die Atomenergie eben nicht zuverlässig ist, wie oft behauptet wird. Und mit zunehmendem Alter werden die AKWs auch nicht zuverlässiger.

Noch zu den Anträgen seitens SVP: Wir lehnen diese meist inhaltlich ab. Es gibt auch gewisse inhaltliche Punkte, die gut sind. Aber wir lehnen sie vor allem ab, weil es operative Anträge sind und bei diesem Bericht am falschen Ort. Sie hätten wenig bis keine Verbindlichkeit. Alles in allem: Trotz dieser punktuellen Kritik beurteilt die GLP/EVP-Fraktion den Bericht des Gemeinderates zur Umsetzung des Leistungsauftrags sowie der Energiestrategie durch EWB mehrheitlich positiv. Wir wissen alle: Der Druck bleibt hoch, die Energiewende muss gelingen.

Präsident: Für die Fraktion SP/JUSO Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Ich halte mich kurz. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den vorgelegten Bericht. Als jemand, der in Algerien und Indien in Städten gelebt hat, wo Strom während 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr keine Selbstverständlichkeit ist, will ich mich hier im Namen der SP-Fraktion bei EWB explizit für ihre Verlässlichkeit bedanken, gerade auch bei ihrem Personal. Wir erachten – wie auch der Gemeinderat – EWB als integralen Teil der Klimastrategie. Dies ist in der Eignerstrategie klar festgelegt. Sie fordert nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch Nachhaltigkeit. EWB arbeitet hart daran, die Herausforderungen des Klimawandels wie auch der wachsenden europaweiten Stromknappheit anzugehen. Die Ausweitung des Fernwärmenetzes kommt voran und ermöglicht Gebäudebesitzer*innen den Umstieg zu nachhaltigerem Heizen in den meisten Teilen dieser Stadt. Der laufende massive Ausbau der Fernwärme macht Sinn – dort, wo es keine andere lokale, erneuerbare Lösung gibt. Im städtischen Umfeld ist dies weitgehend der Fall, wenn auch nicht überall. Nächstes Jahr werden wir trotzdem andere Diskussionen haben: der misslungene Wärmespeicher im Forsthaus oder die finanziellen Folgen der laufenden Beteiligung am AKW Gösigen. Aber das ist nächstes Jahr. Die SP/JUSO-Fraktion wird diesen Bericht positiv zur Kenntnis nehmen. Die Anträge der SVP lehnen wir auch hier ab, da sie auch hier an falscher Stelle falsche Themen aufgreifen. Aber auch hier – wie vorhin bei Bernmobil – wären wir vielleicht froh, wenn wir mit dem Gemeinderat die Eignerstrategie einmal breit beraten könnten, anstatt sie einzig zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Wir sind kritisiert worden. Ich habe es schon zu Beginn der Anträge gesagt: Uns geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Denkt daran, wir haben gewisse Sachen aufgezeigt, bei welchen ich der Meinung bin, so einfach geht es nicht. Wir werden unseren Vorstoss Wärmeverbund – das wäre für mich allenfalls ein Ausweg – nicht heute einreichen, aber wir bitten trotzdem, die Sache noch einmal anzuschauen, denn es ist einfach teilweise sehr unbefriedigend. Denkt daran, wenn ihr nachher den Leuten das Erdgas abstellt: Die Leute haben keine Möglichkeit, eine Erdsonde zu machen – tektonisch. Sie haben unter Umständen aus Gründen des Denkmalschutzes oder wegen lieben Nachbarn – es gibt häufig Fälle, in welchen sich zwei

Grundeigentümer nicht gut verstehen – auch keine Möglichkeit, eine Luft-Wasser-Wärmepumpe zu machen. Auch – je nachdem – der Betrieb einer Pelletheizung wird sich punkto Denkmalschutz als ungeeignet erweisen. Und wenn ihr dann irgendwie ein Schutzhäuschen bauen müsst an gewissen Orten, habt ihr dann die Gärten nicht, dann wird es auch problematisch. Überlegt euch das einfach gut. Ich bin der Meinung, das muss man anschauen. Wir haben hier ein Problem. Und nachher frage ich einfach – vielleicht ein bisschen ketzerisch, ich weiss, da werde ich keine Freunde gewinnen – aber denkt einfach auch daran: Was bringt es, wenn wir jetzt in der Stadt Bern ganz strenge Massnahmen machen, auf die Gesamtverbesserung weltweit, europaweit? Was bringt das? Ihr wisst: Immer, wenn ich wieder in der Mongolei bin, in Ulan Bator, bauen sie wieder ein neues Kohlekraftwerk – das einfach zur Kenntnisnahme.

Präsident: Gibt es jetzt noch weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herr Präsident, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Gäste – EWB auf der Tribüne, herzlich willkommen! Das Jahr 2024, darum geht es heute Abend, das war ein markantes Jahr für die Stadt Bern, aber auch für EWB. Im Jahr 2024 hat die Stadt Bern die Energie- und Klimastrategie 2035 verabschiedet und wir haben gezeigt, wie wir dieses Ziel Netto-Null 2045 für territoriale Emissionen erreichen werden. Dafür ist nötig, dass wir aus dem fossilen Gas aussteigen bis 2045. Darauf komme ich später zurück.

EWB spielt eine absolut zentrale Rolle für die Umsetzung der Energie- und Klimastrategie. Und das Schöne ist: EWB ist motiviert, EWB ist kompetent und unterstützt uns bei dieser Erreichung der Klimaziele sehr aktiv. Das Klimareglement und der Absenkpfad sind für EWB verbindlich, das ist via Eignerstrategie so festgelegt. Die Eignerstrategie wird überarbeitet. Sie wird, bevor sie verabschiedet wird, der GPK zur Vernehmlassung unterbreitet und sie wird anschliessend hier im Rat beraten und zur Kenntnis genommen – das stimmt natürlich. Das ist die Aufgabenteilung, die wir im EWB-Reglement so festgelegt haben. EWB ist die wichtigste Partnerin der Stadt für die Klimaziele. Besonders hohe Investitionen fliessen weiterhin in den Ausbau der Fernwärmeversorgung. EWB ist auf Kurs und wir liegen dank EWB beim Erreichen unserer Klimaziele auf Zielkurs.

Zuerst ein paar markante Punkte aus dem Jahr 2024: Der Fernwärmeausbau wurde hier breit thematisiert. Er geht wie erwähnt weiter. Wir haben ein neues Projekt, EWB hat ein neues Projekt gestartet für die Fernwärme in Wabern und ist beim Ausbau der Fernwärme im Berner Westen weiterhin sehr aktiv mit neuen Baustellen im Stöckacker. In Wabern wird zum ersten Mal auch Fernwärme aus dem Aarewasser erzeugt. EWB wird in den nächsten Jahren – das wurde gesagt, das wird auch vielfach kommuniziert – eine halbe Milliarde ins Fernwärmenetz investieren und in der übernächsten Etappe oder der nächsten Etappe dann noch einmal eine halbe Milliarde. Dafür nimmt die Stadt Geld über Green Bonds auf und stellt diese EWB zur Verfügung. Dank der Fernwärme können wir eben auch aus dem Gas aussteigen und deswegen wurde auch der Ausstieg aus dem fossilen Gas bis spätestens 2045 beschlossen und jetzt auch kommuniziert.

Jetzt habe ich gehört, dass wir beim Gasausstieg nicht auf Kurs seien. Zum Umstieg auf Biogas: EWB ist Spitzenreiterin in der Schweiz beim Biogasanteil im Standardprodukt. Man kann nicht auswählen, im Standardprodukt für Haushalte ist 40% Biogas immer drin. Bald wird dieser Anteil erhöht auf 50%. Nur diejenigen, die im freien Markt sind, können überhaupt noch 100% Erdgas kaufen. Für alle, die nicht im freien Markt

sind – für alle Haushaltungen – ist immer 40%, bald 50% Biogas bereits drin. Das ist der höchste Wert in der Schweiz. Der Gasausstieg wurde beschlossen und wir sind auf Zielkurs beim Gasausstieg. Wir haben nicht zu wenig Rückgang des Gasverbrauchs. Der Gasverbrauch geht zurück und wir sind dort auf Zielkurs, sodass wir das Ziel 2045 erreichen können. Wenn ihr weiterhin ein Problem seht, dann können wir das gerne besprechen, aber wir glauben, dass wir dort gut unterwegs sind.

EWB ist auch aktiv in der Infrastrukturerneuerung, also trotz all dieser Investitionen wird auch das bestehende Netz – auch das Stromnetz – nicht vernachlässigt. Der Stadtrat wurde eingeladen ins neu sanierte Unterwerk Engehalde. Alle Unterwerke werden in diesen Jahren saniert und die Versorgungssicherheit wird hier weiterhin gesichert. Und die Altlastensanierung im Gaswerk – auch das wurde gesagt – konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Endlich, kann man dazu sagen. Also das war ein erfolgreiches Jahr, 2024. Das sieht nicht nur EWB so, sondern auch das Bundesamt für Energie, das EWB in vier von fünf Kategorien als Nummer 1 der Energieversorgungsunternehmen der Schweiz geratet hat, also auch ein Schweizer Champion.

Jetzt zur Diskussion und zu den Anträgen: Natürlich spricht man lieber über die Zukunft. Wir haben die grossen Herausforderungen in der Zukunft, etwas weniger in der Vergangenheit. Leider beschlägt jetzt der Bericht vor allem die Vergangenheit, das Jahr 2024, aber wir können trotzdem auch etwas über die Zukunft sprechen. Der Gasausstieg hat heute besonders interessiert und ich sage gerne etwas dazu. Noch einmal: Wir haben uns das Ziel gesetzt, 2045 für die territorialen Emissionen Netto-Null. Der Gasausstieg ist dafür natürlich unerlässlich, den brauchen wir dafür. Dem Gemeinderat wie auch EWB sind die Problemstellungen, welche sich aus dem Gasausstieg ergeben, bewusst. Nicht alle werden sich an die Fernwärme anschliessen können, nicht alle werden von der Fernwärme profitieren können. Wir werden nicht 100% Fernwärme erreichen können in Bern – anders als andere Städte. Wir schaffen das zeitlich nicht und wir schaffen das auch von den Investitionen her nicht, Ihr habt gehört, wie hoch die Investitionen sind bereits jetzt.

Aber es gibt Alternativen, es gibt die Umweltwärme. Sie wird ja sogar oft auch als bessere Lösung als die Fernwärme bezeichnet und Umweltwärme soll maximal und möglichst vollständig genutzt werden. Aber ich gebe euch recht, es gibt Gebiete, da ist das sehr herausfordernd. Ich selber wohne auch in einem solchen Gebiet, am Murifeldweg. Der Gemeinderat ist sich dessen bewusst, EWB ist sich dessen bewusst. Gott sei Dank haben wir noch ein bisschen Zeit. Wir haben jetzt 15 Jahre Zeit und es werden sich auch neue Lösungen ergeben müssen. Wir werden neue Lösungen finden müssen, gemeinsam, und wir haben aber auch die Zeit dafür.

Es wurde gesagt: Warum wurde mir der Gasausstieg nicht mitgeteilt? Der Gasausstieg wurde nur den Grundeigentümer*innen, den Liegenschaften mitgeteilt, die eben auch eine Gasheizung haben. Also die Mieter*innen haben das jetzt noch nicht gehört oder nur aus der Zeitung erfahren. Auch Grundeigentümer*innen, die eine Ölheizung haben, haben das natürlich nicht gehört, weil sie nicht betroffen sind vom Abstellen des Gases. Aber der Gemeinderat und EWB lassen die Betroffenen nicht im Stich, wenn es um die richtige Wärmelösung geht. Es gibt viele Unterstützungsangebote. Wir haben die Energieberatung der Stadt Bern, dort wird spezifisch pro Objekt beraten, was die richtige Lösung ist für den Heizungsersatz und es werden auch die nötigen Grundlagen und Förderangebote bekanntgegeben. Es gibt Informationsveranstaltungen, die sind jetzt am Laufen. Hoffentlich können wir uns auch laufend verbessern mit diesen Informationsveranstaltungen. Im Moment sind diese vor allem im Kirchenfeld. Im Laufe des nächsten Jahrs werden wir dann auch in den anderen Quartieren unterwegs sein. Und es gibt finanzielle Unterstützungen durch den Ökofonds.

Diese Energiewende, die wir planen – das müssen wir uns einfach bewusst sein – das ist die wichtigste Infrastrukturaufgabe für unsere Generation in den nächsten 20 Jahren. Wir müssen alle unsere Kräfte jetzt in diese Energiewende investieren. Es ist eine grosse Herausforderung, aber es ist ebenso eine grosse Chance für die Zukunft, für unsere Energiezukunft. Gösgen wurde erwähnt. Über den Ausstieg aus Gösgen wurde abgestimmt in der Stadt Bern per 2039. Die Abstimmung war 2011, das ist so beschlossen. Beim Kernkraftwerk Gösgen wisst ihr also: Im Jahr 2039 ist die Stadt Bern weg und das ist so geplant, das ist fest eingeplant. Wenn wir die Beteiligung an Gösgen verkaufen könnten, dann würden wir das machen. Die Stadt Zürich hat das versucht, es ist nicht möglich, eine solche Beteiligung heute zu verkaufen. Also deswegen haben wir diese Beteiligung weiterhin. Wir werden nächstens viel sprechen über Gösgen, weil Gösgen im Moment stillsteht. Das ist finanziell eine grosse Belastung, das wird uns viel kosten. Man muss dazu auch sagen, wir haben lange jetzt profitiert vom günstigen Strom in Gösgen. Wir werden jetzt nicht profitieren können und es wird eine grosse Diskussion geben um diese Kosten.

Jetzt zum PV-Ausbau, wenn ich das noch sagen kann: Beim PV-Ausbau in der Stadt Bern haben wir eine grosse Herausforderung, aber das ist die Stadt Bern, die da gefordert ist. EWB soll möglichst viel Solarstrom in die Versorgung hineinbringen, aber sie soll in grosse Solaranlagen investieren. Wir als Stadt sind verantwortlich dafür, dass wir den PV-Anteil in der Stadt Bern erhöhen können. Das wollen wir machen, dafür setzen wir uns ein, aber hier ist vor allem die Stadt gefordert. EWB soll gute Rückliefer-tarife anbieten...

Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.

...und soll sich engagieren in den ZEVs und in den LEGS. Damit können wir natürlich auch viel erreichen. Ich danke für die gute Aufnahme des Berichts. Die Anträge der SVP lehne ich ab, dem Gemeinderat sind sie nicht vorgelegen. Ich danke für die gute Aufnahme und wir werden ja noch mehr über EWB sprechen.

Präsident: Gut, wir kommen zur Abstimmung. Wir haben diese Anträge, sie haben den Charakter einer Planungserklärung. Selbst wenn sie angenommen würden, sind sie nicht bindend. Wir stimmen ab über Planungserklärung 1 SVP.

Antrag 1 SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass er zusammen mit EWB die Wärmeversorgungskarte an den neusten Stand der Abklärungen anpasst; so wird das Brunna-dernquartier infolge der für Erdsonden ungünstigen Bodenverhältnisse auch nach 2045 gemäss Mitteilung von EWB mit Erdgas (Bio) versorgt werden müssen; die Wärmeversorgungskarte ist entsprechend zu aktualisieren und es ist zwischen Empfehlung und weiterer langfristiger Sicherstellung der Versorgung zu entscheiden; insbesondere ergaben Abklärungen diverser Hauseigentümer im Robinsonquartier und im Kirchenfeld, dass der Einbau von Erdsonden problematisch ist und Wärmepumpen aus technischen Gründen nicht geeignet und zusätzlich aus Gründen des Denkmalschutzes bei schützenswerten Objekten oft nicht bewilligungsfähig sind.

Abstimmung Nr. 029

2021.SUE.000039: Antrag 1

Ablehnung

Ja	6
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Wir stimmen ab über Planungserklärung 2.

Antrag 2

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass er zusammen mit EWB sicherstellt, dass Quartiere wie z.B. das Robinsonquartier und das Kirchenfeld wegen schlechter Bodenbeschaffenheit und/oder Bauweise hinsichtlich des Einbaus von Erdsonden ebenfalls die weitere Versorgung mit Erdgas zulässt (Abklärungen diverser Eigentümer haben ergeben, dass der Einbau von Erdsonden dort ebenfalls problematisch ist, zudem stehen die Gebote der Einhaltung des Denkmalschutzes dem Einbau moderner Radiatoren oder dem Bau Luft-/Wärmepumpen entgegen). Auch erweist sich infolge der komplexen Dachkonstruktionen (Krüppelwalmdächer/Erker/Lukarnen etc.) der Einbau von Solaranlagen als nicht zielführend und wenig ökonomisch.

Abstimmung Nr. 030

2021.SUE.000039: Antrag 2

Ablehnung

Ja	6
Nein	61
Enthalten	0

Präsident: Auch die ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Planungserklärung 3.

Antrag 3

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass er wie für das Quartier Schönberg (dort werden zwei mit Gas betriebene Heizkessel gebaut, damit die Wärmeversorgung bei Ausfall der Holzfeuerungsheizung jederzeit gewährleistet ist) ebenfalls Ausnahmen macht, dass die Gasversorgung auch in anderen Quartieren weiterbetrieben werden soll; (es ist nicht nachvollziehbar, weshalb beim Schönberg mildere und im Kirchenfeld strengere Regelungen gelten sollen).

Abstimmung Nr. 031

2021.SUE.000039: Antrag 3

Ablehnung

Ja	6
Nein	61
Enthalten	0

Präsident: Wir stimmen ab über Planungserklärung 4.

Antrag 4

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass angesichts des forcierten Einbaus von auf Elektroenergie angewiesenen Wärmepumpen / Erdsonden sowie der Empfehlung auf Umstellung und Anschaffung von E-Automobilen ebenfalls Ausnahmen für den Weiterbetrieb von Elektrospeicherheizungen und Nachtboiler zu erteilen sind.

Abstimmung Nr. 032

2021.SUE.000039: Antrag 4

Ablehnung

Ja	6
Nein	59
Enthalten	0

Präsident: Auch die ist abgelehnt. Wir stimmen noch ab über Planungserklärung 5.

Antrag 5

SVP

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt, er habe sich im Rahmen der Eignerstrategie im Verwaltungsrat dafür einzusetzen, dass er und EWB die sichere, langfristige günstige, nachhaltige und den Interessen der Bewohner und des Stadtbildes und Denkmalschutzes konforme Energieversorgung Priorität vor einer möglichst hohen Gewinnabgabe von EWB an die Stadt zukommt.

Abstimmung Nr. 033

2021.SUE.000039: Antrag 5

Ablehnung

Ja	6
Nein	62
Enthalten	0

Präsident: Auch die ist abgelehnt. Wir stimmen nun ab über die Kenntnisnahme des Berichts. Auch hier: Ihr könnt den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen, Grün, ihr könnt ihn ablehnen zur Kenntnis nehmen, Rot, oder ihr könnt ihn ohne Wertung zur Kenntnis nehmen, weiss.

Abstimmung Nr. 034

2021.SUE.000039

Annahme

Ja	44
Nein	0
Enthalten	24

Präsident: Er ist zustimmend zur Kenntnis genommen, 24 ohne Wertung. Wir kämen nun eigentlich in der mathematischen Reihenfolge zu Traktandum Nummer 6. Passend

zu EWB – Energie Wasser – hat die Referentin dieses Geschäfts ein Problem mit Wasser zu Hause, weswegen sie kurz gehen musste. Wir müssen dieses Traktandum überspringen. Sobald die Referentin zurück ist, beenden wir das Traktandum, bei dem wir sind, und kommen zurück auf Traktandum Nummer 6. Wir gehen aber somit jetzt zu den Traktanden Nummer 7 und 8, die wir gemeinsam behandeln.

2024.SUE.0050

6 IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung

Traktandum 6 wird nach hinten verschoben.

2024.SR.0347

7 Motion Fraktion AL/PdA (Raffael Joggi, AL/David Böhner, AL/Matteo Micieli, PdA/Muriel Graf, AL): Regelung zur Gesichtserkennung und Massenüberwachung; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 und 8.

Präsident: Beide Motionen sind vom Gemeinderat bestritten, entsprechend haben jetzt die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden bei Traktandum 7 hat das Wort Raffael Joggi. Die Einreichenden von Traktandum 8 sind auch schon eingeloggt – super.

Raffael Joggi (AL) für die Einreichenden: Was will unsere Motion? Unsere Motion will dem Faktum Rechnung tragen, dass heutzutage technologisch einiges mehr möglich ist als dann, als man das letzte Mal unser Videoreglement hervorgehoben hat. Man kann heute mit KI und Gesichtserkennung und Massenkontroll-Software durchaus Dinge tun mit geeigneten Gerätschaften, die wir eigentlich hier im Rat alle nicht haben wollen, glaube ich. Es ist nicht so weit in der Schweiz, da können wir uns glücklich schätzen. Aber es ist auch an uns, hier klar zu sagen, dass die Stadt Bern in dem Rahmen, in dem sie sich bewegt, das auch festgeschrieben haben möchte, dass das hier von unserer Seite nicht geht. Es ist also eine Motion, die eigentlich nicht in unseren Bereich passt, aber eben gerade im kleinen Bereich, in dem wir aktiv werden können, eben sehr wohl passt.

Was will die Motion? Sie will eigentlich vier Sachen, sie will keine Echtzeit-Gesichtserkennung. Crowd-Control, Leute zählen – keine Ahnung, was man alles kann mit bildgebenden, erkennenden Verfahren. Das wollen wir nicht, das will die Motion nicht. Was wir auch nicht wollen, ist die Datenauswertung danach, dass man Daten archiviert und dann mit der auch Algorithmen darüber laufen lässt, künstliche Intelligenz trainiert, irgendwelche sicherheitsrelevanten – oder auch nicht – Auswertungen macht mit gefilmtem Material aus dem öffentlichen Raum. Die Motion will den Datenschutz streng sehen bei diesen Überwachungsgeräten, die wir hier in der Stadt haben, dass es auch hier in der Stadt Bern so verankert ist, dass der Datenschutz hier sehr hoch gewichtet wird, dass nach neuesten technologischen Erkenntnissen verschlüsselt wird oder auch sonst. Und die Motion will, dass geringfügige Bagatelvergehen kein Grund darstellen, Überwachungsmassnahmen in dieser Art anzuordnen. Das ist nicht eine AL/PdA/TIF-Flause, sondern das ist eigentlich eins zu eins abgekupfert von der Datenschutzverord-

nung der Stadt Zürich. Und die ist berühmt-berüchtigt diese Datenschutzverordnung, davon reden wir schon sehr lange. Eigentlich bei jeder Videoüberwachungs-Motion oder -Geschäft wird diese Zürcher Datenschutzverordnung genannt, und zwar meistens vom Gemeinderat, weil die lang auf sich warten liess.

Jetzt ist sie da, seit November 2024 ist sie hier und sie hat Licht und Schatten. Also auf der einen Seite ist das, was da steht und was wir jetzt hier übernehmen wollen, eigentlich gut. Was nicht so gut ist, ist aus dem wirklich sehr guten Bericht des Gemeinderats eigentlich schön zu erkennen. Und da muss man sagen, den Bericht fanden wir jedenfalls sehr gründlich und auch konstruktiv formuliert. Vielen Dank dafür an dieser Stelle. Was man im Bericht sieht, ist, dass Zürich davor zurückgeschreckt ist, Privaten, die den öffentlichen Raum filmen, zu verbieten, solche Software einzusetzen, und dass man auch die rechtlich nicht ganz umstrittene Möglichkeit, hier ein Bewilligungsverfahren anzustreben, nicht ausgenutzt hat. Dazu wird dann noch meine Nachrednerin etwas sagen bei der nächsten Motion. Dort wird es dann prominent sein. Aber hier vielleicht trotzdem noch kurz zu diesem Punkt: Es geht jetzt hier eigentlich um die Software oder darum, was man an diesen Daten machen kann, und nicht so sehr um die Videokameras beispielsweise als solches.

Warum Punkt 1? Warum keine Echtzeit-Gesichtserkennung? Oder warum eben schon in der Stadt Bern? Das Problem ist, es ist tatsächlich so, dass Artikel 36 der Bundesverfassung schreibt, dass es eine Persönlichkeitsverletzung ist, die Gesichtserkennung anzuwenden, und dass es ein Gesetz dazu brauchen würde. Jetzt gibt es dieses Gesetz nicht, das wurde so im Vortrag auch ausgeführt. Aber wenn es das einmal geben könnte, wäre es trotzdem richtig, dass wir vorbereitet sind in der Stadt Bern und das ins Videoreglement schreiben, denn diese Kameras, diese Geräte, die bei uns in unserer Obhut sind, sind auch mit übergeordnetem Recht danach nicht zwingend mit solchen Gerätschaften und Massnahmen auszurüsten. Also wir können in der Stadt Bern hier tatsächlich etwas ändern und wir sollten das hier auch jetzt schon festschreiben, bevor das eine Realität werden könnte.

Datenauswertung: Das funktioniert ähnlich. Die Kantonspolizei, das Polizeigesetz des Kantons, hat hier Möglichkeiten, diese Daten auszuwerten. Und traurigerweise können sie auch unsere Kameras einsehen, die zwei Dutzend Kameras, die wir in der Stadt Bern haben und die hier in diesem Rat auch immer abgesegnet werden müssen. Das ist schade, das können wir nicht ändern. Aber es gibt auch Kameras, bei welchen das nicht zwingend so ist. Es ist juristisch verklausuliert – das gilt nur für die Kameras, die die Polizei bei ihrer Arbeit benutzen müsste. Es schadet also nichts, wenn wir auch hier dem Gemeinderat den Auftrag geben respektive dass es festgeschrieben steht, auch für uns, dass man hier diese Technologie nicht anwendet. Der Datenschutz ist auch andersorts geregelt, es ist aber hier das gleiche Prinzip. Wir können das hier auch gesondert regeln, für genau diese einzelnen Kameras beispielsweise, die wir hier benützen. Der Gemeinderat merkt hier an, dass er Technologieoffenheit möchte in der Formulierung. Wir begrüssen das. Es muss hier nicht von Verschlüsselung geredet werden. Selbstverständlich sollte das so allgemein wie möglich und so genau wie nötig formuliert sein, da sind wir sehr offen.

Und zum letzten Punkt, zum vierten Punkt: Bei der Ahndung von Bagatelldelikten oder Übertretungen hat die Gemeinde tatsächlich indirekt sehr viel Spielraum gemäss Vortrag, nämlich dass wir hier tatsächlich keine Kameras installieren. Also dass wir nicht, wenn wir sie installiert haben, dem Kanton vorschreiben, man darf keine Bagatelldelikte verfolgen, sondern dass wir die Kameras gar nicht so einsetzen, dass man hier Bagatelldelikte aufspüren könnte. Das sind Sachen, die sehr wohl auch in unserer Kompetenz liegen und somit ist eigentlich bei allen vier Punkten – auch wenn der Gemein-

derat jetzt hier die Ablehnung empfiehlt – und bei jedem Fazit zu lesen, dass das im Videoreglement drinsteht, wenn wir das wollen. Und wir sind diejenigen, die diese Kameras bewilligen müssen. Im Videoreglement stehen auch andere Dinge drin. Und es geht auch darum, dass wir das für uns als Richtschnur nehmen. Es reicht nicht zu sagen, dass wir ja letztlich alle diese Kameras bewilligen müssen oder auch nicht. Es geht auch darum, dass wir uns selber festlegen auf gewisse Grundsätze in Zeiten des technologischen Wandels.

Präsident: Für die Einreichenden der Richtlinienmotion, Traktandum 8, Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Ich möchte als Einreichende der zweiten Motion am Anfang noch einmal den mehrfach geäusserten Willen dieses Parlaments kurz zusammenfassen. Dem Stadtrat ist es wichtig, Grundrechtseingriffe durch Private mit Videokameras zu unterbinden und die Betroffenen darin zu unterstützen, sich davor zu schützen. Ich könnte mich jetzt in meinem Votum im Detail mit den teils recht abenteuerlichen juristischen Ausführungen des Gemeinderates auseinandersetzen, überlasse das aber gerne meinen zahlreichen Nachredner*innen und möchte mich ein paar grundsätzlicheren politischen Fragen zuwenden.

Der Gemeinderat lehnt es weiterhin ab, den Schutz seiner Bürger*innen sicherzustellen. Der Schutzbegriff wird in unserer Stadt zuweilen recht eng gefasst. Ich gehe davon aus, dass die nachfolgende Debatte uns das wieder hören lässt. Für mich persönlich gehört zur Sicherheit ganz zentral, soziale Ungerechtigkeiten anzugehen und die Grundrechte zu schützen. Grundrechte zu schützen, bedeutet für mich nicht zuletzt auch, die Werte einer liberalen, offenen und solidarischen Gesellschaft zu schützen. Grundrechte zu schützen, bedeutet für mich auch, den Rechtsstaat zu schützen. Das ist für mich umso wichtiger, weil wir uns diesbezüglich gerade an der Schwelle einer Zeitwende befinden. Die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit geraten aktuell von allen Seiten unter Druck. Wozu das letztlich führen kann, zeigt uns die Geschichte des letzten Jahrhunderts – wie schnell das Erodieren eben dieser Werte voranschreiten kann, die letzten Jahre. Ich bin der Meinung, dass es die Pflicht aller liberalen Kräfte ist – und dazu zähle ich persönlich aufgrund der Geschichte auch die Sozialdemokratie – sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, das weitere Erodieren von Menschenrechten zu verhindern und auch eine rechtsstaatlich geprägte Ordnung zu verteidigen.

Die Einschätzung, dass Bespitzelungen durch Videoüberwachungen vom Gemeinderat als eher leicht zu qualifizierende Persönlichkeitsverletzungen eingestuft werden, macht mich hellhörig. Es ist dem Gemeinderat sicher zuzustimmen, dass eine unrechtmässige Videoüberwachung die Menschenwürde weniger einschränkt als eine unrechtmässige Verhaftung oder die Folterung in einem Stasi-Gefängnis. Eine rechtswidrige Videoüberwachung ist auch weniger einschneidend als eine unrechtmässige Enteignung oder eine Deportation. Wenn man allerdings die Menschenwürde als hohes, unantastbares Rechtsgut einschätzt, fällt die Qualifizierung einer Bespitzelung ein bisschen anders aus als beim Gemeinderat. Dass der Gemeinderat die Motionär*innen im Zusammenhang mit dem Grundrechtsschutz darauf aufmerksam macht, dass der Finanzhaushalt wirtschaftlich, konjunktur- und verursachergerecht zu führen ist, ist natürlich auch eine Frage der Priorisierung.

Als Motionärin möchte ich den Gemeinderat meinerseits darauf hinweisen, dass er die von ihm zitierten Grundsätze beispielsweise bei seinen prestigeträchtigen Bau- und Investitionsprojekten anwenden könnte und dass unter diesem Aspekt langsam die Erkenntnis wachsen dürfte, dass "wirtschaftlich" bedeuten könnte, einfachere und zweck-

mässigere Lösungen Luxusprojekten vorzuziehen. Es könnte auch bedeuten, dass man einem professionellen Projektmanagement eine höhere Bedeutung einräumen könnte. Konjunkturrell könnte das bei einem Verweis auf Artikel 135 Absatz 1 der Gemeindeordnung (GO) beispielsweise bedeuten, in einer aktuell doch eher angespannten Finanzlage vielleicht nicht gerade jedes Bauprojekt just jetzt heraushauen zu müssen. Grundrechtsschutz ist nicht einfach ein Nice-to-have. Grundrechtsschutz entspringt der Idee, dass die Menschenwürde unantastbar sein muss, der Idee, dass in einer humanen Gesellschaft jeder Mensch vom anderen Achtung fordern darf. Weil der einzelne Mensch oft in einer zu schwachen Position ist, das tatsächlich auch durchzusetzen, verpflichtet Artikel 35 Absatz 3 der Bundesverfassung (BV) die Gemeinwesen, – also auch die Stadt Bern – alles dafür zu unternehmen, Grundrechtsverletzungen durch Private zu unterbinden. Es ist also die Pflicht der Stadt Bern, aktiv zu werden und nicht einfach zuzuschauen. Insofern muss der Behauptung, dass die Stadt Videoüberwachungsanlagen nicht regulieren kann, vehement widersprochen werden.

Ein bisschen ausführlicher möchte ich noch auf die für mich geradezu lächerlich anmutenden Ausführungen zur Datenschutzfolgeabschätzung eingehen. Alle, die schon einmal eine solche Abschätzung durchgeführt haben, wissen, dass der Aufwand dazu deutlich höher ist, als eine Bewilligung anzufordern. Ein solcher Vorschlag scheint mir ein gutes Beispiel für Verwaltungsblödsinn zu sein. Bei unserer Motion geht es um Videoüberwachungen durch Private. Das Problem dieser Kameras ist ja eben gerade, dass keine staatliche Institution weiss, wo sie stehen. Die Datenablage eines gewissen Herrn Cincera hat 1989 in der Fichenaffäre und damit in einer fundamentalen Erschütterung von staatlichen Institutionen geendet. Heute ist die Datenablage nicht mehr ein Dateikasten, sondern halt digital. Vorausschauend zu handeln, würde in der Gesetzgebung bedeuten, technologische und gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren. Eine weitere Absurdität, die mich echt daran zweifeln lässt, ob die Antwort des Gemeinderates wirklich ernst gemeint ist, eröffnet sich, wenn die Frage des Grundrechtsschutzes unter Artikel 8 des Polizeigesetzes (PolG) subsumiert wird. Wie man darauf kommt, den Schutz von Menschenrechten dem Rechtsschutz entziehen zu wollen, entzieht sich meiner Vorstellungskraft.

Kurz zusammengefasst, eine Bspitzelung durch private Videoüberwachungen verletzt die Menschenwürde der Betroffenen und auch das Datenschutzgesetz. Die Motionär*innen sind klar der Meinung, dass die Stadt Bern alles unternehmen muss, um das zu verhindern. Einmal mehr kann ich mich Willi Brand anschliessen, der einmal gesagt hat: "Wenn ich sagen soll, was mir neben Frieden wichtiger ist als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber Freiheit. Die Freiheit für viele, nicht nur für die wenigen, Freiheit des Gewissens und der Meinung, auch Freiheit von Not und Furcht." Und diese Freiheiten sind 1948 in Form von Menschenrechten zum zentralen Element der Rechtsstaatlichkeit erhoben worden. Sie gilt es zu schützen, auch in einer digitalisierten Welt und auch wenn das etwas kostet. Mit der Überweisung der Motion können wir heute dem Gemeinderat den klaren Auftrag erteilen, endlich zu handeln und die Einwohnenden der Stadt Bern von privaten Spitzeleien zu schützen.

Präsident: Wir sind jetzt bei den Fraktionsvoten. Für die Fraktion GLP/EVP Maurice Lindgren.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Geschätzter Herr Stadtratspräsident, geschätzte Anwesende, das Anliegen, dass die Videoüberwachung im öffentlichen Raum reguliert ist, das teilt auch die GLP/EVP-Fraktion. Hier werden aber Forderungen gestellt, die ein städtisches Reglement nötig machen würden. Bei genauer Betrachtung

kommen wir zum Schluss, dass das geforderte Reglement oder die Erweiterung der bestehenden Regularien eigentlich nicht nötig sind, rechtlich problematisch sein können und finanziell nicht in einem guten Verhältnis zum Nutzen stehen. Denn es stellt sich die Frage: Braucht es eine Regelung trotz bestehenden Durchsetzungsmöglichkeiten? Bereits heute kann die Stadt gegen illegale Überwachung im öffentlichen Raum vorgehen und sie tut es auch, wie auch der Gemeinderat in seiner Antwort ausgeführt hat und wie es auch schon in den Medien zu lesen war. Die Baupolizei kann eingreifen, wenn Kameras den öffentlichen Raum in unzulässiger Weise erfassen. So hat die Stadt in der Vergangenheit interveniert, zum Beispiel bei der Cuba Bar oder dem Hotel Schweizerhof, wo unzulässige Kameras nach der Intervention entfernt wurden. Es braucht aus unserer Sicht zum heutigen Zeitpunkt keine zusätzliche Regelung, wenn ja Verstösse bereits jetzt behoben werden können.

Dann zur Rechtsunsicherheit wegen einer solchen Bewilligungspflicht: Videoüberwachungen durch Private unterstehen bereits heute dem eidgenössischen Datenschutzgesetz, das wurde gesagt. Dieses Gesetz legt Regeln fest. Private dürfen nur dann Videoaufnahmen im öffentlichen Raum machen, wenn ein überwiegendes privates oder öffentliches Interesse vorliegt, und dafür braucht es eben eine Datenschutzfolgeabschätzung, die auch schon ein bisschen abschätzig genannt wurde. Es ist deshalb fraglich, ob die Stadt Bern überhaupt eigene Regelungen in diesem Bereich erlassen kann, wenn ja übergeordnetes Recht gilt. Jeder Versuch einer städtischen Regelung würde zu rechtlichen Unsicherheiten und möglicherweise sogar zu Widersprüchen mit dem Bundesrecht führen. Und last but not least zu den Kosten: Kosten für wenig bis keinen zusätzlichen Schutz der Privatsphäre, der durchaus wichtig ist. Eine Bewilligungspflicht, ein öffentliches Register und ein Beratungsangebot, wie hier gefordert wird, würden der Stadt Bern nicht zu unterschätzende zusätzliche Kosten verursachen, denn diese Massnahmen müssen ja finanziert, überwacht und durchgesetzt werden – und das für ein Problem, das bereits heute mit bestehenden Mitteln angegangen werden kann, wie diese Fälle gezeigt haben. Damit würden die zusätzlichen Ausgaben für dieses Vorhaben nicht in einem guten Verhältnis stehen zum Effekt und damit wären sie kein effektiver Einsatz der Steuermittel. Deswegen lehnt die GLP/EVP-Fraktion das Vorhaben ab.

Präsident: Für die Fraktion GFL Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion sieht das ein bisschen anders als mein Vorredner – erstaunlicherweise. Wir nehmen diese Motionen an. Ich möchte aber ein bisschen auf einer übergeordneten Ebene ein paar Dinge in Erinnerung rufen. Es wurde richtig gesagt, es gab ja schon den Auslöser Schweizerhof. Dort braucht es eine Demonstration und dann das Einschreiten der Staatsanwaltschaft, die diese Beweise verwertet hat, damit die Stadt überhaupt gemerkt hat, was passiert ist. Bei der Cuba Bar brauchte es sogar irgendwie ein Tram, das fast in die Bar gefahren ist, damit die Stadt gemerkt hat, dass dort eine Kamera steht. Also so kann es ja nicht funktionieren, dass man sieht, ob Grundrechte eingeschränkt werden oder nicht. Es braucht immer Demonstrationen oder Trams, die entgleisen, damit die Stadt dann merkt: Ah, da ist eine Kamera. So funktioniert das ja nicht. Also in diesem Sinne, etwas mehr Fingerspitzengefühl und Aufmerksamkeit wären angebracht. Meine Frage ist: Wie kommt es denn, dass dieser Gemeinderat und auch schon der frühere dermassen in der Passivität verharrt und sagt: Oh, da kann man nichts machen. Kollege Feuz sagt immer: "Wotti nid, de chani nid". Das war die frühere Haltung des Gemeinderats. Jetzt ist es ein bisschen nuancierter. Ich zitiere, wie es jetzt heisst: "Sollte der Stadtrat je-

doch eine derartige Regelung wünschen, um sich in dieser Angelegenheit zu positionieren" – also nicht, weil es Grundrechtseingriffe sind, sondern weil sich der Stadtrat positionieren will – "so spricht nichts dagegen, für stadteigene Kameras ein entsprechendes Verbot in das kommunale Recht aufzunehmen." Es sei aber sinnlos und deshalb wolle man das nicht. Also so kann man doch nicht mit Vorstössen umgehen und die Thematik verkennen! Es ist mir ein Rätsel, ein Rätsel nach all diesen Jahren, nach all diesen Diskussionen. Immer wieder hat der Stadtrat gesagt, was er möchte, und der Gemeinderat, ob alt oder neu, bleibt bei dieser permissiven Haltung: Ah, Private können halt, da kann man nicht und das ist schwierig und so. Auch Zürich kann das, aber wir können nicht. Und wenn wir könnten, selbst dann wäre es noch schwierig wegen des Polizeigesetzes und so weiter. Man findet immer eine Ausrede, um nichts zu tun und permissiv zu sein. Also ich lade wirklich den Gemeinderat ein, hier irgendwo Farbe zu bekennen und sich etwas engagierter der Sache anzunehmen, im Sinne meiner Vorrednerin Bernadette Häfliger, die sich da immer eingesetzt hat und auch begründet, warum. Es würde einer rot-grünen Stadt gut anstehen, sich diese Worte zu Herzen zu nehmen.

Präsident: Für die Fraktion SP/JUSO Helin Genis.

Helin Genis (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion steht für einen klaren und verantwortungsvollen Umgang mit Überwachungstechnologien. Kameras, Gesichtserkennung und automatisierte Systeme greifen tief in die Grundrechte und die Privatsphäre der Menschen ein. Für uns ist klar, Sicherheit darf nie auf Kosten der Grundrechte und des Schutzes der Privatsphäre gehen. Transparenz, demokratische Kontrolle und Verhältnismässigkeit müssen immer an erster Stelle stehen. Darum unterstützen wir die Anliegen beider Vorstösse, die heute behandelt werden.

Zu Traktandum 7: Die SP-JUSO-Fraktion ist grundsätzlich der Meinung, dass die Stadt Bern klare Regeln im Umgang mit neuen Technologien wie Gesichtserkennung und automatisierte Überwachungssysteme braucht. Solche Technologien stellen einen massiven Eingriff in die Grundrechte dar und bergen erhebliche Risiken für die Privatsphäre und die gesellschaftliche Freiheit. Wir begrüssen deshalb, dass die Motion dieses Thema aufnimmt und den Gemeinderat zum Handeln auffordert. Wir sind aber auch einverstanden mit den Ausführungen des Gemeinderats. Vieles ist bereits durch übergeordnetes Recht geregelt, gewisse Forderungen der Motion sind rechtlich schwierig umsetzbar. Hier drohen Doppelspurigkeiten, die keinen praktischen Nutzen bringen, sondern eher Rechtsunsicherheit erzeugen würden. Zudem werden in der Motion unterschiedliche Fragestellungen vermengt, etwa Fragen der Datensicherheit, die bereits durch das kantonale Recht geregelt sind, mit solchen, die klar die nationale Ebene betreffen. Deshalb erachten wir es als sinnvoll, den Vorstoss als Postulat anzunehmen. Damit erhält der Gemeinderat den Auftrag, die offenen Fragen weiter zu prüfen, eine klare städtische Position einzunehmen und, wo möglich, für Transparenz und Rechtssicherheit zu sorgen. Bei der Abstimmung als Motion hingegen haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Einerseits unterstützen wir die Stossrichtung, andererseits sehen Teile unserer Fraktion, dass die Umsetzung in dieser Form nicht zielführend ist. Die Durchmischung von Themen sowie die beschränkten kommunalen Kompetenzen sprechen gemäss dieser Ansicht gegen eine Motion.

Zu Traktandum 8: Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt die vorliegende interfraktionelle Motion mit Überzeugung. Es geht hier um einen grundlegenden Schutz unserer Privatsphäre und Persönlichkeitsrechte im öffentlichen Raum. Die zunehmende Verbreitung privater Überwachungskameras, die auf Strassen, Plätze und andere öffentliche Flä-

chen gerichtet sind, stellt eine schleichende Gefahr für die Freiheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen unserer Stadt dar. Privater Überwachungswildwuchs darf nicht zur Normalität werden. Wir müssen uns bewusst sein, dass Videoüberwachung tief in unsere Grundrechte eingreift. Sie verändert das Verhalten von Menschen, schränkt die Bewegungsfreiheit ein und schafft eine Atmosphäre der Kontrolle. Nicht umsonst gilt das Recht, sich unbeobachtet im öffentlichen Raum bewegen zu können, als essenzieller Bestandteil einer freien Gesellschaft. Das Datenschutzgesetz des Bundes regelt zwar grundsätzlich, unter welchen Bedingungen private Videoüberwachungen zulässig sind, doch die Realität zeigt, dass es keine ausreichende Kontrolle darüber gibt, wer wo aus welchen Gründen Kameras installiert. Viele Menschen wissen nicht einmal, dass sie gefilmt werden, geschweige denn, von wem oder zu welchem Zweck. Die Motion fordert deshalb die Einführung einer kommunalen Bewilligungspflicht für private Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Dies ist nicht nur rechtlich machbar, sondern auch dringend notwendig. Gemäss kantonalem Polizeigesetz obliegt es den Gemeinden, den öffentlichen Raum zu verwalten und gegebenenfalls eine Bewilligungspflicht für dessen Nutzung einzuführen. Die Stadt Bern hat also die Kompetenz, hier zu handeln, und sollte dies auch wahrnehmen. Mit einer Bewilligungspflicht würde sichergestellt, dass private Überwachungskameras, die öffentliche Flächen erfassen, nur unter klaren Bedingungen aufgestellt werden dürfen, nämlich dann, wenn ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht und der Schutz der Persönlichkeitsrechte gewährleistet bleibt. Neben der Bewilligungspflicht fordert die Motion zudem ein öffentlich einsehbares Register über private Überwachungskameras. Dies ist eine einschneidende Massnahme zur Transparenz. Wer eine Kamera installiert, soll auch offenlegen müssen, dass er dies tut und zu welchem Zweck. Ein solches Register würde also den Menschen in unserer Stadt ermöglichen, sich über die Videoüberwachung zu informieren und sich gegebenenfalls auch zu wehren, wenn sie sich unrechtmässig gefilmt fühlen. Dies ist ein notwendiger Schritt, um das Bewusstsein für Datenschutz und Persönlichkeitsrechte zu stärken.

Der Gemeinderat lehnt die Motion mit Verweis auf finanzielle und rechtliche Unsicherheiten ab. Er befürchtet einen grossen administrativen Aufwand und verweist darauf, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen erst noch entwickeln müssten. Doch dieses Argument greift zu kurz. Wie schon gesagt wurde, haben andere Städte wie Zürich bereits Massnahmen ergriffen, um die private Videoüberwachung im öffentlichen Raum zu regulieren. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum Bern nun hier abwarten sollte, bis sich dann das Problem noch verschärft. Zudem kann eine Bewilligungspflicht pragmatisch und effizient ausgestaltet werden. Es geht also nicht darum, ein grosses Bürokratiemonster zu schaffen, sondern um eine einfache klare Regelung, die sicherstellt, dass Kameras nicht willkürlich aufgestellt werden können. Der Schutz der Privatsphäre muss also Vorrang haben. Auch die Befürchtung, dass eine städtische Regelung mit dem Datenschutzgesetz des Bundes in Konflikt geraten könnte, überzeugt nicht. Bern soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen frei und sicher fühlen, und zwar ohne das Gefühl, ständig überwacht zu werden. Die vorliegende Motion ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt dieser Motion klar zu. Es geht hier eben nicht um Symbolpolitik, sondern um den konkreten Schutz der Bevölkerung vor ausufernden Überwachungen.

Präsident: Für die Fraktion FDP Simone Richner.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Die beiden Motionen sind gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Beide Vorstösse bewegen sich auf Feldern, die rechtlich längst klar

geregelt sind und auf kommunaler Ebene weder neue Kompetenzen noch zusätzlichen Nutzen schaffen. Statt Klarheit bringen sie Doppelspurigkeit, Unsicherheit und Bürokratie. Die Motion der AL/PdA fordert ein kommunales Verbot von Gesichtserkennungssystemen. Ein Verbot also von etwas, das gar nicht existiert. Eine Echtzeit-Gesichtserkennung – ein sogenannter Live-Scan – ist heute in der Schweiz durch kein öffentliches Organ zulässig, weil die gesetzliche Grundlage auf Bundesebene fehlt. Die Stadt Bern kann nicht verbieten, was ohnehin verboten ist. Zudem kann sie nicht regeln, was in der Zuständigkeit von Bund und Kantonen liegt. Die Auswertung von Videomaterial fällt unter die Strafprozessordnung und das kantonale Polizeigesetz, nicht unter das Videoreglement der Stadt Bern. Kurz gesagt: Diese Motion will ein Zeichen setzen, wo die Gesetzgeber längst klare Schranken gezogen haben. Auch bei Datensicherheit und Verschlüsselung besteht kein Handlungsbedarf. Die einschlägigen Vorschriften des kantonalen Datenschutzgesetzes und der Fach- und Aufsichtsstelle Datenschutz (FADS) stellen bereits sicher, dass alle kommunalen Anlagen nach dem Stand der Technik betrieben werden. Eine zusätzliche Regelung auf Gemeindeebene wäre juristisch überflüssig und praktisch wirkungslos. Oder um es auf den Punkt zu bringen: Man schafft keine Sicherheit, indem man bereits Geregelteres nochmals regelt.

Die zweite Motion fordert, dass jede private Kamera im öffentlichen Raum einer städtische Bewilligungspflicht unterstellt werden soll. Auch hier gilt: Das Bundesgesetz über den Datenschutz regelt bereits umfassend, wann und wie Privatpersonen Überwachungssysteme einsetzen dürfen. Die Aufsichtsbehörden können heute schon einschreiten, wenn jemand den öffentlichen Raum unzulässig erfasst. Das hat Maurice Lindgren schon gut erläutert. Eine zusätzliche städtische Bewilligungspflicht wäre ein massiver Eingriff in die Privatsphäre und die Eigentumsgarantie – auch ein Grundrecht, meine Damen und Herren – mit zweifelhaftem Nutzen und einem erheblichen administrativen Aufwand. Wir würden damit eine Kontrolle und Vollzugsbürokratie aufbauen, die weder notwendig noch finanzierbar ist. Die Praxis zeigt, dass private Videoüberwachung in der Regel zum Schutz von Eigentum, Geschäften oder Hauseingängen eingesetzt wird, also präventiv und rechtlich klar abgegrenzt. Problematische Fälle sind die Ausnahmen und dort kann die Stadt bereits heute handeln. Wir brauchen keinen Überwachungsstaat, aber auch keinen Kontrollstaat für Private.

Die FDP teilt das Anliegen, Missbrauch zu verhindern und Datenschutz zu gewährleisten, aber wir stehen klar gegen politische Symbolpolitik, die mit juristisch untauglichen Forderungen vermeintliche Haltungen demonstriert. Rechtssicherheit entsteht durch kohärente Gesetzgebung, nicht durch kommunale Überregulierung. Beide Motionen verkennen die Kompetenzordnung, schaffen neue Hürden und keinen Mehrwert. Sie regulieren das, was längst geregelt ist, und belasten Verwaltung und Bevölkerung mit unnötigen Verfahren. Bern braucht Pragmatismus, nicht Paragraphitis oder mit einem Satz: Wer den Einwohnerinnen und Einwohnern von Bern das Leben erleichtern will, schafft Klarheit und nicht noch mehr Hürden. Die FDP-Fraktion wird daher beide Motionen ablehnen.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die Fraktion: Ich werde in erster Linie zu Traktandum 8 sprechen, das wir auch miteingereicht haben. Zu Traktandum 7 kann ich vor allem einfach sagen, dass wir den Vorstoss überweisen werden, auch als Motion.

Zu Traktandum 8: Wir haben bereits Anfang 2024 über das Thema gesprochen, bei der Traktandierung eines Prüfungsberichts. In diesem Zusammenhang möchte ich klarstellen, dass – anders als es der Gemeinderat in seiner Antwort schreibt – der Prüfungs-

bericht nicht einfach gutgeheissen wurde, weil der Stadtrat ihn tatsächlich gut fand, sondern der Prüfungsbericht wurde angenommen, weil wir nach x Fristverlängerungen und demonstrativer, mässiger Motivation seitens des Gemeinderats, da noch was anderes zu prüfen, von einem neuen Prüfungsbericht nichts Neues erwartet haben. Die GB/JA-Fraktion hat übrigens den Prüfungsbericht trotzdem abgelehnt, weil wir eben nicht zufrieden waren und weil er inhaltlich falsch war. Damals war die vorliegende Motion bereits eingereicht, deshalb hat dann auch die Mehrheit des Stadtrates diesen Prüfungsbericht angenommen. Dies einfach noch zur Richtigstellung bezüglich der Antwort des Gemeinderats.

Und jetzt haben wir also eine weitere Antwort des Gemeinderats zu diesem Thema vor uns und müssen leider sagen, dass sich nicht viel geändert hat. Der Gemeinderat findet zwar private Videoüberwachung im öffentlichen Raum auch falsch, er hat dann aber sehr viele "Aber". Er sagt erstens, wahrscheinlich handle es sich nur um eine geringfügige Persönlichkeitsverletzung und dann wäre der ganze Aufwand, insbesondere die Kosten, nicht verhältnismässig. Zweitens sagt er, dass es ganz viele juristische Unsicherheiten gebe bezüglich der Möglichkeit einer Gemeinde, jetzt wirklich die Bewilligungspflicht einzuführen. Wie schon im Prüfungsbericht von letztem Jahr sieht der Gemeinderat da vor allem Hindernisse und Schwierigkeiten, ohne die Möglichkeiten ernsthaft zu prüfen. In diesem Zusammenhang kann man auch sagen, dass die Stadt Zürich unseres Wissens die Bewilligungspflicht eingeführt hat. Also wir fragen uns hier, wieso das in der Stadt Bern nicht möglich sein sollte. Drittens falle die Persönlichkeitsverletzung unter das Datenschutzgesetz. Deshalb gebe es ja hier die Möglichkeit einer Klage und der eidgenössische Datenschutzbeauftragte könne auch kontaktiert werden. Man könne also schauen, wie das genau geht, deshalb sei auch eine städtische Stelle nicht nötig.

Unsere Haltung dazu ist ganz klar, wir stellen in Frage, ob es sich wirklich nur um eine geringfügige Persönlichkeitsverletzung handelt, beziehungsweise finden wir das ein bisschen eine Haarspalterei und etwas bemühend. Und wenn es sich tatsächlich nur um eine geringfügige Persönlichkeitsverletzung handelt, ist das noch lange kein Grund, den Aufwand für diese Bewilligungspflicht und dieses Register nicht auf sich zu nehmen. Dann ist es so, dass der Gemeinderat eben wirklich nur die juristischen Hindernisse und Schwierigkeiten sieht. Wir sehen aber durchaus Chancen mit einer Bewilligungspflicht. Hier mache ich nochmals den Vergleich mit der Stadt Zürich. Die rechtliche Klage ist aus unserer Sicht auch kein Ersatz für eine städtische Beratungs- oder Schlichtungsstelle, für ein solches Angebot. Ich habe das hier an diesem Pult auch schon x-mal gesagt und sage es nochmals: Es ist nicht wirklich zugänglich, es ist nicht niederschwellig und auch hier sehen wir eigentlich nur die Abwehrhaltung des Gemeinderats. Die GB/JA-Fraktion spricht sich deutlich dafür aus, an dieser Motion festzuhalten. Wir wollen es nicht dem Zufall überlassen, dass alle paar Monate oder Jahre irgendwelche privaten Videokameras wieder im öffentlichen Raum entdeckt werden und es dann eben wirklich ein Tram braucht, dass man es merkt und der Gemeinderat dann erst tätig wird. Es braucht hier ein proaktives Handeln in dieser Sache und wir sind weiterhin der festen Überzeugung, dass es hier auch eine Bewilligungspflicht braucht und ein Register, unabhängig davon, ob es sich jetzt um eine geringfügige Persönlichkeitsverletzung handelt oder nicht. Wir bitten euch deshalb, diese Motion ebenfalls anzunehmen.

Präsident: Für die Fraktion Mitte Nicolas Lutz.

Nicolas Lutz (Mitte) für die Fraktion: Ich werde jetzt hier nicht nochmals auf rechtliche Sachen eingehen. Da ist schon sehr, sehr viel gesagt worden und das zu wiederholen, bringt eigentlich nichts. Ich möchte aber hier trotzdem einmal ein bisschen ein anderes Votum halten, und zwar zu dieser ganzen Gesichtserkennung.

Zum ersten Punkt: Wenn man meint, man könne das nur mit KI machen, muss einem einfach bewusst sein, man kann das auch mit Menschen machen. Wir von der Mitte hatten heute eine Pressekonferenz, bei der die Professorin Meike Ramon da war. Sie hat das im Kanton St. Gallen auch schon gemacht, wo man eben bei Demonstrationen oder bei heiklen Dingen – bei Hooligans – das auswertet, und zwar mit Menschen. Und es ist tatsächlich so, es gibt einfach Menschen, die sind sogenannte Super Recognizer und können das einfach sehr gut. Das schützt beide, das schützt nämlich auch den Täter, dass man nicht plötzlich falsche Leute verdächtigt. Denn wenn man dort einfach Leute einsetzt, die gar nicht gut Gesichter erkennen können, bringt das auch nichts. Aber man braucht gar nicht unbedingt KI. Sie haben schon einen Pilotversuch gemacht. Und für all die, die das einmal lesen wollen: Sie hat ja das auch alles publiziert. Sie ist wirklich weltweit führend, sowohl mit KI, wie auch mit Menschen. Und sie hat das auch mit China, mit Japan und allem verglichen. Und wenn man so in der Presse liest und so, kommt es mir vor wie vor 20 Jahren – in den 2000er-Jahren – mit dem Internet. Alle hatten Angst, die Welt würde gleich zusammenfallen. So ist es nicht und es hat eben auch Chancen dort drin. Und die Chancen sind eben immer dann gut, wenn man die Techniken auch richtig nutzt. Es braucht dort einen Rechtsstaat und alles, und das haben wir ja in der Schweiz, aber es hat auch Chancen.

Ich möchte noch auf etwas zurückkommen, und zwar auf ein ganz altes Überwachungsinstrument, das es schon seit langem gibt auf den Autostrassen: intelligente Kameras. Die schalten sich an und das nennt man Radar. Die schalten sich an, wenn man zu schnell fährt. Das gleiche kann man auch in der KI teilweise nutzen, zum Beispiel, wenn es eine Menschenansammlung gibt oder so, dass die Kameras erst dann anfangen aufzuzeichnen. Wir reden immer über Aufzeichnen. Der häufigste Aufzeichnungsmechanismus – die meisten Videos, öffentlich gepostet, im öffentlichen Raum – ist dieses Gerät hier und nicht irgendwelche Überwachungskameras. Und diese Videos sind häufig auch öffentlich zugänglich, gerade wenn es eine Schlägerei gibt oder eine Demo. Was passiert? Alle nehmen das Handy heraus und das ist nachher auch öffentlich, da können wir hier im Stadtrat lange darüber reden. Das können alle nutzen, zum Guten oder zum Schlechten, dessen muss man sich einfach bewusst sein. Und das ist auch alles öffentlich, darum müssen wir dort schon ein bisschen die Realität sehen.

Und wie gesagt, wir leben in einem Rechtsstaat. Daten zu sammeln ist eines, Daten auszuwerten und weiterzugeben ist etwas anderes. Ich bitte euch wirklich einmal, euch dort ein bisschen einzulesen, weil auch in der Presse immer wieder nur schwarz- Weiss gemalt wird. Ich denke, ganz so einfach ist es nicht. Darum müssen wir hier sicher nicht noch sehr viele Regeln schaffen. Der Motion 8 kann man sicherlich zustimmen, weil es dort um private Kameras geht, aber sonst muss man sich schon ein bisschen der Realität stellen und nicht immer ganz blind einfach fahren und denken, das ist alles sofort persönlichkeitsverletzend, etc., sondern sich wirklich einmal damit auseinandersetzen.

Präsident: Für die Fraktion SVP Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ihr werdet euch wundern, wieso ich mich erst jetzt eingeklickt habe. Ich habe bewusst lange gewartet, weil ich sagen muss, wir haben jetzt lange über etwas geredet – ich habe nicht genau auf die Uhr geschaut. Aber ich muss sagen, wo ist die Stadt Bern zuständig, wo ist die Stadt Bern nicht zuständig?

Strafprozessrecht, Verwertung, etc. – ich bin der Meinung, wir haben jetzt lange über etwas gesprochen, zu dem wir im Prinzip gar nicht viel sagen können. Wir können einen Briefträger-Vorstoss machen oder was auch immer. Darum bin ich jetzt der Meinung, es ist ein bisschen schade für die Zeit. Ihr wisst, ich habe ja einmal einen Vorstoss gemacht. Damit bin ich ähnlich krachend gescheitert wie mit meinen Vorstössen und Anträgen zu EWB und Bernmobil, die wir gemacht haben. Dort habe ich nämlich sinngemäss beantragt, dass man vorprüft, ob wir im Stadtrat überhaupt zu dieser Geschichte reden können oder nicht, oder ob das etwas ist, das in unserer Kompetenz ist oder nicht.

Ihr habt sehr ausführliche juristische Ausführungen gehabt vom Gemeinderat. Ich sehe angesichts der vorgerückten Zeit davon ab – ich habe selber ja schon viel Redezeit gebraucht – hier noch bewusst weitere Ausführungen zu machen. Aber denkt einfach daran, wir haben hier in diesem Bereich, in dem wir sind, das Datenschutzgesetz, wir haben eidgenössische Vorschriften etc. Ich bin einfach der Meinung, das ist jetzt der falsche Weg, das zu machen. Denkt einfach nochmal zurück, was ist passiert an dieser Demo in Bern? Wo ist das Problem? Ich habe einfach bald das Gefühl, in der Schweiz wird man jetzt dann kontrollieren, ob ein 15- oder 16-Jähriger auf Social Media ist. Und dann möchte man dann wahrscheinlich noch eine Wahrheitskommission machen auf Facebook, ob der Klimawandel da ist oder nicht. Und wenn ich behaupte, der Klimawandel, habe vielleicht auch gewisse Sachen, die nicht menschengemacht sind, dann werde ich nachher gesperrt und darf das nicht mehr sagen. Balthasar Glättli hat ja schon gesagt, er wolle Präsident von dieser Wahrheitskommission werden. Das sind die falschen Probleme. Wir müssen sagen: Back to the Roots! Was sind wir? Was können wir entscheiden, was können wir nicht entscheiden? Ihr seht, ich sehe jetzt hier bewusst von weiteren Ausführungen ab. Ich verweise – und das ist selten beim Feuz, aber es gibt manchmal ein paar Sachen – auf die juristischen Ausführungen des Gemeinderats und sehe davon ab, hier noch weitere persönliche Erörterungen abzugeben.

Präsident: Gibt es noch Voten aus dem Saal? Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL), Einzelvotum: Ich möchte nochmals beliebt machen: Wenn jetzt hier gedacht wird, die eine Motion kann man ja annehmen, die andere vielleicht nicht, aus diesen oder jenen Gründen, so ist doch tatsächlich – leider – Traktandum 8 eine Richtlinienmotion und Traktandum 7 eine echte Motion. Das würde heissen, was wir jetzt brauchen, auch wenn man mit einem einzelnen Punkt vielleicht nicht einverstanden ist, auch wenn nicht alle Fragen geklärt sind, ist, dass wir endlich einmal dieses Videoreglement, das es tatsächlich schon gibt – Maurice ist jetzt nicht mehr da, aber das gibt es halt schon, man muss es gar nicht mehr machen – wieder in die Finger nimmt. Das wurde – ich weiss auch nicht wann – das letzte Mal angepasst, es gibt Klärungsbedarf. Lasst den Gemeinderat seine Arbeit machen. Er soll jetzt diese Vorschläge einmal bringen. Die werden noch überarbeitet – keine Ahnung. Aber glaubt nicht, dass wir mit dem guten Vorstoss von Traktandum 8 dann wieder nur einen Bericht kriegen. Das hatten wir die letzten zehn Jahre schon oft bei diesem Thema. Also ich bitte euch: Das gehört zusammen, nehmt die Motion 7 auch an.

Präsident: Raffael, du wandelst nicht? Punktweise Abstimmung auch nicht? Gut, merci. Dann hat für ein Einzelvotum das Wort Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP), Einzelvotum: Ich finde es recht speziell, was da jetzt abgeht. Wir haben ein Bundesgesetz, das auf kantonaler und kommunaler Ebene umgesetzt

werden soll, und da hinten gibt es wirklich einen Teil des Rats, der sagt, für das ist die Stadt Bern nicht zuständig. Das ist eine absurde Vorstellung von Gesetzesdurchsetzung. Natürlich ist die Stadt Bern für die Durchsetzung von Bundesgesetz genauso verantwortlich wie für kantonales Gesetz oder für kommunales Gesetz. Der Datenschutzbeauftragte hat keine Vollzugsleute, die Kameras abbauen gehen. Das ist die Aufgabe der Gemeinden. Das macht sie ja auch, wenn sie es feststellt. Das Blöde an privaten Kameras ist einfach, dass zuerst ein Tram entgleisen muss, damit man es feststellt. Und dann geht die Stadt, weil sie eben genau die Aufgabe hat, das eidgenössische Datenschutzgesetz durchzusetzen, die Kamera abnehmen. Diese Argumentation geht überhaupt nicht auf. Die Stadt Bern ist – ich habe es ausgeführt – verantwortlich dafür, dass das Bundesgesetz umgesetzt wird. Sonst setzen wir das Strassenverkehrsgesetz einfach ab morgen auch nicht mehr um.

Präsident: Gibt es noch weitere Voten aus dem Saal? Jawohl, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich will da nicht dem Sicherheitsdirektor vorgreifen, aber ich möchte die Einreichenden trotzdem bitten, die Antwort des Gemeinderats anzuschauen. Das sind fundierte Ausführungen. Und wenn man das einfach sieht, muss ich sagen, schaut genau, was ihr verlangt und was ihr nicht verlangt. Ich habe gesehen, der Sicherheitsdirektor stellt sich auch schon bereit, ich will jetzt hier nicht länger werden, aber lest, was ist hier. Setzt euch mit dieser Antwort auseinander, die ist qualifiziert. Ich habe bewusst davon abgesehen, in eine Feinexegese hineinzugehen, aber ihr müsst wirklich schauen, wo haben wir die Kompetenz, wer muss was machen. Und schaut auch, was ihr genau verlangt und was jetzt der Gemeinderat beantwortet hat. Und als Postulat: Ihr seht ja, was der Gemeinderat nachher dazu schreibt, nämlich dass die Antwort auch als Prüfungsbericht gilt. Was wollt ihr denn noch weiteren Aufwand machen?

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Überwachungskameras – wenn man schaut in Europa, wir sind jetzt da die kleine Stadt Bern, jetzt schauen wir einmal Berlin an. Wie sieht das eigentlich in der Stadt Berlin aus mit Überwachungskameras? Berlin hat 12 Kameras pro 1'000 Einwohner. Am stärksten ist London, London hat 68 Überwachungskameras pro 1'000 Einwohner. China hat 168 Kameras pro 1'000 Einwohner. Und wir Berner haben jetzt irgendwie ein Problem, wenn wir verhältnismässig vorgehen, mit dem modernsten Datenschutzgesetz, das wir ja umsetzen. Und wenn das eben richtig umgesetzt wird, haben wir keine Probleme. Schaut einmal auf die Homepage der Datenschutzstelle und geht auf "Überwachungskamera". Dort sind alle Richtlinien gegeben. Klar ist es so, dass es vielleicht so Grauzonen gibt, aber da geht es jetzt eben darum, dass man das neue Datenschutzgesetz umsetzt. Und es hat ja keinen Sinn, dass wir da mitten in Europa wieder in die Steinzeit hineingehen, wenn Berlin 12 Kameras hat pro 1'000 Einwohner. Das gibt es in jeder Stadt und das wird es in Zukunft auch in jeder Stadt geben. Es muss verhältnismässig, zweckmässig sein und es geht hier um die Sicherheit. Es geht um die Sicherheit, es stellt ja niemand aus Freude einfach eine Kamera auf im öffentlichen Raum.

Präsident: Als nächster Einzelsprecher Szabolcs Mihályi.

Szabolcs Mihályi (SP), Einzelvotum: Ich lasse mir als überzeugter Sozialdemokrat nicht die Chance nehmen, meinem Kollegen am rechten Rand zu erklären, dass Rot-China jetzt echt kein Massstab ist für die Stadt Bern – und übrigens sicher auch nicht England, woher all die Studien kommen, die besagen, dass Kameraüberwachung nicht unbedingt hilft bei der Verhinderung von kriminellen Taten.

Präsident: Gibt es weitere Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall, dann bin ich gespannt, ob wir den historischen Moment haben, dass sich Alexander Feuz und Alec von Graffenried einig sind. Alec, du hast das Wort.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Ich habe es akustisch nicht verstanden, aber offenbar war es lustig. Ich frage dich dann nachher nochmals. Ich spreche zuerst zur ersten Motion – zu Nummer 7 – dann zu Nummer 8.

Bei Nummer 7 wollen die Motionär*innen, dass keine Technologie eingesetzt wird, welche es erlaubt, automatisiert Personen zu identifizieren. Das stimmt, oder? Das will ich auch nicht. Der Gemeinderat will das auch nicht. Die automatisierte Gesichtserkennung, also dieser sogenannte Live-Scan, stellt einen schweren Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar – da haben wir keine Differenz. Heute ist die Datensicherheit von Überwachungsanlagen – das sehen wir vielleicht nicht mehr ganz gleich – durch Bestimmungen des Polizeigesetzes, des kantonalen Datenschutzgesetzes und durch die Vorabkontrolle der Datenschutzaufsichtsstelle gewährleistet. Auf kommunaler Ebene muss das nicht verboten werden, es ist heute bereits von Bundesrechts wegen verboten. Aber ich bin einverstanden, wir wissen nicht, ob das immer so bleibt. Wir haben heute gehört, es sollen auch im Überwachungsbereich jetzt viele neue Massnahmen geplant werden. Wir werden sehen, wohin diese Bemühungen führen. Ich kann Ihnen einfach sagen, ich werde dort immer auf der liberalen Seite stehen tendenziell. Ich war früher dieser Meinung und ich denke, dass ich meine Meinung nicht ändern werde. Es ist durchaus möglich, dass hier etwas auf uns zukommt, aber jetzt warten wir erst einmal, was auf uns zukommt. Ich bin wirklich gegen eine Gesetzgebung auf Vorrat, wenn wir noch gar nicht wissen, ob dann diese Vorratsgesetzgebung, die wir machen für ein allfälliges neues Gesetz, das auf Bundesebene kommen könnte, überhaupt passt. Also warten wir ab, ob etwas anderes kommt. Für den Moment haben wir keinen Handlungsbedarf. Ob das in Zukunft immer noch so ist, das wissen Sie nicht, das weiss ich nicht. Wenn es so ist, dann werden wir das prüfen. Für den Moment lehnen wir die Motion ab. Wir würden sie als Postulat entgegennehmen.

Jetzt zur Nummer 8: Das Problem ist erkannt, wir sind mit den Motionär*innen einverstanden. Wir sind der Meinung, wir setzen das Bundesrecht heute um und deswegen haben wir keinen Regelungsbedarf. Wir brauchen keine lokale Gesetzgebung, kein lokales Reglement, um das Bundesgesetz umzusetzen. Gemäss unserer Haltung lehnen wir heute Videoüberwachungen im öffentlichen Raum ab. Wichtig ist eben der Tatbeweis, die Beispiele wurden genannt. Das sind halt die Beispiele, die bekannt sind: Schweizerhof, Cuba Bar. Da haben wir gehandelt, weil wir Kenntnis hatten davon. Und jetzt haben Sie gesagt: Braucht es immer eine Demo oder ein Tram? Nein, es braucht nicht eine Demo oder ein Tram – ein einfacher Hinweis genügt. Geben Sie uns einen Hinweis. Wir haben keine Kenntnis von einer Videoüberwachung im öffentlichen Raum, sonst würden wir dem nachgehen. Ich würde mich ja nicht entblößen hier und behaupten, es gibt keine, wenn ich wüsste, es gibt welche. Wir haben keine Kenntnis heute. Wenn Sie uns einen Hinweis machen können, dann gehen wir dem nach und dann werden wir das unterbinden, wie wir es beim Schweizerhof und bei der Cuba Bar gemacht haben. Wir wollen, dass keine Gefahr für die Persönlichkeitsrechte Privater von Über-

wachungen ausgeht, und wir unternehmen alles für den Schutz. Aber wir wollen nicht eine Bewilligungspflicht – wir wollen gar keine Bewilligungen! Wir brauchen keine Bewilligungspflicht, wir sind dagegen. Mit einer Bewilligungspflicht erreichen wir genau nichts, denn wir wollen gar keine Bewilligungen geben. Wir sind heute dagegen und wenn Sie mir eine Kamera nennen können, dann werden wir diese ausser Betrieb nehmen. Wir wollen keine Bewilligungspflicht, weil wir keine Bewilligungen wollen. Also in dem Sinne sind wir vermutlich radikaler als ihr. Wir wollen beim Verbot bleiben, das wir heute haben, das wir heute durchsetzen. Wir wollen genau bei diesem Zustand bleiben, wir wollen diesen Zustand nicht verändern. Wir sind der Meinung, dass die Regelung in Zürich unvollkommen ist, und wir glauben, dass wir mit der heutigen Berner Regelung ebenso gut oder besser leben.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über die Motion bei Traktandum 7. Sie wurde nicht gewandelt, wir stimmen also ab über die Motion.

Abstimmung Nr. 035

2024.SR.0347

Annahme

Ja	41
Nein	24
Enthalten	5

Präsident: Ihr habt die Motion angenommen. Wir stimmen über Traktandum 8 als Richtlinienmotion ab.

2024.SR.0014

8 Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, GFL/EVP, AL/PdA (Bernadette Häfliger, SP/Lea Bill, GB/Francesca Chukwunyere, GFL/Raffael Joggi, AL): Bewilligungspflicht für private Kameraüberwachung im öffentlichen Raum; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Gemeinsame Beratung der Traktanden 7 bis 8: siehe Traktandum 7.

Abstimmung Nr. 036

2024.SR.0014: als Richtlinie

Annahme

Ja	46
Nein	24
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt auch diese Richtlinienmotion angenommen. Jetzt habe ich einen Ordnungsantrag.

Salome Mathys (GLP): Wir möchten Antrag stellen, dass das Traktandum 13 der EWB-Eingliederung noch heute besprochen und diskutiert wird. Die Einreichenden habe ich vorgewarnt. EWB ist vertreten und sie müssen sonst das dritte Mal oder vierte Mal

nochmals in den Stadtrat kommen, um uns bei allen anderen Traktanden zuzuhören. Ich glaube, es wäre schön, wenn wir das heute noch abschliessen könnten und als nächstes oder übernächstes behandeln würden.

Präsident: Wenn ihr den Ordnungsantrag annehmt, gehen wir direkt zu diesem Traktandum.

Ordnungsantrag

Salome Mathys

Traktandum 13 sei vorzuziehen und heute noch zu behandeln.

Abstimmung Nr. 037

2024.SR.0014: Ordnungsantrag Mathys

Annahme

Ja	60
Nein	5
Enthalten	6

Präsident: Ihr habt diesen Antrag angenommen. Wir gehen somit zu Traktandum Nummer 13.

2025.SR.0041

13 Motion: Energie Wasser Bern (EWB) demokratisieren (JA!/Juso/AL/PdA/TIF); Ablehnung

Präsident: Traktandum Nummer 13 ist, wie bereits erwähnt wurde, eine Motion – EWB demokratisieren. Der Gemeinderat bestreitet diese Motion. Ich erteile somit den Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden hat das Wort Ronja Rennenkampff.

Ronja Rennenkampff (JA) für die Einreichenden: Geschätzte Anwesende, liebe Gäste auf der Tribüne, es freut mich sehr, seid ihr da, obwohl ich nicht weiss, ob ihr es gut findet, dass wir EWB demokratisieren wollen oder ob ihr denkt, es ist zu radikal. Das ist es nicht. Dieser Vorstoss ist nicht radikal, sondern eine logische Konsequenz, EWB richtig zu kontrollieren und die Klimaziele wirklich voranzutreiben. EWB in die Verwaltung einzugliedern, ist eine umsetzbare Lösung, die notabene schon existierte. Radikal ist, die Strompreise weiter hochtreiben zu lassen, während EWB Gewinne ausschüttet. Radikal ist, die Klimaziele nicht als höchste Priorität zu sehen und die Bevölkerung zu schützen. Die Klimakrise ist jetzt. Die Temperaturschwankungen, die übermässige Hitze, die wir in diesem Sommer wieder erleiden mussten, sind nicht normal, sondern menschengemacht. Wir Menschen müssen Verantwortung übernehmen und etwas tun. EWB zu entprivatisieren und wieder in die Verwaltung einzugliedern, ist Teil der Lösung. Es muss endlich vorwärtsgen mit konsequentem Gasausstieg, konsequentem Umstieg auf erneuerbare Energien und Netto-Null 2045. Der Vorstoss ist nicht nur klimapolitisch sinnvoll, sondern auch sozialpolitisch. Jahr für Jahr schüttet EWB Gewinne aus, aber die Strompreise bleiben gleich oder werden sogar noch teurer. Es kann nicht sein, dass die Ärmsten dieser Stadt leiden, immer höhere Stromrechnungen zahlen und EWB gleichzeitig Gewinne ohne Ende ausschüttet.

Wir alle brauchen Strom, deshalb muss der Strom als Service public verstanden werden. Er darf nicht dem freien Markt überlassen werden. Das ist weder sozial noch klimapolitisch tragbar. Es ist verantwortungslos gegenüber der Bevölkerung. Die Logik des freien Marktes greift hier nicht. Die Berner*innen haben ein Recht, bei diesem zentralen Unternehmen, das ihnen gehört, mitzureden. Der Klimastreik hat sich mit diesem Thema befasst und fordert zum Beispiel einen Energierat. Hier ein Ausschnitt aus ihrem Positionspapier: "Der Energierat, zusammengesetzt aus der Bevölkerung, Wissenschaftler*innen und Vertretungen aus Unternehmen, erarbeitet strategische Entscheide von EWB. Die Arbeiter*innen von EWB organisieren sich selbstverwaltet, so dass der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung überflüssig würden". Wir unterstützen diese Forderung. Der vorliegende Vorstoss verlangt nichts von all dem, sondern nur, EWB zurück in die Verwaltung einzugliedern. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine Demokratisierung EWB ausbremsen würde und sie ihren Spitzenplatz unter den Schweizer Energieversorgern verlieren würde. Das ist reine Angstmacherei und zutiefst ideologisch.

Ich weiss, in Bern fällt es uns manchmal schwer, Zürich zu loben, aber in Zürich ist EWZ Teil der städtischen Verwaltung und schneidet gleich gut ab wie EWB. Bei den Klimazielen und deren Umsetzung hat Zürich ebenfalls die Nase vorn, wie das online Medium Hauptstadt berichtete. Nur weil einmal entschieden wurde, EWB aus der Verwaltung auszugliedern, heisst das nicht, dass dieser Entscheid nicht überdacht werden kann. Die Situation ist heute anders als Anfang 2000. Es ist 2025 – höchste Zeit, diesen Entscheid zu überdenken. Der Fall ist also klar: Die Stromversorgung muss wieder Service public werden. Wir brauchen bezahlbare Strompreise und einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Das geht nur, wenn EWB wieder Teil der Verwaltung ist. Nur so können wir eine echte Kontrolle gewährleisten. Die angebliche Kontrolle, welche der Gemeinderat in seiner Antwort darlegt, funktioniert nicht. Es ist keine echte Kontrolle. Faktisch haben wir zu wenig Einfluss auf EWB, um sie sozial und klimaverträglich zu gestalten. Stattdessen orientiert sich EWB in erster Linie am freien Markt und wenn es dieser zulässt – und nur dann – wird ein bisschen etwas fürs Klima gemacht. Das ist zu wenig für eine echte, verantwortungsvolle Klimapolitik. Wir wandeln die Motion in ein Postulat und fordern euch auf, dieses als erheblich zu erklären – für eine echte Kontrolle über unseren Stromversorger, für eine Demokratisierung von EWB.

Präsident: Ich halte fest, die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Ihr könnt euch jetzt anmelden für Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion AL/PdA/TIF Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Der Gemeinderat lehnt den vorliegenden Vorstoss ab und verweist auf die bestehende Steuerungsarchitektur, Eignerstrategie, Leistungsauftrag, Kennzahlen, Berichte Geschäftsprüfungskommission. Die Einflussnahme sei gewährleistet, der Stadtrat über Oberaufsicht aus, der Gemeinderat beaufsichtigt EWB. Diese Konstruktion ist aber zu indirekt, deshalb auch dieser Vorstoss und deshalb halten wir hier auch dagegen, denn Oberaufsicht ersetzt keine demokratische Kontrolle. Wenn der Stadtrat nur prüfen darf, ob der Gemeinderat seine Aufsicht genügend wahrnimmt, dann bleibt die politische Mitgestaltung sehr distanziert, sehr weit entfernt. Das ist keine wirkliche demokratische Steuerung, sondern eine Verschachtelung von Verantwortlichkeiten. Die Realität zeigt das deutlich. Trotz Eignerstrategie und Leistungsauftrag hat EWB in den Jahren 2022 bis 2023 160 Mio. Franken Gewinn erwirtschaftet. Gleichzeitig steigen die Tarife. Ein Vierpersonenhaushalt zahlt im 2025 rund

70 Franken mehr. Wenn die bestehenden Instrumente so gut greifen, wie der Gemeinderat behauptet, warum erleben wir dann eine solche Schieflage? Die Antwort liegt auf der Hand: Marktwirtschaftliche Überlegungen dominieren. Die Eignerstrategie ist zu unverbindlich, politische Forderungen nach sozialverträglichen Tarifen bleiben wirkungslos. Genau hier zeigt sich der Mangel an direkter demokratischer Steuerung, wie in der Motion geschrieben steht. Etliche überwiesene Vorstösse aus diesem Rat in Sachen sozialverträgliche Ausgestaltung von EWB bleiben bis heute ignoriert. So viel zu dieser Verschachtelung, so viel zur gewährleisteten Einflussnahme.

Wenn unsere Arbeit nichts bewirkt, dann ist es fraglich, was wir genau damit machen wollen. Wir machen diese Vorstösse ja nicht, damit früher Reto und heute Alec diese neben den Kinderzeichnungen an den Kühlschrank hängen können, sondern wir machen das, weil eine Mehrheit im Rat Änderungsbedarf sieht. Dass das real keine Auswirkungen hat, ist leider kaum von der Hand zu weisen. In seiner Argumentation verweist der Gemeinderat weiter auf das Volksverdict von 2001, aber damals stand die Liberalisierung des Strommarktes im Vordergrund. Kurz danach hat die Stadt dann auch New Public Management für sich entdeckt. Heute sind wir mitten in einer Klima- und Kapitalismuskrise, die Prioritäten haben sich verschoben. Es geht nicht mehr um Marktöffnung, sondern um Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und demokratische Verantwortung. Ein Entscheid von vor fast 25 Jahren darf uns nicht blockieren, die Energieversorgung heute richtig auszurichten. Die Ausgliederung von EWB ist ein typisches Kind – wie schon gesagt – von New Public Management. Aus öffentlichen Gütern wurden Produkte gemacht, aus Bürger*innen Kundschaft und so weiter, und genau deshalb braucht es dieses Postulat. Es geht nicht um Produkte und Kund*innen, sondern um Energieversorgung als öffentlicher Auftrag, um Klimaziele und um soziale Verträglichkeit.

Der Gemeinderat betont Flexibilität und Handlungsspielraum – aber Flexibilität für wen genau? Für EWB oder die Bevölkerung, die beispielsweise auf bezahlbare Energie angewiesen ist? Demokratische Kontrolle mag zwar Prozesse verlangsamen, aber sie schafft Legitimität. Und ohne Legitimität wird die Wärmewende nicht gelingen. Wir müssen uns fragen: Ist diese Wende ein Businessmodell, ein Marktprodukt oder öffentliche Verantwortung? Und genau das fragen wir eben mit diesem Postulat. Die Stadt ist nach eigenem Controllingbericht nicht auf Kurs, insbesondere bei der Wärmeversorgung, und EWB hat hier eine Schlüsselrolle. Die Papierstrategien, auf die der Gemeinderat so vertraut, reichen offenbar nicht, das ist ziemlich klar zu sehen. Wer demokratische Verantwortung ernst nimmt, darf sich nicht mit indirekter Oberaufsicht zufriedengeben. Mit einem Ja zu diesem Postulat kann sich der Gemeinderat diesem Thema widmen. Es geht jetzt darum, einen ziemlich simplen Prüfauftrag zu prüfen – also zu prüfen, ob die Klimaziele mit einer demokratischeren Ausgestaltung von EWB besser angegangen werden könnten und ob die Eingliederung des Unternehmens in die Stadtverwaltung dazu führen könnte, dass dieses besser an unseren sozialen und klimapolitischen Zielen ausgerichtet werden kann. Da kann ja wohl kaum jemand dagegen sein. Dann findet vielleicht auch der Gemeinderat heraus, dass das gewisse Vorteile hätte. Danke, nehmt ihr diesen Vorstoss als Postulat an.

Präsident: Für die Fraktion FDP Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Ich mache es ein bisschen kürzer als meine Vorredner*innen. Die FDP-Fraktion lehnt diese Motion ab. Wir schliessen uns den Argumenten des Gemeinderats an, nämlich dass sich die Form als öffentlich-rechtliches Unternehmen bewährt hat. Eine Reintegration bringt keine klar ersichtlichen Vor-

teile, aber potenziell viele Nachteile, und dies in einer entscheidenden Phase des Umbaus der Energieinfrastruktur. Wie bereits erwähnt, macht EWB eine sehr gute Arbeit. Ein Teil ihres Geschäftsmodells bricht wegen des privat erzeugten Stroms weg und trotzdem muss sie enorm viel Geld in die Fernwärme investieren. Der schwierige Balanceakt zwischen den drei Ebenen Nachhaltigkeit, Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten gelingt EWB sehr gut. Es erstaunt deshalb nicht, dass EWB regelmässig einen Spitzenplatz in der Benchmarking-Studie des Bundesamts für Energie (BFE) erzielt.

Die Motionär*innen haben nicht begriffen, dass EWB nur ein Zulieferungsunternehmen für Energie und Wasser ist. Der Verbrauch von Energie und Wasser ist nicht in ihrem Kompetenzbereich. Dafür sind die Haushalte, die Liegenschaftsbesitzer und auch die Stadt zuständig. Und daran krankt es. Die Liegenschaften der Stadt Bern erreichen die CO₂-Ziele bei weitem nicht. Die Absenkpfade der stadteigenen Liegenschaften sind nicht auf Kurs. Dass die Motionär*innen jetzt wollen, dass die Aufgabe von EWB in den Kompetenzbereich eines Gremiums kommt, das bisher ihre selbst auferlegten Ziele bei weitem nicht erreicht hat, ist einfach nur absurd und grotesk. Deshalb lehnen wir diese Motion mit grosser Überzeugung ab. Auch aus der Erfahrung aus dem Kita-Finanzierungs-Debakel, bei dem ein ähnlicher Versuch kläglich gescheitert ist. Offenbar haben nicht alle die richtigen Schlüsse daraus gezogen.

Präsident: Für die Fraktion Mitte Andreas Egli.

Andreas Egli (Mitte) für die Fraktion: Nein, man muss EWB nicht demokratisieren – sie ist es schon. Die jetzige Rechtsform wurde so in einem demokratischen Prozess entschieden. Energie Wasser Bern ist keine AG, welche völlig frei schalten und walten kann und nur den Aktionären verpflichtet ist – im Gegenteil. Das EWB-Reglement beschreibt in Abschnitt 4 recht ausführlich, welche Aufgaben, Weisungsbefugnisse, Zuständigkeiten der Gemeinderat, der Stadtrat und die Kommission haben. Ich bin weder Jurist noch Wirtschaftler. Die politische Leine, an der EWB geführt wird, erscheint mir aber dennoch recht kurz zu sein und ich bezweifle, dass eine noch kürzere Leine mit damit einhergehenden langsamen Entscheidungsprozessen nicht in ein finanzielles Fiasko führen würde. Woher nehmt ihr denn die Gewissheit, dass die Politik – also wir – es besser machen als die Profis bei EWB? Entschuldigung, aber dieser Hint kommt jetzt nochmals: Die städtischen Kitas zeigen ja, dass die Stadt nicht unbedingt die Expertise hat, Unternehmen zu führen, welche in einer mehr oder weniger freien Marktwirtschaft agieren müssen. Ebenso die Stadtbevölkerung, welche vermehrt einbezogen werden soll, um unter anderem – Zitat – "das Erreichen des städtischen Absenkpades sozial verträglich und demokratisch legitimiert angehen zu können." Die Erfahrung auf nationaler Ebene und die vorgestern erschienene Sotomo-Umfrage zeigen allerdings, dass die Bevölkerung Massnahmen zugunsten des Klimas nur so lange befürwortet, wie sie sie nicht direkt und individuell betreffen. Der Schuss könnte also auch noch hinten losgehen. Noch ein Wort zu sozialverträglichen Tarifen: Ob man dies will oder nicht, ist eine andere Diskussion, aber einkommensabhängige Tarife sind auf jeden Fall der falsche Ansatz. Wenn schon, dann sollen, wenn nötig, die Verbraucher*innen unterstützt werden, aber bitte keinen Tarifdschungel. Summa summarum: Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass die jetzige Unternehmensform für EWB die richtige ist und notabene auch demokratisch legitimiert.

Präsident: Für die Fraktion GB/JA Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Jetzt kommt wieder ein Votum in die andere Richtung. Die nächsten zwei Jahrzehnte werden darüber entscheiden, ob wir die Klimakrise in den Griff bekommen oder nicht. Wird es uns gelingen, den globalen CO₂-Ausschuss so zu reduzieren, dass die Kipppunkte nicht erreicht werden und die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad gehalten werden kann? In dieser Situation ist es darum enorm wichtig, sich Gedanken darüber zu machen, wer Entscheidungen trifft, die das Klima potenziell beeinflussen. Ein wirklich grosser Player – das haben wir jetzt schon ein paarmal gehört, wenn es um die Erreichung der Klimaziele geht – ist EWB. Als Energiedienstleister kann EWB innerhalb des gesetzlichen Rahmens das Angebot von Energieträgern bestimmen, durch Preise den Konsum lenken oder bestimmen, aus welchen Quellen unser Strom kommt. Als öffentlich-rechtliche Anstalt sind diese Fragen bei EWB jedoch oft von einer Marktlogik getrieben. So schreibt denn auch der Gemeinderat in seiner Antwort, das erklärte Ziel der Auslagerung von EWB aus der Stadtverwaltung sei gewesen, dem Unternehmen den nötigen Handlungsspielraum zu erteilen, um in einem verändernden Marktumfeld erfolgreich tätig sein zu können. EWB agiere im Spannungsfeld zwischen Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit und bei der Änderung des aktuellen Modells könne das System zu Lasten der einen oder anderen Komponente kippen. Wir von der GB/JA-Fraktion sind jedoch in der aktuellen Situation davon überzeugt, dass der Nachhaltigkeit – sprich dem Abwenden der Klimakrise – oberste Priorität eingeräumt werden muss. Das aktuelle Modell gibt uns hier zu wenig Handlungsspielraum. Der Einfluss, den die Politik auf EWB nehmen kann, ist relativ gering – das haben wir auch schon gehört – und wurde mit dem neuen EWB-Reglement nochmals abgeschwächt. Der Gemeinderat kann alle acht Jahre die Eignerstrategie festlegen und nimmt eine Aufsichtsfunktion wahr, um zu prüfen, ob EWB den Leistungsauftrag auch erfüllt.

Ein gutes Beispiel für die Problematik des geringen Einflusses der Politik ist die Produktion von Solarstrom in der Stadt Bern. Die alte Energie- und Klimastrategie, welche bis 2024 galt, hatte das Ziel, dass bis ins Jahr 2025 der Anteil an erneuerbarer Energie bei der Stromproduktion 65% betragen soll. Das wurde bei weitem nicht erreicht. Im Jahr 2023 lag der Anteil bei lediglich 47% und hat sich somit innerhalb von 15 Jahren praktisch nicht verändert. So steht es denn auch im Controllingbericht von 2023. Dort steht geschrieben: "Es besteht Handlungsbedarf. Auch in der Stadt Bern existiert ein riesiges Potenzial, Photovoltaikanlagen auf Dächern und Fassaden zu installieren. Dieses Potenzial muss im Hinblick auf ungewollte Abhängigkeiten und auf die Versorgungssicherheit dringend genutzt werden." Auch im aktuellen Leistungsauftragsbericht, den wir soeben behandelt haben, sieht man, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der lokalen Stromproduktion im 2024 gegenüber 2023 ab- anstatt wie gewünscht zugenommen hat. Es wäre also angezeigt, dass EWB viel mehr in Solaranlagen investieren würde. Dies wird aber nicht gemacht mit dem Argument, es sei nicht rentabel genug. Für ein Unternehmen, das in einem dynamischen Marktumfeld bestehen muss, ist das ein verständliches Argument. Politisch wäre aber etwas anderes gewünscht, die Solarstrominfrastruktur müsste massiv ausgebaut werden.

Weil EWB jedoch als öffentlich-rechtliche Anstalt funktioniert und laut Artikel 5 des EWB-Reglements einen Unternehmensgewinn erwirtschaften muss, hat die Umsetzung der Klimaziele nicht oberste Priorität in diesem Unternehmen. Mit einer Wiedereingliederung von EWB in die Stadtverwaltung könnte das Wirken von EWB stärker durch die Politik und weniger durch den Markt bestimmt werden. Die sozialverträgliche Bekämpfung der Klimakrise ist absolut notwendig, auch wenn sie mit hohen Investitionen einhergehen kann und sich damit kein Gewinn erwirtschaften lässt. Die Wiedereingliederung des städtischen Energiedienstleisters in die Stadtverwaltung würde diesem Um-

stand besser Rechnung tragen als die aktuelle Unternehmensform als öffentlich-rechtliche Anstalt. Und hier noch ein weiteres Argument, das für diese Wiedereingliederung von EWB in die Verwaltung spricht: die neuesten Entwicklungen im Kanton. Der Grosse Rat wird nämlich vermutlich einer Steuergesetzesrevision zustimmen, die vorsieht, dass Gemeindeunternehmen in Zukunft nicht mehr steuerbefreit wären. Diese Revision zielt spezifisch auf EWB ab. Das ist die einzige öffentliche Anstalt, auf die das zutreffen wird. Es ist ein weiterer Versuch des Kantons, der Stadt möglichst viel Geld abzuknöpfen. Diese neue Regelung liesse sich elegant umgehen, indem man EWB als Gemeindeunternehmen wieder in die Verwaltung eingliedern würde. Wie eine solche Eingliederung konkret ausgestaltet werden könnte, möchten wir nun gerne vom Gemeinderat erfahren und nehmen den Vorstoss, der ja nun in ein Postulat gewandelt wurde, sehr gerne an.

Präsident: Merci. Ganz kurz: Ich interpretiere den Ordnungsantrag, den ihr gutgeheissen habt, so, dass beantragt wurde, dass das Geschäft heute fertig behandelt wird. Als nächstes für die Fraktion SP/JUSO Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Ich erlaube mir, mich kurz zu halten, entsprechend der Zeit. Prinzipiell ist uns das ja schon sympathisch. Es ist auch denkbar, dass man zur Analyse kommt, dass das sinnvoll ist – zum Beispiel, falls der Kanton EWB besteuern möchte, was gerade in der Diskussion ist. Es ist natürlich auch demokratiepolitisch gar nicht so einfach, diese Forderung einfach zu verwerfen. Persönlich kann ich einfach auch sagen, ich bin gar kein Fan von New-Public-Management-Modellen, Eignerstrategien und so, also von allem, was irgendwie dazu führt, dass wir weniger Kontrolle über diese Staatsbetriebe haben. Aber ich glaube, es wäre doch keine gute Idee, heute einer Motion in diesem Sinne zuzustimmen, denn da gibt es einige ungeklärte Probleme. Das fängt damit an, dass es nicht so sicher ist, ob die Strukturen dann wirklich schneller und zielführender sind und helfen mit der Dekarbonisierung, die so dringend ist. Wir hätten dann die Schulden von EWB allesamt im städtischen Haushalt und es gäbe wahrscheinlich noch weitere Konsequenzen, die wir noch nicht kennen. Deshalb würden wir es als Motion ablehnen, aber als Postulat werden wir es mehrheitlich annehmen.

Präsident: Für die Fraktion GFL Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Herr Stadtratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Anwesende auf der Tribüne, ich war etwas erstaunt, dass der Ordnungsantrag so verstanden wurde, dass man jetzt hier einfach weiterverhandelt, bis das Traktandum abgeschlossen ist. Aber das zeigt vielleicht auch ein bisschen die Stellung, die EWB in dieser Stadt hat. Es ist manchmal fraglich, wer wem unter- und übergeordnet ist, der Gemeinderat EWB oder umgekehrt. Man kann das bis in die Gehaltslisten nachverfolgen – aber lassen wir das.

In unserer Fraktion waren die Meinungen, wie immer bei schwierigen Themen, sehr differenziert. Das heisst, das ganze Spektrum der politischen Meinungsbildung ist sozusagen abgebildet in unserer Fraktion, auch wenn sie immer kleiner wird. Wir halten an unserer Mission fest, alle möglichen Meinungen einzubinden. Deshalb gibt es, wie der Fraktionschef vorhin gesagt hat, starke Argumente, die gegen eine Rückführung in die Stadtverwaltung sprechen. Die Planungssicherheit wurde erwähnt, die unternehmerische Agilität. Die Energiewende könne nur – das hat der Gemeinderat vorhin erwähnt – dank EWB erreicht werden, indem sie unternehmerisch aufgestellt sei, usw. Dann gibt

es auch andere Stimmen, die finden, gerade die demokratische Mitbestimmung wäre eben auch eine Gewichtung, die in die Waagschale zu werfen ist. Es wurde gesagt, die Agilität habe auch negative Seiten. Man denke an die riskanten Beteiligungen, die vorhin erwähnt worden sind – vom Mitte-Sprecher, wenn ich mich richtig erinnere. Das ist auch ein Thema, das bei einem städtischen Unternehmen nicht vorkommen würde. Wir haben die Energiewende und es steht im Raum, nur eine solche Anstalt – das ist kein Unternehmen, sondern ein eigenartiges Konstrukt – könne diese Energiewende bewerkstelligen. Das wurde bestritten und gesagt: Nein, nur mehr politische Mitbestimmung garantiere einen raschen Ausbau und eine Umsetzung der Energiewende. Und all das hängt ja eben gerade, Matteo Micieli hat es erwähnt, mit diesem Konstrukt zusammen, das wir hier haben. Es ist eben weder Fisch noch Vogel. Es kommt aus dieser Zeit der Liberalisierung – David de Pury und sein Weissbuch. Der Bund hat angefangen, da drei Kreise zu bilden und die Unternehmen auszulagern. Die Stadt hat dann nachgezogen, war knapp bei Kasse und so, und hat es auch gemacht. Man dachte, man kann ein bisschen Druck wegnehmen. Jetzt sind wir in der Situation, dass wir diese hybriden Gebilde haben, die man eigentlich nicht ganz klar zuordnen kann, denn der Markt ist eben nicht das einzige entscheidende Merkmal, die Politik ist immer noch da. Wir haben aber eine seltsame Aufsicht. Es ist der Gemeinderat, der ein bisschen schaut, wie diese Geschäftsberichte aussehen. Und ja – wie viel unternehmerisches Wissen da vorhanden ist, weiss man nicht. Aber dann noch schwieriger die GPK, die die politische Obergewalt über den Gemeinderat, aber nicht über das Unternehmen haben soll. Das zeigt ja schon, dass es eigentlich ein Murks ist, diese Unternehmen. Aber es ist nun einmal so, wie es ist. Die Frage ist. Ein Postulat scheint uns sinnvoll zu sein, deshalb auch die Stimmfreigabe, auch zum Postulat. Aber man kann das einmal prüfen und gerade jetzt, wenn man diese Steuerdiskussion im Kanton sieht – das ist ein neues Element, das war mir nicht bekannt, auch der Fraktion nicht – wäre es sicher sinnvoll, das in diesem Licht zu prüfen und vielleicht hätte auch die Finanzkommission hier noch eine Rolle zu spielen, das einmal durchzurechnen, was das denn bedeutet mit dieser Verschuldung, die ja so oder so ein heikler Punkt ist. Das darf ja nicht einfach so weiterlaufen. In diesem Sinne Stimmfreigabe und die Diskussion bleibt auf jeden Fall spannend.

Präsident: Für die Fraktion GLP/EVP Salome Mathys.

Salome Mathys (GLP) für die Fraktion: Wir haben von den Einreichenden und auch von weiteren Rednern gehört, dass es Zeit sei – jetzt Zeit sei. Es habe oberste Priorität, die Klimastrategie umzusetzen. Genau deswegen sollte man die Motion auch als Postulat ablehnen, wir haben genau keine Zeit, diese Eingliederung zu prüfen. Das kostet drei bis fünf Jahre, die EWB und die Stadtverwaltung verschwenden, um sich mit sich selber zu beschäftigen, statt die Klimastrategie umzusetzen. Das ist einfach eine Tatsache, das kann man nicht wegreden, man kann es nicht schönreden. Es wird einfach alles noch länger dauern.

Dann haben wir noch das Argument gehört, die Prüfung der GPK oder des Gemeinderats sei nicht demokratisch. Was ist denn der Gemeinderat? Er ist auch demokratisch gewählt, übrigens von der einreichenden Seite, Mehrheitsbündnis. Ich verstehe nicht, was daran nicht demokratisch ist. Wir haben als GPK die Möglichkeit. Wir könnten dort vielleicht auch schärfer kritisieren, mehr fordern – das haben wir auch gemacht. Und eine Mehrheit hat den Bericht vorhin angenommen, positiv. Also ich verstehe wirklich die Welt nicht. Es hat ihn, glaube ich, kaum jemand negativ zur Kenntnis genommen.

Erstens: In einem hochvolatilen Marktumfeld, geprägt von geopolitischen Spannungen, Negativpreisen an den Strombörsen und grossen Unsicherheiten im Gasmarkt braucht es unternehmerische Flexibilität. Genau dies hat EWB in den vergangenen Jahren bewiesen. Die Resultate sprechen für sich, zum zweiten Mal in Folge gute Jahresabschlüsse trotz schwierigem Umfeld. Vorhin wurde erwähnt, 2023 seien die Absenkpfade schlecht gewesen, die Ziele wurden nicht erreicht. Ja – 2023 gab es eben auch einen negativen Cashflow, 2022 auch. Minus 35 Mio. Franken – plus minus – minus 50 Mio. Franken. Also eben, wenn es schlecht läuft, läuft es überall schlecht.

Zweitens: Die Gewinne von EWB werden nicht wie Gewinne ausgeschüttet, wie das vorhin gesagt wurde, sondern kommen eben auch der Stadt zugute. Je mehr EWB erwirtschaftet, positiv, desto mehr bekommen die Stadt und der Ökofonds und das kommt eben auch wieder der städtischen Bevölkerung zugute, die weniger verdient. Für hohe Energiepreise gibt es auch andere Lösungen, es gibt Ergänzungsleistungen etc. Da müssen wir dort ansetzen und doch nicht EWB wieder eingliedern. Die restlichen Gewinne werden eben auch benötigt für Eigenkapital, bei dem auch von der Stadt vorgegeben wird, dass dieses höher sein muss. Sie können da nicht einfach ein bisschen Boni verteilen, wie sie wünschen. Ihr merkt, ich werde ein bisschen aggressiv. Ich habe wirklich das Gefühl, ich habe vorhin offenbar nicht richtig für die GPK referiert.

Eine Wiedereingliederung birgt auch Risiken und die Verschuldung, die direkt auf die Stadt übertragen wird – 1,3 Mia. Franken wieder in der Bilanz der Stadtverwaltung. Wenn man das will, okay, kann man prüfen. Ich weiss nicht, wer von euch am 15. Oktober dabei war, als wir die Besichtigungen hatten beim Unterwerk von EWB. Es gibt Mitarbeitende wie der Schalter, der hoch motiviert ist, der jeden Tag engagiert ist, der schaut, dass die Stromversorgung sichergestellt ist. Und die verstehen in der Regel nicht den Unterschied zwischen einem Postulat und einer Motion. Was die verstehen, ist: Okay, wir arbeiten offenbar nicht gut genug für euch. Das Parlament will uns wieder eingliedern. Wir sollen wieder zurück in die Stadt, weil die Stadt das offenbar besser kann als wir Mitarbeitende. Das ist das Zeichen, das ihr ihnen gebt mit diesem Postulat. Ihnen zu erklären, dass das nicht eine Motion ist, verstehen die wohl eher nicht oder wurde mir zumindest so bestätigt. Und dann kann man eben die Vergütung von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat kritisieren, kann man alles prüfen, aber eben: Es werden keine Gewinne ausgeschüttet. Sie werden vor allem an die Stadt ausgeschüttet.

Vorhin kam noch das Argument – das muss ich jetzt spontan einbauen – es sei alles zu langsam, der Solarausbau sei zu langsam. Wer einmal mit Cornelia Mellenberger gesprochen hat, wüsste, dass sie eben nur auf grossen Flächen Solar bauen und nicht auf den kleineren Häusern. Da sind die KMU zuständig, die das machen. Für die grösseren Flächen, die von der Stadt sind, wie Schulhäuser oder eben ein Inselspital, etc., wo sie Kunden hätten, um das umzusetzen, gibt es einen ganzen Plan der Stadt. Einen ganzen Plan, wann welches Schulhaus renoviert wird, wann man das eben umsetzen kann. Und das bringt nichts, jetzt dort Solar auf das Dach zu bauen und dann – in vier, fünf Jahren oder in sieben Jahren – wird es wieder abgerissen. Das ist einfach Geld in den Sand gesteckt, das man anders verwenden kann für die Klimastrategie. Da muss man einfach ein wenig Geduld haben und auch dem Gemeinderat und der Verwaltung eben vertrauen. Denn wenn sie es hier nicht machen – die haben den Plan geschrieben – weshalb sollten sie es denn anders machen, wenn EWB eingegliedert ist?

Und dann, wie schon am Anfang gesagt: Das Wichtigste ist wirklich, wir haben keine Zeit, dass sich EWB mit sich selber beschäftigt und eine solche Neueingliederung oder Wiedereingliederung umsetzt oder prüft. Dafür fehlt schlichtweg die Zeit.

Präsident: Das Fraktionsvotum der SVP teilen sich Thomas Glauser und Alexander Feuz. Für den ersten Teil Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Man hat die Ausgangslage gehabt, dass man im September 2021 EWB durch die Stimmbevölkerung ausgegliedert hat. Man hat dannzumal auch Gründe gehabt, dass man es ausgegliedert hat. Ja, es ist ein Unternehmen, das Gewinn hat. Irgendwie klingt es so, als ob man Unternehmen haben sollte, die keinen Gewinn haben, die rote Zahlen schreiben. Das ist für mich ein bisschen unverständlich. Man muss auch sehen, dass EWB sehr viele Baustellen hat, sehr viele Sachen umsetzen muss, sehr viele Aufträge hat. Und ich fühle mich schon ein bisschen seltsam als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, die die Aufgabe hat, EWB zu überwachen. Ihr alle zusammen habt die Möglichkeit, habt Vertreter in dieser Geschäftsprüfungskommission, aber bis heute habe ich noch nie irgendetwas gehört, wenn wir all diese Aussprachen haben mit der Geschäftsführerin, mit dem Verwaltungsratspräsidenten von EWB. Ich habe noch nie etwas gehört, dass man irgendwie zu wenig ökologische Sachen mache. Dort hat man Fachleute, man hat Ingenieure und man muss es stemmen können, damit das Ökonomische und das Ökologische übereinstimmen. Und das ist manchmal nicht einfach. Und ich möchte sagen – es ist bereits gesagt worden – einerseits haben alle zusammen heute den Bericht von EWB, in dem man zurückschaut, positiv empfunden, und andererseits kommt jetzt eigentlich gerade das Gegenteil. Also wie gesagt: Wir haben genug Mittel, damit wir dort Einfluss nehmen können, wenn ihr mehr Ökologie wollt. Aber EWB ist ein Unternehmen, das den Auftrag hat, die Stadt Bern mit Energie und Wasser zu versorgen. Es ist mir auch klar, dass man das nicht immer allen einfach machen kann, aber wir finden das hier auch nicht die Lösung. Wenn man mehr Bedarf hat, sollte es über die Geschäftsprüfungskommission hineinkommen.

Präsident: Für den zweiten Teil des Fraktionsvotums der SVP Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP): Ihr wisst, ich bin nicht der Anhänger von grossen Verlängerungen, darum mache ich es relativ kurz. Ich schliesse mich insbesondere an Michael Burkard an. Ich habe den Ordnungsantrag also auch nicht so verstanden, dass wir jetzt das Traktandum fertig beraten, aber weil jetzt trotzdem alle Leute da sind, habe ich auch keinen Ordnungsantrag gestellt, dass wir aufhören.

Ich möchte insbesondere meiner Vorrednerin Salome Mathys danken, die einen ganz wichtigen Punkt gesagt hat. Wir haben jetzt den Leistungsauftragsbericht grossmehrheitlich angenommen. Ich habe mich enthalten, weil ich gewisse Punkte kritisch anschau, aber es ist nicht dramatisch, ich habe nicht Nein gestimmt. Aber jetzt, nachdem ihr den angenommen habt, wollt ihr gleichzeitig die Sache wieder zurückführen. Und diese Sache ist wie ein Damoklesschwert, ihr habt eine Ungewissheit für EWB, was jetzt gilt und was nicht, was man machen kann und was nicht. Ich finde das strategisch von dem her völlig falsch, Darum bin ich auch ein Anhänger davon gewesen, dass heute eigentlich die beiden Sachen – Leistungsauftragsbericht und Motion – zusammen beurteilt worden wären. Dann hättet ihr sagen müssen, wir lehnen den Leistungsbericht ganz klar ab, wir wollen das nicht, wir sehen die Zukunft an einem anderen Ort. Das habt ihr nicht gemacht!

Ihr habt auch unseren Antrag nicht angenommen, über den man diskutieren kann – diese Planungserklärung, bei der wir einfach gesagt haben, wir sollten ein bisschen mehr schauen für günstiges Erdgas, dann hätten wir auch nicht das Problem. Ich habe immer gesagt, es hat ja keinen Sinn, dass wir möglichst teures Biogas mit x Zertifikaten

nehmen und nachher den Leuten, die sich das nicht leisten können, Zusatzbeiträge zahlen müssen. Dann hättet ihr diesen Antrag auch unterstützen müssen – das habt ihr auch nicht gemacht. Und was für mich klar ist, wieso ich Motion und Postulat ablehne: EWB hat etwas ganz klar richtig gemacht, man hat es gesehen. Die Betriebe, die sie zugekauft haben, haben sie eben wieder abgestossen. Für mich ist klar, EWB hat gemerkt, wir wollen nicht die anderen Betriebe auf dem freien Markt konkurrenzieren, sondern man muss sich auf das beschränken, was man kann und worin man besonders gut ist. EWB macht jeweils sehr gute Arbeit. Ihr habt gesehen, wo ich gewisse Vorbehalte habe – das haben wir auch mit Vorstössen eingereicht. Aber ich sage es hier gleich zu allen – den Fraktionspräsidenten habe ich es schon vor längerer Zeit angekündigt – dass wir die Vorstösse 14, 15 und 16 zurückziehen, weil ich gesehen habe, dass EWB gerade im Brunnadernquartier gemerkt hat, dass man dort eben die Erdsonde nicht machen kann. Man kann sie auch in der Altstadt nicht machen. Und das ist für mich eben der Grund, den ich respektiere und akzeptiere und weshalb ich jetzt eben zu dieser Motion auch Nein sage. Ich bin der Meinung, wir müssen uns wirklich beschränken auf die wichtigen Sachen und kein solches Hüst und Hott. Dann seid doch, wenn schon, wenigstens konsequent. Ich habe euch versprochen, Feuz ist kurz und knapp. Ich schliesse meine Sachen hier ab in der Hoffnung, dass ihr die Motion ablehnt. Und auch als Postulat werden wir ebenfalls Nein stimmen.

Präsident: Gibt es noch Voten aus dem Saal? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Direktor SUE: Herr Präsident, geschätzte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Gäste, danke für diesen Ordnungsantrag. Ich glaube, er macht Sinn, wir haben ja die EWB-Debatte heute Abend geführt und dann macht es Sinn, wenn wir auch dieses Geschäft heute Abend behandeln. Ich kann aber gleichzeitig auch gleich auf meine Ausführungen von vorhin verweisen. Diese gelten natürlich für diesen Vorstoss alle integral. Ich bin einverstanden – natürlich, die Klimakrise, die ist jetzt, handeln müssen wir jetzt. Handeln wollen wir auch, wir handeln alle zusammen: die Stadt, der Stadtrat, der Gemeinderat, zusammen mit EWB. Wir handeln zusammen.

EWB ist zu 100% – ich habe das vorhin ausgeführt – auf die Ziele der Stadt verpflichtet und setzt diese Ziele um. Der Gemeinderat achtet darauf. Wir achten sehr gut darauf, weil es ja auch ein wichtiges Geschäft ist. Sie wissen ja, es ist ein Legislaturschwerpunkt, dass wir diese Energiewende jetzt schaffen. Daher sind wir auch in einem sehr engen Austausch mit EWB, in einem permanenten Austausch. Wir bekommen alle Informationen immer. Also beispielsweise gestern hatten wir – so viel darf ich, glaube ich, sagen – unseren halbjährlichen Austausch. Wir treffen uns aber öfter mit EWB als mit irgendjemand anderem, das muss ich auch sagen. EWB ist viel enger am Gemeinderat als andere Abteilungen der Stadt. Das ist jetzt etwas zufällig. Der Gemeinderat weiss viel mehr über EWB als über Schutz und Rettung oder den Tierpark oder den Tiefbau oder den Gesundheitsdienst. Der Gemeinderat ist viel besser im Bild, da können Sie die Gemeinderätinnen und den fünften Gemeinderat fragen. Wir haben eine Lösung, die ist auf Bern zugeschnitten, denn es gibt auch den Umstand, dass wir mit den vorhandenen Mitteln das Beste herausholen müssen. Sie wissen ja, dass wir nicht gerade üppig Mittel haben. Deswegen kommen Sie mir bitte nicht mit Zürich. Ich bin ein absoluter Züri-Fan, aber die Stadt Zürich hat einfach ganz andere Voraussetzungen als die Stadt Bern. Wir können das gerne diskutieren. Schauen Sie einmal die Zahlen der Stadt Zürich an, das ist einfach eine andere Welt und es gibt Gründe dafür.

Wir müssen unsere Berner Lösungen hier finden. Wir können nicht Copy-Paste mit Zürich machen, sonst wären wir dann sehr rasch Konkurs. EWB ist nicht privatisiert – bitte sehr. Sie sagen, EWB richte sich nach dem Markt, EWB mache die Preise nach dem Markt. Das stimmt nicht. EWB macht keine Preise, die Preise macht der Gemeinderat. Alle Tarife werden durch den Gemeinderat festgelegt. EWB legt keine Preise fest. Alle Mittel bleiben in der öffentlichen Hand. Alles bleibt im System drin und das ist uns wichtig. Und Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, wir müssen an diesem Meccano schrauben, denn dieser Meccano ist in Frage gestellt. Wir haben einerseits die Klimagerechtigkeitsinitiative – wir sind dran an der Umsetzung dieser Klimagerechtigkeitsinitiative – und natürlich auch, es wurde erwähnt, wegen der Steuergesetzrevision. Die Steuergesetzrevision würde uns hier etwas ins System hineinfuschen und wir werden schauen, dass wir das auf eine gute Art lösen können. Wir sind da schon sehr weit fortgeschritten und wir werden euch zeigen – zum ersten Mal bei der Vorlage der Eignerstrategie – wie wir das umsetzen, aber dann vor allem auch bei der Umsetzung der Klimagerechtigkeitsinitiative. Das wird alles im Verlauf des nächsten halben Jahres hier im Rat verhandelt.

Und damit komme ich zu meinem Hauptargument: Eine Eingliederung von EWB im heutigen Zeitpunkt, das würde unglaublich viele Ressourcen binden. Und diese Ressourcen, die wollen wir jetzt einfach nicht in Organisatorisches investieren. Das würde uns völlig hemmen bei der Umsetzung der Herausforderungen, die wir haben. Ich habe die Herausforderungen vorhin aufgezählt, ich gehe nicht mehr darauf ein. Wir wollen jetzt umsetzen, wir wollen nicht reorganisieren. Wir wollen jetzt anpacken, wir wollen jetzt die Ärmel hochkrepeln. Wir haben ein ambitioniertes Programm. Dieses Programm müssen wir jetzt umsetzen und wir wollen jetzt nicht Energie verschwenden in eine Reorganisation. Der Gemeinderat beantragt die Ablehnung der Motion. Wir brauchen auch das Postulat nicht, auch die Abklärungen für das Postulat binden noch einmal Ressourcen. Adrian Stiefel kann dann vielleicht ein paar Veranstaltungen weniger machen und muss Ihnen die Umsetzung dieses Postulats vorlegen. Also bitte lehnen Sie auch das Postulat ab. Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des EWB-Berichts heute Abend – bleiben Sie konsequent und stehen Sie zu EWB.

Präsident: Wir stimmen ab über den Vorstoss in der Form des Postulats.

Abstimmung Nr. 038

2025.SR.0041: als Postulat

Ablehnung

Ja	30
Nein	31
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Vorstoss abgelehnt. Somit ist die heutige Sitzung beendet. Vielen Dank fürs Mitmachen. Kommt gut nach Hause und bis nächste Woche.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

Traktandum: 6 | 2024.SUE.0050

IN245-001013 (alt: I2500053), Fr. 500 000.00, Abteilung Schutz und Rettung Bern: Beschaffung von zwei Mehrzweckfahrzeugen für die Milizfeuerwehr der Stadt Bern; Kreditabrechnung

Traktandum: 9 | 2024.SR.0209

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken; Ablehnung/Annahme Postulat

Traktandum: 10 | 2024.SR.0015

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Bernhard Hess/Thomas Glauser): Auf öffentlich zugänglichen Plätzen, den die Stadt für öffentlich zugängliche Veranstaltungen zur Verfügung stellt (Bsp. «Sternenmärit»), muss weiterhin das Zahlen mit Bargeld möglich sein; Ablehnung

Traktandum: 11 | 2024.SR.0300

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt; Annahme als Richtlinie

Traktandum: 12 | 2021.SR.000129

Postulat Fraktion GB/JA! (Eva Krattiger, JA!/Katharina Gallizzi, GB): Klimabudget nach dem Vorbild von Oslo auch für Bern; Prüfungsbericht

Traktandum: 14 | 2025.SR.0064

Motion: Förderung einheimische Produktion erneuerbarer Gase und Verbesserung Sammlung biogener Abfälle!; Ablehnung/Annahme Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 15 | 2025.SR.0097

Postulat: Langfristige Sicherstellung der Gasversorgung; Ablehnung

Traktandum: 16 | 2025.SR.0096

Postulat: Prüfung der Weiterverwendung des Gasnetzes: z.B. Verkauf an Dritte Abgabe im Baurecht? Wie können die drohenden Verluste, die infolge des vorgesehenen Abbruchs der bestens ausgebauten Gasleitungen entstehen, minimiert werden?; Ablehnung

Traktandum: 17 | 2018.SR.000129

Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, AL/GaP/PdA (Leena Schmitter, GB/Serraina Patzen, JA!/Yasemin Cevik, SP/Christa Ammann, AL) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Keine Kostenüberwälzungen auf OrganisatorInnen von nicht-kommerziellen, ideellen oder politischen Veranstaltungen; Begründungsbericht

Traktandum: 18 | 2025.SR.0052

Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt; Ablehnung/Annahme als Postulat/Prüfungsbericht

Traktandum: 19 | 2025.SR.0125

Interpellation: Fraktion FDP Auswirkungen und Umsetzungsprobleme des Vollzugskonzepts Geschäftsauslagen – Klärungsbedarf zur Gleichbehandlung und Sicherheit im öffentlichen Raum; Antwort

Traktandum: 20 | 2018.FPI.000031

Erwerb von Liegenschaften; Verlängerung Rahmenkredit

Traktandum: 21 | 2025.SR.0022

Motion: Belpmoos Solar – Solaranlagen auf der Fluglandebahn um die Biodiversität zu schützen!; Fristverlängerung

Traktandum: 22 | 2025.SR.0020

Motion: Keine Anpassung der Baurechts- und Pachtverträge für die Freiflächen-Photovoltaikanlage "Belpmoos Solar"; Fristverlängerung

Traktandum: 23 | 2025.SR.0023

Motion: Energiewende und Biodiversität gehen Hand in Hand: Ökologisch wertvolle Flächen in Belpmoos stärken; Fristverlängerung

Traktandum: 24 | 2025.SR.0031

Motion: Stadt muss in bezahlbaren Wohnraum investieren: Das Mittelfeld für den gemeinnützigen Wohnungsbau nutzen; Annahme/Begründungsbericht

Traktandum: 25 | 2025.SR.0021

Interpellation: Vergabekriterien und Entscheidungskompetenzen beim Vierer- und Mittelfeld; Antwort

Traktandum: 26 | 2025.SR.0054

Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken; Ablehnung Punkt 1/Annahme Punkte 2 und 3

Traktandum: 27 | 2025.SR.0072

Postulat: Gender-Budgeting: Analyse des Finanzhaushaltes zur Steuerung und Erreichung der Gleichstellung aller Geschlechter nutzen; Ablehnung Punkte 1+2/Annahme Punkte 3+4

Traktandum: 28 | 2025.SR.0100

Postulat: Fraktion GB/JA!: Die Stadt Bern soll Bücher bei lokalen Buchhandlungen beschaffen; Annahme

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

<https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisio-nen/1184651553.php>

2025.SR.0344 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Zukunft der Sammlung des Psychiatrie-Museums Bern

2025.SR.0343 | Postulat | Eingereicht

Postulat: Für ein sicheres Nachhausekommen: Präsenz- und Vermittlungsteams in der Stadt

2025.SR.0347 | Motion | Eingereicht

Motion: Schande von Bern. Eine propalästinensische, unbewilligte Demo endete in Bern in einem Gewaltexzess

2025.SR.0339 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Interfraktionelle Motion: Aufnahme von schwerverletzten Kindern aus Gaza jetzt ermöglichen

2025.SR.0340 | Motion als Richtlinie | Eingereicht

Motion: Erhalt des Psychiatrie-Museum Bern

2025.SR.0341 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser, SVP Verbesserung der Ernährung in den Tagesschulen! Frisch Kochen! Keine vorgekochte Abfütterung!

2025.SR.0342 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Wie steht die Stadt Bern nach 27 Jahren Pause zu regelmässigen Schulsportlagern?

2025.SR.0345 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser SVP Abstellen Gasnetz/Sicherstellung Wärmeversorgung/rechtliche Fragen

2025.SR.0346 | Kleine Anfrage | Eingereicht

Kleine Anfrage: Alexander Feuz, SVP, Thomas Glauser SVP Fragen zur Informationsveranstaltung

Schluss der Sitzung: 22.48 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

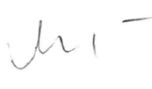
13.03.2026

X 

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

14.03.2026

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Marianne Hartmann